PROTOKOLL

über die 28. ordentliche Sitzung des Gemeinderates

der Stadt Steyr

am Donnerstag, 5. Juli 2007, im Rathaus, 1. Stock hinten,

Gemeinderatssitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14.00 Uhr

Anwesend:

BÜRGERMEISTER:
Ing. David Forstenlechner

VIZEBÜRGERMEISTER/IN:
Friederike Mach
Gerhard Bremm
Ing. Dietmar Spanring

STADTRÄTE/IN:
Wilhelm Hauser
Gunter Mayrhofer
Walter Oppl
Ingrid Weixlberger

GEMEINDERÄTE:
Kurt Apfelthaler
Karl Baumgartner
Rudolf Blasi
Dr. Braunsberger-Lechner Birgitta
Roman Eichhübl
Ernst Esterle
Ute Fanta
Helga Feller-Höller
Mag. Martin Fiala
Mag. Michaela Frech
Monika Freimund
Ing. Wolfgang Hack
Gerald Hackl
Ing. Franz-Michael Hingerl
Mag. Stephan Keiler LL.M.
Mag. Gerhard Klausberger
Rudolf Kohl
Andreas Kupfer
Hans Payrleithner
Rosa Rahstorfer
Dr. Michael Schodermayr
Rudolf Schröder
Mag. Erwin Schuster
Silvia Thurner
Ursula Voglsam
Eva-Maria Wührleitner

VOM AMT:
MD OSR Dr. Kurt Schmidl
MD-Stv. Präs. Dir. Dr. Gerhard Alphasamer
SR Mag. Helmut Lemmerer
Dr. Michael Chvatal

ENTSCHULDIGT:
GR DI Christian Altmann
GR Harald Dunst
GR Dr. Helmut Zöttl

PROTOKOLLFÜHRER:
Christian Aichmayr
Gabriele Obermair

TAGESORDNUNG:

1) ERÖFFNUNG DER SITZUNG, FESTSTELLUNG DER ORDNUNGSGEMÄSSEN EINBERUFUNG, DER BESCHLUSSFÄHIGKEIT UND BEKANNTGABE DER PROTOKOLLPRÜFER

2) BEANTWORTUNG VON ALLFÄLLIGEN ANFRAGEN

3) MITTEILUNGEN DES BÜRGERMEISTERS

4) AKTUELLE STUNDE

5) KENNTNISNAHME VON BESCHLÜSSEN DES STADTSENATES GEM. § 54 ABS. 3 STS

6) VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. Pkt. 5 der Tagesordnung:

1) Fin-132/07	Bewerbung um die Teilnahme am Leader-Programm 2007 – 2013; Gewährung von Fördermitteln.
2) Fin-118/07	Integrationszentrum „Paraplü“; Dolmetschprojekte – Subventionsansuchen 2007.
3) K-22/07	Stadtfest 2007; Eröffnung bereits am Freitag, 19.00 Uhr, und Ausdehnung der musikalischen Beiträge auf das gesamte Veranstaltungsgelände.
4) Fin-163/07	Unterstützung Pfarre „Heilige Familie“ am Tabor.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER ING. FORSTENLECHNER DAVID:

1) Fin-120/06	Rechnungsabschluss 2006.
2) Präs-66/07	Aufhebung der Vergabeordnung 2002 für die Stadt Steyr.
3) Fin-30/07	Abgabe einer Haftungserklärung der Stadt gegenüber dem Sparkassenfonds über den Betrag von € 165.540,-- zur Errichtung von Räumlichkeiten für die Fachschule für Altendienste und Pflegehilfe im Rahmen der Sanierung des Bundesschulzentrums Steyr.
4) Rp1/06	Kontrolle und Revision; Jahresbericht 2006 gem. § 39 Abs. 3 StS.
5) Präs-157/07	Verleihung der Ehrenbürgerwürde der Stadt Steyr an Herrn Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer.

BERICHTERSTATTERIN VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

6) Fin-156/07	APM; Jahresabschluss 2006.
7) Fin-107/07	APT; Jahresabschluss 2006.
8) Fin-100/06	APT; Maßnahmen zur Verlustbedeckung 2007.
9) Fin-6/07	Gesundheits- und Sozialservices Steyr (GSS); Subventionsansuchen 2007.
10) VH-2/07	Anpassung der Klubbeiträge der Seniorenklubs der Stadt Steyr.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

11) GHJ2-36/07	Erneuerung des Physik- und Chemiesaales – Hauptschule Promenade.

BERICHTERSTATTER STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

12) BauStr-8/07	Hoferberg; Neubau der Gehsteigkonstruktion.
13) BauBrü-2/07	Zieglerbrücke; Randbalkeninstandsetzung 1. BA.

14) BauStr-5/07 Sanierung Münichholz 2007
1. Derflingerstraße
2. Rohrauerstraße
3. Prinzstraße – BA 1
Dringlichkeitsbeschluss

BERICHTERSTATTER STADTRAT WALTER OPPL:

15) VerkR-5629/92 Abschluss des Vertragsnachtrages mit dem Österreichischen Wachdienst Chwoyka & Co KG über die Überwachung des ruhenden Verkehrs in Steyr.

16) SH-510/07 Kreditüberschreitung bei den Kosten für Jugendwohlfahrtsmaßnahmen.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Meine sehr geehrten Damen und Herren, hoher Gemeinderat, ich darf Sie herzlich begrüßen zu unserer heutigen Gemeinderatssitzung. Ich begrüße natürlich auch die Gäste die heute hier sind und die Vertreter der Presse ganz herzlich. Ich darf feststellen, dass ordnungsgemäß einberufen wurde und dass die Beschlussfähigkeit gegeben ist. Protokollprüfer sind heute GR Martin Fiala und GR Kurt Apfelthaler. Entschuldigt sind heute GR DI Christian Altmann, GR Harald Dunst und GR Dr. Helmut Zöttl.
Ich komme zu Punkt 2), **Beantwortung von allfälligen Anfragen**. Es sind heute keine Anfragen vorhanden. Wir kommen gleich zu Punkt 3), **Mitteilungen des Bürgermeisters**.

Umweltschutzpreis 2007

Über einen Scheck im Wert von 500 Euro freuten sich die Kinder des Hortes Resthof Grandyplatz. Bei dem Projekt „Umweltschutz geht jeden an“ widmete sich der Hort Resthof intensiv dem Thema Umweltschutz.

Ein weiteres Projekt das prämiert wurde war das „Projekt-Fledermaus“ von der Steyrdorfschule Industriestraße sowie „Saubere Energiegewinnung - dem Klima zuliebe“ heißt das Projekt der Hauptschule 1 Ennsleite.

Einen Scheck im Wert von 100 Euro erhielt die Hauptschule Rudigier für ihr Projekt „Der Natur auf der Spur“.

In der allgemeinen Klasse wurde der Naturschutzbund OÖ für sein Projekt „Sanierung Quenghofteich“ ausgezeichnet und mit einem Betrag von 500 Euro belohnt. Der Landschaftsteich liegt neben dem Quenghof und war fast völlig verlandet.

Eine Anerkennungs-Urkunde erhielt Mag. Karl Magauer für seine Energiesparmaßnahmen - Errichtung einer Solar- und Photovoltaik-Anlage.

Zu den Badeplätzen in Steyr habe ich einiges zu berichten

Gute Nachrichten für alle Badegäste und Wassersportler: Die Badeplätze an der Steyr zeichnen sich durch hohe Wasserqualität aus. Fachleute im Auftrag der Landesregierung haben das Wasser der Steyr im Bereich Unterhimmel vor kurzem analysiert und ein sehr gutes Zeugnis ausgestellt. Die Steyr ist laut Experten an den beliebten Sonnen- und Badeplätzen in ausgezeichnetem Zustand.

Dieses gute Ergebnis hängt auch damit zusammen, dass das Steyrer Kanalnetz hervorragend ausgebaut ist. Insgesamt sind fast alle Steyrer Haushalte an das öffentliche Kanalsystem angeschlossen. Wir haben einen Anschlussgrad von 99 %.

Neuer Service im Magistrat: Internet-Formulare mit E-Card signieren

Der Magistrat Steyr bietet seinen Bürgern einen weiteren Service im Bereich E-Government an. Ab sofort können alle Internet-Formulare auch mit der E-Card signiert und digital übermittelt werden.

Marlen Haushofer Literaturpreis 2007 zum Thema „Armut“

Die Stadt Steyr, die Wiener Städtische Versicherung und die Sparkasse Oberösterreich, die Tabor Warenhaus GmbH sowie die Marlen Haushofer Nachlassverwalterin schreiben für den Marlen Haushofer-Literaturpreis Steyr 2007 Preise in Höhe von insgesamt 7.300 Euro zum Thema „Armut“ aus.

Die Arbeiten müssen bis spätestens 26. 09. 2007 in der Poststelle/Stadtservice des Magistrates der Stadt Steyr, versehen mit der Aufschrift „Marlen Haushofer Literaturpreis Steyr 2007“ eingelangt oder elektronisch übermittelt worden sein.

Ich möchte Ihnen noch ein Schreiben zur Kenntnis bringen, das uns ein Dr. Wibmer aus Wörgl geschrieben hat und zwar dem Herrn Magistratsdirektor und mir.

„Anlässlich eines Todesfalles hatte ich in den letzten Wochen einige Kontakte zu Dienststellen der Stadt Steyr (inkl. Stadtwerke). Ich darf Ihnen mitteilen, dass ich über die Schnelligkeit und Professionalität der Auskunft, Hilfestellung und Durchführung sehr erstaunt und positiv beeindruckt war. Dies betrifft insbesondere das Standesamt, die Abteilung Verkehrsrecht, das Abfallsammelzentrum und die städtische Bestattung.

Als ehemaliger Stadtamtsdirektor der Stadt Wörgl und derzeitiger für die Verwaltung ressortzuständiger Gemeinderat kenne ich alle Anforderungen, Schwierigkeiten aber auch die Chancen eines bürgerorientierten Servicegedankens der städtischen Verwaltung.

Herzliche Gratulation und ein Lob an ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter!“

Es ist sehr angenehm, wenn man hin und wieder auch so ein Lob von höchster Stelle und von kompetenter Stelle bekommt.

Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage

Die Arbeitslosenquote im Mai 2007 betrug 4,2 % und ist im Vergleich zum Vormonat um 0,4 % geringer. Auch gegenüber dem Vergleichsmonat im Vorjahr verringerte sie sich um 1,2 %.

Die Gesamtsumme der vorgemerkten Arbeitslosen betrug im Mai 2007 1.813 Personen. Diese verringerte sich gegenüber dem Vormonat um 7,9 % (d.s. 156 Personen) und auch gegenüber dem Vorjahr verringerte sie sich um 22,2 % (d.s. 518 Personen).

Im Mai 2007 sind 540 offene Stellen gemeldet, das sind im Vergleich zum Vormonat um 6 Stellen mehr und auch gegenüber dem Vorjahr um 13 Stellen mehr.

Ich komme nun zum Punkt 4) **„Aktuelle Stunde“**.

Die Freiheitliche-Gemeinderatsfraktion ersucht um Abhaltung einer „Aktuellen Stunde“ zum Thema „Steigende Sozialausgaben“.

Ich ersuche Herrn GR Eichhübl oder das Thema näher auszuführen.

GEMEINDERAT
HANS PAYRLEITHNER:
Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrtes Präsidium, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste. Hingegen medialer Vorankündigung werde ich dieses Thema für die Freiheitliche Gemeinderatsfraktion heute hier vorbringen, weil der Roman Eichhübl hätte sich sonst wirklich recht aufgeregt und wir wollen ihn ja noch länger bei uns in der Fraktion und in der Politik erhalten. Bekanntlich ist ihm ja die finanzielle Entwicklung der Stadt ein großes Anliegen und er wird ja dann beim Rechnungsabschluss auf seine Sorgen diesbezüglich noch das Wort ergreifen.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, die Sozialausgaben explodieren in den letzten Jahren. Der Grund unseres Themas für die „Aktuelle Stunde“ die explodierenden Sozialkosten. Die explodieren sozusagen exorbitant in den

letzten Jahren, vor allem im Bereich der Jugendwohlfahrt. Wir haben das aus dem Grund heute auf die Tagesordnung gesetzt, weil wir von den zuständigen und verantwortlichen Politikern im Rahmen einer, wie ich hoffe, Diskussion hören möchten, wie sie sich die zukünftige finanzielle Gestaltung zu diesem wichtigen Thema vorstellen. Denn nur sagen jetzt wird es teurer und wir müssen im Budget mehr Mittel vorsehen bzw. wieder Schulden machen, und das ist ja derzeit der Fall. Wir haben heute eine Steigerung von fast einer Million Euro, insgesamt 4,5 Millionen Euro. Wer schon länger in der Gemeinde sitzt, weiß was wir in den letzten Jahren unter diesem Kapitel ausgegeben haben. Wenn die Entwicklung so anhält, dann stellt das für die Stadt in Zukunft ein gewaltiges finanzielles Problem dar. Ich bin mir schon bewusst und unsere Fraktion ist sich darüber natürlich auch bewusst, dass nicht alle Probleme hausgemacht sind, dass uns gewisse Dinge auch sozusagen auf das Auge gedrückt werden, aber, vielleicht auch ein bisschen im Anschluss an die Berichterstattung vom Herrn Bürgermeister, wir haben natürlich auch mit 4,2 % die höchste Arbeitslosenrate in Oberösterreich. Das soll man bei dieser Gelegenheit auch einmal sagen, auch da ist noch Handlungsbedarf, so erfreulich der Umstand ist, dass die gute wirtschaftliche Lage sich natürlich auch in Oberösterreich auf die Arbeitslosigkeit und vor allem auch auf die Jugendarbeitslosigkeit, die trotzdem noch etwas hoch ist, auswirkt.
Wie gesagt, ich erwarte mir von der Thematisierung dieses Problems heute zumindest in Ansätzen Lösungsvorschläge. Ich weiß schon, dass wir nicht von heute auf morgen alles lösen werden, aber es ist ein Problem, das uns allen unter den Nägeln brennen sollte, vor allem die Jugendverwahrlosung sollte und kann uns nicht egal sein. Vielleicht ein kleines Beispiel. Ich komme öfter am Abend am Bahnhof, und das sollten sich vielleicht die werten geschätzten Kolleginnen und Kollegen am Abend einmal anschauen, wie dort Jugendliche total betrunken ohne jegliche Aufsicht herumlungern. Ich muss auch sagen, dass man dort nie einen Polizisten sieht, auch keinen Sozialarbeiter oder sonst irgendwem, die sich mit dieser Thematik beschäftigen. Das nur als kleines Beispiel. Ich weiß schon, dass es in den Stadtteilen ähnliche Probleme gibt. Sie tun einem ja eigentlich Leid, diese Jugendlichen, die dort herumhängen und es kümmert sich niemand. Man kann sich auch vorstellen, wie es dort zu Hause ausschaut. Die Familienpolitik der letzten Jahrzehnte hat wahrscheinlich auch nicht dazu beigetragen, dass diese Problematik weniger wird. Es ist auch, leider muss ich sagen, unter der derzeitigen Familienministerin nicht zu erwarten, dass dieses Thema ihr großes Anliegen ist, wo sie selbst erklärt hat, dass ihr Kinder nicht besonders am Herzen liegen. Aber ich will jetzt nicht polemisieren, dazu ist das Thema zu wichtig.

Ich möchte auch auf etwas eingehen, was im Sozialausschuss diskutiert wurde. Nachdem der Dr. Zöttl leider beim Bundesheer heute tätig ist und das nicht selbst vortragen kann. Es ist ein weiteres Projekt geplant, das nennt sich YES. Auch das wird zu zusätzlichen Kosten in erster Linie einmal führen und nicht zu einer Verringerung der Kosten. Es steht da zwar gar nicht drinnen, was dieses Projekt kosten wird, wäre ja auch interessant was uns das kosten wird, es ist auch die Rede von einer zusätzlichen Arbeitskraft im Magistrat, aber es ist uns leider nicht bekannt gegeben worden was dieses Projekt als Gesamtes im Budget dann zusätzlich Kosten verursachen wird. Das wäre auch interessant, wie sich das dann darstellt. Ob es dann effizient sein wird ist ein weiteres Fragezei-

chen. Ich bin überzeugt, die Frau Vizebürgermeisterin, als zuständige Referentin, wird uns heute vielleicht sagen können, welche Vorstellungen die zuständigen Abteilungen der Stadt, des Rathauses, der Verwaltung hier beabsichtigen, weil so wie es jetzt ist kann es nicht weiter gehen.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. Jede Fraktion hat eine Wortmeldung plus der politische Referent.
Gerhard bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Meinen sehr geehrten Damen und Herren, werte Kolleginnen, liebe Kollegen des Gemeinderates. Lieber Hans Payrleithner, in der „Aktuelle Stunde“ gibt es ja nicht die Gelegenheit intensive Diskussionen über ein bestimmtes Thema zu führen. Hier regelt ja das Statut ganz genau, wie eine „Aktuelle Stunde“ abzuhalten ist. Jede Fraktion kann eine Stellungnahme abgeben und die zuständigen Referenten. Wie du ja weißt, sind ja gerade die steigenden Kosten im Sozialbereich, gliedern sich ja zu einem wesentlichen Teil Jugendbereich, Jugendwohlfahrt und nicht nur das, sondern auch im Sozialhilfebereich wo die Kollegin Mach zuständig ist und im Jugendbereich der Kollege Oppl zuständig ist. Also daher ist das differenzierter zu sehen. Grundsätzlich über diese Entwicklung gibt es über die Fraktionsgrenzen hinweg keine unterschiedliche Auffassung. Es ist besorgniserregend. Jetzt nicht von den Kosten her, das ist halt die Begleiterscheinung die uns im Budget weh tut, aber insgesamt als politische Funktionäre, als politische Mandatare ist es besorgniserregend, dass wir eine solche Entwicklung auch in der Stadt Steyr immer stärker verspüren. Man muss da schon dazu sagen, es ist kein Steyrspezifisches Problem sondern in den großen Städten Europas und über die Grenzen, über den Teich hinüber kennt man das schon seit vielen, vielen Jahren, wenn nicht schon seit Jahrzehnten. Gerade in den letzten Jahren haben wir es in Frankreich auch erlebt, die Krawalle, diese Auswüchse die ihren Ursprung und ihre Hintergründe hat, die ja nicht zufällig entstanden sind. Und jetzt schreitet das immer weiter vor und jetzt kommt es auch in kleinere Städte, wie das in Steyr der Fall ist, wo wir doch über viele Jahre weitgehendst von diesen Entwicklungen verschont gewesen sind. Man muss da auch dazu sagen, wie du angeführt hast, einige Dinge sind nicht hausgemacht. Diese Entwicklung, also das muss man da schon ganz klar und deutlich sagen, ist überhaupt nicht hausgemacht, weil eines ist die Kommune oder der Gemeinderat Steyr nicht in der Lage, dass gesellschaftspolitische Entwicklungen, dass die von uns großartig zu beeinflussen sind. Das ist in keinster Weise der Fall. Dass solche Entwicklungen sind, dass diese ganze Problematik die ja sehr vielschichtig und vielseitig ist, hat ja viele Ursachen aber nur nicht, weil die Gemeinde oder die Stadt oder der Gemeinderat hier Fehlentwicklungen eingeleitet hat und nicht dem vorzeitig entgegengewirkt hat. Also, das muss man schon sagen, da gibt es viele andere Gründe. Die Gesellschaft schlechthin verändert sich und ist Einflüssen heute ausgesetzt, die es früher nicht gegeben hat, beginnend über Fernseher, Computer und viele andere Dinge die halt gerade die Jugend auch in einem dementsprechenden Ausmaß treffen und die Jugend auch beeinflussen. Also, von da her gesehen gibt es von der Stadt überhaupt nichts Hausgemachtes.

Eines was man aber von uns aus sagen kann, waren wir in Steyr über die ganzen Jahrzehnte immer so weit, dass wir, und das ist auch ein wichtiger Bereich, wie man dem im kleinen

Ausmaß entgegensteuern kann, waren wir immer so weit, dass wir ein dementsprechendes Freizeitangebot an die Jugend gemacht haben und auch unterstützt und gefördert haben. Ein wesentlicher Teil sind einmal die Sportvereine die hier sehr positive Auswirkungen haben können, aber auch andere Sozialvereine die sich mit dem beschäftigen und die sich mit der Jugend beschäftigen. Bis hin in die Schulen wo auch Angebote gegeben sind, dass die Freizeit, die immer mehr wird, bestimmte Betreuungsformen auch gewährleistet sind und notwendig sind. Also einmal so grundsätzlich zu dem. Es ist sicherlich, und es ist bemerkbar, wie du auch gesagt hast, dass die Anzahl der Jugendlichen immer größer wird, die die Möglichkeit haben unbeaufsichtigt aus dem Elternhaus Zugriff zu Alkohol haben, Zugriff zu Drogen haben und andere Dinge auch. Das ist deutlich spürbar und das ist ein riesiges Problem. Auch viele Experten, auch weit über unsere Grenzen hinaus, stehen hier vor der Tatsache, dass man einfach nicht hingehen kann wenn jetzt am Bahnhof, oder auch in anderen Stadtteilen, Jugendliche Alkohol konsumieren und Drogen zu sich nehmen und anderweitig sich hier auslassen, dass du hin gehst und stellst das ab. Das ist in der Form nicht ganz so einfach und ist auch in der Art und Weise nicht möglich.
Ich möchte auch zu dem, was der Herr Bürgermeister in seinem Bericht angeführt hat, zur Arbeitslosenrate in Steyr und wie sich das entwickelt, sagen, es ist erfreulich, dass sich die Arbeitslosenrate verbessert, aber auch da sollte man nicht blauäugig sein und blauäugig hinschauen. Wir befinden uns zur Zeit in einer Hochkonjunktur wie wir es schon lange nicht mehr erlebt und vorgefunden haben. Trotz dieser Hochkonjunktur haben wir noch eine Arbeitslosenrate die deutlich über 4 % ist. Ich sage das deswegen, weil nämlich die Arbeitslosen und jene die immer länger aus dem Arbeitsprozess hinausgedrängt werden, dass nämlich dort auch ein wesentlicher Ursprung ist von den Entwicklungen die man dann in der Jugendwohlfahrt oder im Sozialhilfebereich feststellt und wir dort auch die Auswirkungen haben. Das wissen wir, in Zeiten wo wir Vollbeschäftigung gehabt haben war das wesentlich besser und war das nicht in dieser Tragweite. Das spüren wir halt in den letzten Jahrzehnten, dass gerade jene Bevölkerungsschicht die aus dem Arbeitsleben hinausgedrängt wird, dass dann die Kinder, die aus diesen Ehen entstehen, am meisten gefährdet sind.

Was tragen wir dazu bei oder wie reagieren wir als Stadt, als Gemeinderat und was machen wir, um dieser Entwicklung zu begegnen? Du hast es selbst erwähnt, es ist ja im Sozialausschuss schon zweimal darüber diskutiert worden. Das ist das Projekt YES, ausgesprochen für jene die nicht die Insider sind „Ja Steyr, erfolgreich steuern“ das sich mit der ganzen Bandbreite der Probleme beschäftigt. Das ist, wie gesagt, im Sozialausschuss berichtet und diskutiert worden. Hier geht es darum, dass man im Vorfeld schon gewisse Entwicklungen versucht entgegen zu steuern. Du hast es auch richtig gesagt, das wird vorerst Geld kosten. Jede Prävention ist nicht sofort wirtschaftlich belegbar und nachweisbar, dass man sich was einspart, sondern das wird zuerst Kosten mit sich bringen, da werden wir dort und da mehr Geld in die Hand nehmen müssen. Wir hoffen natürlich und bei Prävention, und es ist egal in welchem Bereich, ob es im Gesundheitsbereich ist oder in anderen Bereichen, da kann man nie genau so treffsicher sagen „und das werden wir erreichen“. Wir können nur hoffen und alle Anstrengungen machen, damit wir mit diesem Projekt auf die Jugendlichen, also im Jugendbereich und auch im Sozialhilfebereich dem entgegen steuert, dass

man verschiedene Angebote macht, Betreuungsformen sucht die kostengünstiger sind wie die jetzigen und damit sich das im Budget auch in den nächsten Jahren niederschlägt. Punkto Budget glaube ich sind wir uns alle einig, gerade der Finanzreferent keucht ja unter dieser Entwicklung am meisten, weil es unplanbar ist, unkalkulierbar ist, es ist überhaupt nicht mehr prognostizierbar. Wir werden ja heute den Tagesordnungspunkt noch haben, wo wir eine Kreditüberschreitung von über 900.000 Euro beschließen werden. Hier sind Kostenexplosionen da die einfach nicht mehr einschätzbar sind, die einfach daher kommen auf uns und die wir so zur Kenntnis nehmen müssen.
Das hat natürlich auch wahrscheinlich mit einen Grund, dass dieses Thema aufgrund verschiedener Vorkommnisse in der Vergangenheit stärker sensibilisiert worden ist. Es hat tragische Fälle in Oberösterreich und darüber hinaus gegeben. Natürlich sind auch unsere Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter dementsprechend verunsichert. Wenn man dann sieht, wenn hier irgendwelche Fahrlässigkeit, Nachlässigkeit dann diskutiert wird und die vor Gericht treten müssen, dass das eine äußerst problematische Situation ist. Es ist aber auch die Öffentlichkeit stärker sensibilisiert. Man merkt jetzt, dass halt im Jugendbereich, wo solche Zustände und Umstände herrschen, dass die Umgebung jetzt sensibler reagiert und aufmerksam macht und auch informiert. Ob das von der Polizei, von den Schulen oder sonstigen Einrichtungen ist, die alle sind da wesentlich sensibler geworden und daher auch noch einmal die Steigerungen.

Grundsätzlich muss man sagen, das Problem ist da und es ist ein schwieriges Problem. Wir hoffen, dass wir mit diesen Maßnahmen die im Projekt YES vorgesehen sind und die wir auch noch zu beschließen haben, dass wir doch dem geringfügig entgegen steuern. Grundsätzlich glaube ich, darf man sich nichts vormachen. Diese gesellschaftliche Entwicklung werden wir als Steyrer Gemeinderat kaum in einer Form beeinflussen können, sondern hier muss die hohe Politik, und das weit über die österreichischen Grenzen hinaus, Maßnahmen setzen. Da gäbe es schon manche. Alleine dass man schaut einmal, dass wirklich jeder der arbeitswillig ist auch einen Arbeitsplatz bekommt, dann würden die sozialen Verhältnisse schon anders ausschauen.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön.
Ich möchte vielleicht noch dazu erwähnen, dass uns natürlich die Kosten in diesem Sozialbereich natürlich nicht gleichgültig sind, sondern dass wir da sehr viele Aktionen, nicht nur das Thema YES, aufgesetzt haben, sondern, dass ich auch in Gesprächen mit Stadtrat Oppl dieses Thema Kostenentwicklung auf diesem Sektor eingehend diskutiert habe und dass wir dort auch dabei sind, entsprechende Kostenanalysen durchzuführen und entsprechende Maßnahmen zu setzen. Aber ich glaube, da wird der Walter noch einmal darüber berichtet.

Ich möchte noch anfügen, zum Thema Bahnhof war eine Delegation bei mir, und zwar eine Delegation der Busführer und hat mir auch dargelegt, wie sich die Situation im Bahnhofbereich dramatisch entwickelt. Ich habe mit dem Polizeidirektor Steininger das ganze Thema schon besprochen und er hat mir auch versprochen, dass entsprechende Polizeikontrollen in diesem Bereich in Zukunft verstärkt stattfinden. Ich habe ihm auch genau gesagt zu welchen Zeiten und wie das vor sich gehen soll.

Vielleicht noch ein Wort zum Thema Arbeitslosigkeit. 4,2 % ist die niedrigste in Steyr. Wir sind damit 1 % niedriger als der Österreichschnitt. Das sollte man auch festhalten. Wir sind in Oberösterreich sicher nicht besonders gut, aber wir sind österreichweit auf alle Fälle 1 % unter dem Österreichschnitt und haben eine hervorragende Situation in Steyr so wie schon lange nicht mehr.

Wer ist der Nächste? Herr Mayrhofer bitte.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren. Finanzen sind eine Sache, dass aber hinter der ganzen Geschichte Menschen stehen und damit Schicksale ist die andere Sache. Ich glaube, daher darf man es mit Sicherheit nicht auf die leichte Schulter nehmen. Ich gehe aber davon aus, dass jeder der hier Anwesenden das nicht leicht nimmt, sondern sich sehr um eine Lösung bemüht. Die Frage ist nur die: Laufen wir hinterher? Zahlen wir die Kosten die dann entstehen, wohlwissend, dass wir damit nichts ändern können, sondern dass wir immer hinten nach laufen? Oder gehen wir den anderen Weg, dass wir in Prävention finanzieren, verstärkter in Prävention finanzieren? Wobei ich, und da bin ich beim Gerhard Bremm, schon eines sage, wir müssen unterscheiden bei den Sozialkosten. Jugendwohlfahrt, in dem Fall der Bereich vom Walter Oppl, ist anders gelagert als z. B. Altenpflege, Kindergärten usw. In dem Bereich bin ich schon der Meinung, dass die Kosten nicht gottgewollt sind, sondern dass man da sehr wohl Einsparungspotential hätte und man sich überlegen muss ob ich da nicht stärker ansetze. Bei der Jugendwohlfahrt, vollkommen richtig, da explodieren die Kosten. Was mir da besonders weh tut ist, dass ganz offensichtlich eine eklatante Fehleinschätzung der Entwicklung passiert. Ich erinnere an den Budgetgemeinderat, das ist im Protokoll nachzulesen, wo wir schon darauf hingewiesen haben wie sich das entwickeln wird und trotzdem ist man mit einem Ansatz hinein gegangen, und wir sind ja heute damit konfrontiert mit einer Nachbesserung, dass das bei weitem nicht stimmt. D. h., von den Fachleuten, vom Referenten war man der Meinung, nein, nein, das ist nicht so arg, das entwickelt sich so nicht, das hat man im Griff, das wird sich nicht verschlechtern. Tatsache ist, es verschlechtert sich und zwar rapid. Wir haben in den letzten Jahren immerhin eine Verdoppelung des gesamten Budgets und sind damit jetzt in einer Größenordnung, huch. Aber noch einmal, das eine sind die Finanzen, das andere ist, was machen wir wirklich damit. Ich glaube, dass wir sehr wohl mit einer Differenzierung der Jugendlichen z. B. a) Kosten sparen aber b) vor allem für die Entwicklung dieser Betroffenen Verbesserungen erzielen können. Nicht jedes Kind das weggenommen werden muss von zu Hause, weil die Zustände dort unzumutbar sind, muss oder soll z. B. in ein Erziehungsheim. Das ist gar nicht notwendig. D. h., es ist zu überlegen, ob man da nicht differenzierte Einrichtungen schaffen soll. Wir haben auf der einen Seite die Pflegefamilien als super Einrichtung und wahrscheinlich die beste Möglichkeit. Aber ob es nicht auch notwendig ist ein normales Heim für solche Kinder zu machen, wo nicht dieser Betreuungsaufwand notwendig ist wie er z. B. in den Landeseinrichtungen oder auch in den Institutionen ist, wo psychologische Betreuung und, und notwendig ist. D. h., manche müssen nur geschützt werden von Elternteilen. So arg das ist, aber es ist leider Tatsache. D. h., ich glaube, das sollte man einmal durchdenken, auch überlegen, ob es nicht sinnvoll wäre vielleicht Einrichtungen auch bei uns in

der Stadt zu machen, wenn nur einfach diese Wegweisungen usw. oder Einweisungen in diese Heime dann zu akzeptieren und zum Geldtascherl zu greifen. Ich glaube, das ist die einfachste Lösung, aber nicht die zielführendste. Vor allem glaube ich ist uns schon allen bewusst, dass wir keine normale Entwicklung hier in Steyr haben, sondern dass wir in Steyr mit dieser Entwicklung den Spitzenplatz in Oberösterreich einnehmen.

Ich gehe nicht ganz konform mit dir, Gerhard, dass das eine Geschichte ist die mit den Arbeitslosenraten im Zusammenhang steht. Weil wenn man gleichzeitig 470 offen Arbeitsstellen hat, dann bedeutet das schon, dass auch die Arbeitswilligkeit nicht ganz da ist oder dass vielleicht auch nicht die richtigen Stellen für die Arbeitssuchenden da sind, aber es ist nicht ein Arbeitsmangel. D. h., es dürfte tiefer gehen. Das ist ein gesellschaftspolitisches Problem und wenn wir uns abkoppeln von der normalen Entwicklung des Landes oder auch des Bundes, dann müssen wir uns schon überlegen, wir, als Verantwortungsträger, was läuft dann in Steyr anders, was läuft falsch, warum sind wir an der Spitze mit diesen Zahlen? Darum glaube ich ist es schon notwendig und wichtig, dass der Payrleithner Hans dieses Thema hier angesprochen hat. Wir sollten nicht nur jetzt in einer „Aktuellen Stunde“ das Thema anschneiden, sondern sollten uns sehr, sehr intensiv damit beschäftigen und zwar wegen unseren Bürgern, wegen der Zukunft, aber natürlich auch, keine Frage, ich schaue den Finanzreferenten an, aufgrund unserer Budgetsituation die wir jetzt dann anschließend diskutieren werden. Danke.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
GR Fanta bitte.

GEMEINDERÄTIN
UTE FANTA:
Werte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Gäste. Ich begrüße auch die Thematisierung sehr, das Thema Jugend, Jugendarbeitslosigkeit, Jugendbefinden sozusagen. Abgesehen davon, dass es einen Finanzierungsplan braucht, wenn man etwas investieren will, so wie bei allen Dingen, das ist völlig klar, aber über das möchte ich mich jetzt auch nicht auslassen. Das was mich jetzt bewogen hat auch etwas dazu zu sagen ist, ein Satz von Ihnen, wo Sie gesagt haben das ist eine gesellschaftliche Entwicklung und wir als Stadt können da nicht viel tun, dieser Illusion brauchen wir uns nicht hingeben. Ich frage mich an dieser Stelle, wofür sind wir verantwortlich in dieser Stadt, wenn nicht unter anderem, aber vor allen Dingen, für die Jugend. Ich glaube nicht, dass es damit gedient ist, dass wir, begrüßenswerter Weise, im Sommer Spiele veranstalten für Jugendliche, dass es eine Jugendwohlfahrt gibt. Aber ich denke mir, wo gehen Jugendliche hin, die in einem Alter zwischen 10 und 18 Jahren nicht wissen wo sie hingehen sollen. Ich denke mir es gibt für diverse Betroffenheiten Anlaufstellen. Mir fällt auf, dass es in Steyr keine Anlaufstelle gibt für Jugendliche wo es noch nicht zu spät ist, die noch kein sogenannter sozialer Fall sind, sondern die aus eigener Betroffenheit eine ansprechende Anlaufstelle brauchen, wo sie mit ihren Problemen und Problemstellungen hingehen können. Ich möchte an dieser Stelle das zum Thema machen. Ich würde mir auch wünschen, das im Sozialausschuss zu thematisieren, ob das nicht eine Überlegung wert wäre. Das Thema wird nicht von der Diskussion verschwinden, es wird immer mehr werden. Ich hätte gerne gewusst, von den Zuständigen, nämlich von der Frau Vizebürgermeisterin Mach und vom Herrn StR Oppl, wie sie sich das grundsätzlich vorstellen, über Legisla-

turperioden hinaus gesehen, und stelle ganz bewusst die Frage: Was tut die Stadt für die Jugendlichen und wo liegt denn die Verantwortung? Das jetzt zu Ihrer Aussage. Für wen wird Politik gemacht? Ich denke mir für die Jugend, die später auch erwachsen wird, im Idealfall gut aufwächst und einen Job hat und sich im Leben zurecht findet. Ich denke sehr wohl, dass die Kommune eine Verantwortung hat und Möglichkeiten hat das zu gestalten und zu beeinflussen. Ich denke, nicht die Jugend ist das Problem, das möchte ich betonen in der Diskussion, sondern die Jugendlichen haben ein Problem und brauchen dabei Unterstützung und eine Anlaufstelle. Da sind auch wir als Politiker und Kommunalpolitikerinnen sehr in die Verantwortung genommen, nicht nur Finanzen bereit zu stellen, sondern auch in diesem Sinne vielleicht zu denken und das so zu sehen.

Dabei fällt mir auf, jetzt beim Sitzungsplan für das erste Halbjahr 2008, es gibt genau einen Sozialausschuss, was ich auch kritisieren möchte.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Nein zwei. Wir haben immer zwei.

GEMEINDERÄTIN
UTE FANTA:
Wobei ich mir grundsätzlich wünschen würde, nachdem immer wieder viele Themen auftauchen, es gibt andere Bereiche die einmal im Monat tagen, bei der Gelegenheit vielleicht wäre das auch ein Zeichen, dass man sich diesen Dingen mehr annimmt. Danke.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. Roman bitte.

GEMEINDERAT
ROMAN EICHHÜBL:
Frau Vizebürgermeisterin, werte Herrn Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, geschätzte Vertreter der öffentlichen Medien, werte Gäste. Ich möchte doch, um einige Gemeinderatsmitglieder nicht zu sehr zu enttäuschen, zu dem was mein Fraktionskollege, GR Hans Payrleithner, zu diesem Thema gesagt hat, einige Ergänzungen anbringen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, wir haben ja vonseiten der Freiheitlichen GR-Fraktion, vor allen Dingen deswegen dieses Thema heute hier in der „Aktuellen Stunde“ beantragt, weil wir darauf hinweisen wollten, dass gesellschaftspolitische Fehlentwicklungen in den letzten 10 bis 15 Jahren zweifelsfrei im besonderen Maße nicht hausgemacht, wie meine Vorredner betont haben, deren Auswirkungen wir aber verspüren und auch entsprechende Gegenmaßnahmen zu setzen haben, ihren Höhepunkt noch nicht erreicht haben. Die Zahlen beweisen das. Es ist notwendig, dass immer mehr Personen vonseiten der Stadt betreut werden. Es gibt ja heute einen entsprechenden Antrag und eine entsprechende Zielsetzung von Kostenausweitungen die dort erforderlich sind. Vor allen Dingen, meine sehr geehrten Damen und Herren, gibt es ja noch weitere Bereiche wo eben die Finanzmittel immer höher angesetzt werden müssen um dieser Fehlentwicklung entsprechend entgegen zu treten.

Es gibt, das wurde bereits von meinen Vorrednern ausgeführt, sehr massive Probleme auch hier in Steyr. Diese Studie, diese YES Studie, weißt ja im besonderen Maße darauf hin, dass es nicht nur Probleme bei den hier ansässigen Familien und der Kinderbetreuung gibt, dass viele Kinder im zunehmenden Maße vernachlässigt werden und dann die öffentliche Hand mit öffentlichen Steuergeldern einschreiten muss um diese Erziehungsmaßnah-

men erfolgreich fortsetzen zu können. Es gibt aber auch, und das soll man auch nicht unerwähnt lassen, das steht in dieser Studie drinnen, im zunehmenden Maße Probleme mit Zuwanderern, die ja offensichtlich nicht besonders integrationswillig sind, und deren Kindern. Denn wie sonst wäre das zu verstehen, dass es Probleme gibt und dass Maßnahmen notwendig sind, dass sogar eigenes Personal dafür eingesetzt werden soll oder muss um jene zu betreuen und die Integrationswilligkeit zu fördern, die seit mehreren Generationen hier bei uns sind. Ich glaube, das sollte man nicht unerwähnt lassen, da stimmt doch etwas nicht. Da liegt es sicherlich nicht an der Gesellschaft hier bei uns, sondern an der mangelnden Integrationswilligkeit. Ich weiß schon, nachdem der Herr Kollege Apfelthaler Aufzeichnungen macht von dem was ich offensichtlich hier sage, dass er ein bisschen einen anderen Zugang hat zur Integration. Das beweist ja seine Wortmeldung in der Steyrer Rundschau und auch in der Tipps, wo er sich darüber empört, dass im Amtsblatt jetzt nicht mehr zweisprachig der Ärztenotdienst angekündigt wird. An sich wäre es notwendig nicht nur zweisprachig, sondern in mindestens mehreren Sprachen, wenn man schon davon spricht. Ich glaube da wäre es notwendig in 10 oder 12 verschiedenen Fremdsprachen hier diese Ankündigung zu machen, wenn man davon spricht. Wir vertreten da aber eine andere Meinung. Das wäre absolut erforderlich, dass nämlich jene, die sich bei uns aufhalten, in erster Linie die Deutsche Sprache erlernen und nicht wir uns der Sprache anderer bedienen, denn das wäre ja für die Integration absolut kontraproduktiv.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben aber auch Probleme bei Jugendeinrichtungen, im besonderen Maße im Stadtteil Resthof um eine gewisse Altersgruppe von älteren Kindern und Jugendlichen von der Straße wegzubringen. Auch hier wird es notwendig sein, entsprechende Maßnahmen zu setzen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es wäre mir jetzt ein Leichtes, noch weitere Problematiken aus dieser Studie zu zitieren. Ich lasse das, denn jeder hat ja die Möglichkeit hier Einsicht zu nehmen. Ich möchte aber abschließend schon eines noch sehr deutlich zum Ausdruck bringen, dass für vieles die öffentliche Hand zuständig ist, dass vieles die öffentliche Hand kann und auch machen muss, dass sie aber nicht alles machen kann. Es wird unbedingt notwendig sein für die Zukunft eines zu erwirken, denn da sind sich offensichtlich schon einige Politiker einig, dass es erforderlich ist in Zukunft daraufhin zu wirken, dass auch in den Familien wieder der Weg von mehr Eigenverantwortlichkeit eingeschlagen wird. Von mehr Eigenverantwortlichkeit deswegen, weil es sonst vielen Städten und Gemeinden so ergehen wird, dass sie sich nur mehr Sorgen machen müssen über die Gestaltung der Sozialausgaben und des Sozialplanes, weil für andere Aufgaben wahrscheinlich dann kaum mehr Geld übrig sein wird.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. GR Frech.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Ich erspare es mir jetzt auf das Thema der Zuwanderer einzugehen, das wir glaube ich im Gemeinderat schon sehr oft abgehandelt haben und ich mir denke, an den Kollegen Eichhübl und Kollegen Payrleithner auch gewandt, man sollte halt manche Dinge nicht immer so vereinfachend darstellen und in den Raum

stellen mit, die Ausländer sind nicht integrationswillig, ich denke mir, es gibt solche und es gibt andere, jeder von uns hat glaube ich auch schon die Erfahrung gemacht mit der positiven Seite. Aber auf das Thema möchte ich gar nicht so eingehen, sondern was für mich ein wesentlicher Punkt ist sind diese 14 % an Steyrer Kinder und Jugendlichen die bereits Kontakt mit der Jugendwohlfahrt hatten. Nachzulesen alles im Prüfbericht vom 3. Quartal 2006. Da denke ich mir, das ist schon eine Geschichte die mir zu denken gibt. 14 %! Aus dem heraus würde ich sagen, die Prävention ist das Gebot der Stunde. Prävention heißt aber jetzt nicht nur den Bereich der ambulanten Betreuung verstärkt anzubieten bevor eben Kinder in das Heim kommen damit dieser Fall gar nicht eintritt, z. B. auch verstärkt im Bereich der Pflegefamilien auszubauen, was ein ganz wichtiger und wesentlicher Punkt wäre. Und Pflegeltern, wer sich ein bisschen näher mit der Problematik beschäftigt kommt schnell drauf, dass man hier noch sehr viel tun müsste um verstärkt Familien in der Bevölkerung zu finden die bereit sind Kinder auf Zeit oder auch auf Dauer in den Familienverband hereinzunehmen, finanzielle Belastungen usw.

Es geht aber nicht nur um Prävention im Sinne von Betreuung, sondern ich glaube auch, dass die Stadt, und da kann die Stadt sicher etwas tun, aufgerufen ist, alles was sie tut auch im Hinblick auf Kinder- und Jugendfreundlichkeit zu untersuchen. Mir ist jetzt während der Debatte oder während der Diskussion z. B. eingefallen, die Situation derzeit im Münichholz, wo diskutiert wird, dass man aus Innenhöfen von Häusern Parkplätze macht. Da könnte man jetzt sagen das hat mit Jugendbetreuung und Jugend gar nichts zu tun, aber ich denke mir, wenn ich die Innenhöfe weg habe, dort Autos habe, wo spielen dann die Kinder? Wenn ich keine Spielmöglichkeiten habe für Kinder, keine Beschäftigungsmöglichkeiten habe für Kinder, dann brauche ich mich nicht wundern, wenn dann irgendwann einmal dieses Beispiel, das zitiert worden ist am Bahnhof, wenn dann Jugendliche herumlungern mit Alkohol. Dann löse ich das Problem nicht durch Kontrollen der Polizei, weil dann verlagert sich das Problem halt in einen anderen Bereich. Hier glaube ich sollte man verstärkt darüber nachdenken. alle zuständigen Stadträte und auch die gesamte Verwaltung, dass bei allen Entscheidungen die getroffen werden immer auch der Aspekt der Kinder und Jugendlichen hineinfließt. Ein wesentlicher Punkt ist in diesem Zusammenhang auch, dass diese sogenannten Lückekinder eigentlich kaum etwas vorfinden in Steyr. Das sind so die Kinder die für den Spielplatz zu alt sind, aber für manche anderen Jugendangebote noch zu jung, daher dazwischen Räume zu schaffen um denen eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung auch anbieten zu können.

Wem man glaube ich nicht den Vorwurf machen darf, das ist der Jugendwohlfahrt selbst, dass die vielleicht unwirtschaftlich arbeiten würden oder so. Ganz im Gegenteil, weil ja sogar die Aufstockung von Personalreserven in der Jugendwohlfahrt durchaus auch vom Amt aus wirtschaftlicher Sicht für sinnvoll erachtet worden ist, also auch vom Kontrollamt und das Kontrollamt gehört nicht zu jenen Einrichtungen denke ich mir in Steyr die dort, wo zu viel Personal wäre, sagen, na stocken wir noch auf. Es ist einfach sinnvoll aus wirtschaftlicher Sicht in manchen ambulanten Bereichen aufzustocken um eben wirklich diese Heimeinbringung zu verhindern.

Ich würde mir wünschen, dass es einen eigenen Sozialausschuss gibt, der sich mit dieser Thematik eingehend beschäftigt und wirklich die Ursachen dafür herausfiltert warum in Steyr tatsächlich 14 % aller Kinder und Jugend-

lichen bereits Kontakt mit der Jugendwohlfahrt hatten, weil das erscheint mir schon extrem viel.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. StR Walter Oppl bitte.

STADTRAT
WALTER OPPL:
Sehr geehrter Herr Bürgermeister, wertes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Sie können versichert sein, wie die Fachbeamten zu mir gekommen sind und mir die Mitteilung gemacht haben, dass aufgrund einer Prognose, und das möchte ich auch hier betonen, wir einen zusätzlichen Bedarf im Budget von insgesamt 949.000 Euro im Bereich der Jugendwohlfahrt benötigen, da war ich alles andere als erfreut. Ich habe natürlich diesen Umstand selbstverständlich zum Anlass genommen, mich auch intensiv mit den Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern zusammenzusetzen und die Ursachen zu hinterfragen, wie es denn zu so einer Entwicklung kommen kann, zumal wir ja voriges Jahr bereits um rund 650.000 Euro die budgetierten Mittel überschritten haben und für das heurige Jahr diese Mittel auch im Budget angemeldet haben. Nichtsdestotrotz sind wir natürlich wesentlich über diesen Budgetmitteln die wir voriges Jahr gebraucht haben.
Jetzt zur Frage vom Kollegen Mayrhofer bezüglich der Fehleinschätzung. Würden wir hergehen und sagen wir rechnen das hoch und schlagen jedes Jahr 20 % drauf, dann stimmt das im Budget drinnen und es wird das Thema sicherlich nicht mehr thematisiert, weil wir ja mit dem Budget auskommen. Das kann nicht heißen, dass wir das mit Absicht machen, aber ich finde es trotzdem gut, dass wir über diese Problematik diskutieren.

Gelächter

STADTRAT
WALTER OPPL:
Es ist aber wirklich so.

Zwischenruf von GR Hackl: 20 % wären eh zu wenig gewesen

STADTRAT
WALTER OPPL:
Ja, das wäre auf alle Fälle zu wenig gewesen.

Aber ich möchte jetzt schon auf einige Punkte eingehen, die in der Diskussion gefallen sind und im Grunde genommen kommt es mir so vor, wie wenn das jetzt eine Zusammenfassung dessen wird, punktuell, was jetzt in der Diskussion ausgeführt wurde.
Ich möchte zuerst einmal auf die 14 % eingehen von der Kollegin Frech. Ich habe das ja auch ausführlich im vergangenen Amtsblatt dargestellt. Faktum ist, dass 14 % der Steyrer Kinder und Jugendlichen, das sind 0 bis 18-jährige, bereits mit der Jugendwohlfahrt in Kontakt gekommen sind in irgendeiner Art und Weise. Das heißt aber nicht, dass hier sozialpädagogische Maßnahmen getroffen werden mussten, sondern es eine Beratung gegeben hat und sonstige Dinge mehr. Diese 14 % sind rund, umgerechnet auf die Altersgruppe, 1.060 Kinder und Jugendliche. Damit man da auch einmal ein bisschen einen Begriff bekommt, von welchen Zahlen wir da sprechen. In Summe, von diesen 1.060, sind insgesamt rund 280 Kinder und Jugendliche in sogenannten sozialpädagogischen Maßnahmen. Und zwar mit Stand von gestern haben wir insgesamt 40 Pflegekinder, das sind 0,5 % der Steyrer Jugendlichen, 71 Heimkinder, das sind 0,9 % und für Kinder in ambulanter Betreuung haben wir insgesamt 170 Kinder und Jugendliche. Das sind, nachdem da bei mir immer wieder die statistische Ader

durchkommt, insgesamt 2,3 %. Also in Summe sprechen wir von 3,7 % der Steyrer Kinder und Jugendlichen wo wir sozialpädagogische Maßnahmen setzen müssen. Anders gesprochen, 96,3 %, nach Adam Riese, benötigen Gott sei Dank keine sozialpädagogischen Maßnahmen. Dass man das auch einmal da in aller Öffentlichkeit sagt, nicht dass der Eindruck entsteht wir haben so hohe Kosten und die ganze Steyrer jugendliche Bevölkerung ist soweit, dass sie nicht mehr von den Eltern alleine erzogen werden kann. Jedes einzelne Kind ist natürlich zu viel. Da glaube ich sind wir uns alle einig und da braucht man nicht diskutierten und trotzdem haben wir aufgrund von unseren Prognosen, alleine bis zum Mai war es notwendig 6 zusätzliche Unterbringungen in Heimen durchzuführen, 7 Kinder zu Pflegeeltern zu geben und insgesamt 20 ambulante Betreuungen zusätzlich durchzuführen. Aufgrund dieser Zahlen beruht eben diese Hochrechnung.

Ein Wort noch zum Kollegen Eichhübl bezüglich der Migrationsproblematik. Nachdem ich das ja heute auch in den Medien vernommen habe, dass das auch von Ihnen thematisiert wird, habe ich extra noch einmal mit unseren Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern Kontakt aufgenommen, wie denn da die Relation steht von der Anzahl der betroffenen Jugendlichen Österreicher und Nichtösterreicher. Ich darf Ihnen, nicht nur Ihnen sondern allgemein mitteilen, dass der Anteil der sogenannten Ausländer ziemlich genau um 2 Prozentpunkt auseinander liegt zu dem Anteil der österreichischen Kinder wo Maßnahmen gesetzt werden müssen. D. h., dass es natürlich ein Problem ist, das ist ja unbestritten, nur man soll hier nicht den Eindruck erwecken, dass ausländische Kinder überdimensional hier einer Betreuung bedürfen, sondern, dass sich das ziemlich die Waage hält. Bei diesen Ausländern, unter Anführungszeichen, sind natürlich sämtliche Nationalitäten, die auch EU-Bürger sind und wo man sagen kann, okay, der ist als Ausländer erkennbar, um da nicht jetzt die falschen Worte zu gebrauchen. Das ist auch eine nicht erkleckliche Anzahl.

Wir haben uns natürlich die Frage gestellt, warum kommt es zu solchen Steigerungen. Wir haben schon zwei, drei Punkte festgestellt, die zumindest eine kleine Erklärung für diesen Umstand sind. Zum einen muss man feststellen, dass speziell in den letzten zwei Jahren der Zuzug in die Stadt rein sehr groß ist wo wir sozialpädagogische Maßnahmen dann setzen müssen und es offensichtlich da Probleme gibt innerhalb der Behörden in der Kommunikation, dass die Mitteilungen nicht rechtzeitig erfolgen und wenn dann Familien eine gewisse Zeit in der Stadt leben, dann sind wir zuständig auch für die Tragung der Kosten. In den letzten zwei Jahren waren das schlussendlich in Summe 20 Fälle. Hinzu kommt, dass in den letzten fünf Jahren die Kosten in den sozialpädagogischen Einrichtungen vor allen bei den Heimen um durchschnittlich 20 % gestiegen sind und ein weiterer Ansatzpunkt für diesen Umstand ist, dass offensichtlich unser Netzwerk in unserer kleinen Stadt einfach besser funktioniert aufgrund der nicht so großen Anonymität. Wenn ich da jetzt Linz oder Wels hernehme oder wenn die Städte größer sind, was aber nicht heißen soll, dass die dort eine schlechtere oder schlampigere Arbeit machen. Aber durch den Umstand, dass die Vernetzung da sehr groß ist und dass die Sensibilisierung für das Thema einfach merkbar ist in den Meldungen wo die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter reagieren müssen darauf wenn Schulen anrufen, wenn die Polizei Meldung macht, wenn vom Gericht eine Meldung kommt, wenn auch im Wohnumfeld der betroffenen Jugendlichen im-

mer mehr Meldungen kommen, dann müssen die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter reagieren und das hat sicherlich auch einen Ausfluss darin, dass wir höhere gestiegene Zahlen haben.

Was können wir machen als Gegenmaßnahmen? Es ist heute schon mehrmals betont worden, wir sind gesetzlich verpflichtet, wenn festgestellt wird es muss eine Maßnahme getroffen werden, dann ist sie durchzuführen. Wir werden auch kontrolliert von der Landesjugendwohlfahrt und ich erinnere nur an die Fälle die in den letzten Monaten passiert sind, und ich möchte nicht als Referent hier da stehen und argumentieren warum und wieso eine Maßnahme nicht getroffen worden ist. Nichtsdestotrotz gibt es schon einige Maßnahmen wo wir zumindest ansatzweise mit den Kosten ein wenig herunterkommen könnten. Z. B. sind ca. 10 Kinder in Heimen untergebracht, und das ist heute in den Wortmeldungen auch schon gefallen, wo an und für sich nicht der Bedarf ist für diese große psychologische Betreuung. Das sind Kinder die an und für sich rein eine gescheite Familie brauchen würden, Pflegeeltern brauchen würden oder ein Kinderhaus brauchen würden wo sie leben könnten, weil einfach das Elternhaus, die Eltern das Problem sind und nicht die Kinder, wo die Kinder weggenommen werden mussten, weil es einfach unmöglich war von den Eltern her. Wir werden bis Herbst da Modelle entwickeln wo wir solche Modelle dann präsentieren können. Ein verstärkter Einsatz von Pflegeeltern ist gut gesagt, ist der Wunsch von uns allen, wir müssen nur die passenden Pflegeeltern finden die sich auch bereit erklären Kinder aufzunehmen. Das Ganze ist natürlich nicht einfach. Was mich ganz besonders freut ist, dass offensichtlich auch hier, im Gemeinderat, über alle Fraktionen hinweg, die Erkenntnis jetzt durchgedrungen ist, dass man einfach in die Präventive arbeitet, mehr investieren muss. Da gibt es eben dazu das Projekt YES und wenn da die Kosten angesprochen sind, dann ist das jetzt einmal auf dem Diskussionspapier ein Entwurf bzw. ein Vorschlag von den Fachleuten wo wir jetzt von der Politik daran gehen müssen diese einzelnen Vorschläge umzusetzen. Bevor ich das umsetzen kann muss ich natürlich auch wissen, was die einzelnen Maßnahmen kosten. Ich bin bereits in meinem Bereich dabei Modelle zu entwickeln, dass wir Kosten wissen und wir werden spätestens in der nächsten Sozialausschusssitzung im Herbst die ersten Vorschläge dazu präsentieren können. Ich freue mich schon auf die einhellige Debatte, wenn wir dann dementsprechende finanzielle Mehrmittel in die Budgetverhandlung einbringen werden können. Dass es mittelfristig was kosten wird, dass die Kosten steigen werden, das glaube ich ist uns allen klar, aber das Ziel muss sein, dass wir zumindest die Kosten auf einen gewissen Level stabilisieren mit all diesen Maßnahmen, mit zusätzlicher Jugendbetreuung, mehr Angebote, Familienbegleitung und, und, und, also alles. Ihr wisst alle im Sozialausschuss was da drinnen steht und wir sind dabei daran zu arbeiten. Ich glaube, wenn wir alle miteinander an einem Strang ziehen, dann wird uns das auch gelingen um in der Kommune zumindest diese Kosten etwas in den Griff zu bekommen.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. Frau Sozialreferentin.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Sehr geehrtes Präsidium, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Der Kollege Oppl hat ja schon sehr viel erwähnt. Mein Bereich ist ja die Sozialhilfe und ich habe mir da ein paar Zahlen herge-

richtet damit man auch sieht, wie sich die Sozialhilfekosten entwickelt haben in den letzten Jahren. Auch wenn die Arbeitslosigkeit in Steyr zurückgegangen ist, muss man aber trotzdem sagen, wir haben von 2002, wo wir noch 300.000 Euro gebraucht haben, brauchen wir 2006 1,4 Millionen Euro. D. h., wir haben eine Steigerung gehabt von den Einmalauszahlungen von 67 Personen auf 210 Personen. Die laufenden Sozialhilfeleistungen die sind immer gleich geblieben, also die sind, wo eben kranke Menschen oder nicht mehr vermittelbare Menschen dabei sind, ca. jedes Jahr 530.000 Euro. Ich möchte aber auch zu unserem Projekt YES sagen, wir haben ja auch jetzt das geschaffen, dass wir Hilfe zur Arbeit machen und haben das im Sozialausschuss vorgestellt, dass jeweils in beiden Bereichen ein Sozialarbeiter oder eine Sozialarbeiterin aufgenommen wird. D. h. für die Jugendwohlfahrt und natürlich auch für die Hilfe zur Arbeit. Ich glaube das ist der Beginn. Wir nehmen jeden Abschnitt bei dem Projekt YES durch und wir werden auch die Kosten dann bekannt geben, wie es aussieht was jeder Schritt kostet. Es ist ja schon sehr viel in Planung, es ist einmal erarbeitet worden. Wir haben die ersten Schritte gesetzt und die weiteren werden folgen. Ich möchte auch gleich sagen, es sind wieder zwei Sozialausschusssitzungen und wenn es nötig ist, Frau Kollegin Fanta, es ist im Februar einer und im Juni einer, im Plan steht es drinnen, werden wir selbstverständlich einen zusätzlichen Sozialausschuss abhalten, wie wir auch morgen einen zusätzlichen Sozialausschuss haben. Es ist jetzt nicht so, dass, wenn Punkte anfallen, wir die nicht durchnehmen. Wir haben eigentlich immer eine sehr gute Zusammenarbeit im Sozialausschuss und es wird über alles offen geredet. Wir haben auch das soziale Leitbild wo drei Bereiche bereits behandelt wurden und die restlichen werden im Herbst dann begonnen. Ich glaube man sollte dann schon auch so sein, dass man sagt, im Sozialausschuss wird das durchgenommen. Wir haben auch über die Jugendwohlfahrt gesprochen. Dann ist es schon auch wichtig, dass man im Gemeinderat darüber redet, aber wir sind ja für alle Menschen da. Man muss das in einem Topf sehen. Wir in der Politik müssen für jeden da sein und d. h., nicht nur für die Jugend sondern für die ältere Generation, für alle, die unsere Hilfe und Unterstützung brauchen. So sehe ich das.

Eines möchte ich auch noch dazu sagen, weil ich gerade die Ansuchen für Pflegeeltern bekommen habe, weil das auch in meinem Ressort ist, man muss schon sagen, es ist nicht so einfach Pflegeeltern zu finden. Wir machen immer einen Aufruf, dass wir sagen sie sollen sich melden und wir wären wirklich froh, wenn wir die Kinder bei Pflegeeltern unterbringen könnten. In diesem Sinne hoffe ich, dass wir dann im Herbst gut im Sozialausschuss zusammenarbeiten und dass wir Lösungen finden. Ich glaube, in der Zwischenzeit arbeiten auch die Sozialarbeiterinnen und die Familienbegleitung daran um das umzusetzen. Wir werden schon einen nächsten Schritt auch in Prävention wieder umsetzen. Danke.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. Damit wären wir bei der „Aktuellen Stunden“ ziemlich genau bei einer Stunde. Wir haben die Möglichkeit, dass wir die „Aktuelle Stunde“ um eine Stunde verlängern.
Es gibt noch zwei Themen. Das eine Thema ist, die ÖVP-Fraktion ersucht um Abhaltung einer „Aktuellen Stunde“ zum Thema „Museum - Innerberger Stadl“.
Herr Kulturausschussvorsitzender bitte.

GEMEINDERAT
ING. WOLFGANG HACK:
Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich möchte gleich vorausschicken, dass die Bilder, die ich Ihnen jetzt zeigen werde noch niemand anderer gesehen hat, dafür kann ich mich verbürgen, aber es ist für mich Gefahr im Verzug und darum möchte ich das dem Gemeinderat präsentieren, was wir neulich gesehen haben bei einer Begehung des Heimathauses. Das war eine Begehung des Kulturausschusses die sehr interessant war. Es hat mir nur sehr Leid getan, dass der zuständige Hausherr des Heimathauses unentschuldigter Weise, nicht da war, der Mag. Schuster, er ist mir wirklich abgegangen.
Ja, wir hatten die Begehung und ich muss ganz ehrlich sagen, ich bin mir vorgekommen wie in Haydn's Schöpfung, am Anfang Verzweiflung, Wut und Schrecken. Das ist eigentlich das Gefühl, das mir da hochgekommen ist. Wir haben uns zuerst einmal kurz das Projekt von „Spur Wien" angeschaut und dann wäre an sich die Begehung fertig gewesen. Dann haben wir gesagt, wie schaut es aus mit dem Lager, mit dem Depot, wir wollen das auch sehen. Wir durften dann hinein und der erste Blick war einmal in das Depot des Museums von Steyr und das ist so. Es ist wirklich schrecklich. Auf vielen Metern stehen die Bilder aufeinander geschlichtet. Das ist da die ganze ...

GEMEINDERAT
KURT APFELTHALER:
Kann ich die Bilder auch sehen.

GEMEINDERAT
ING. WOLFGANG HACK:
Ich gebe sie nur den hohen Herrn, weil wie gesagt es ist einfach eine heikle Sache. Was sie dann damit machen, ob sie es weiter geben oder nicht, das ist mir auch recht.

Auf vielen Metern stehen die Bilder aufgestapelt in einer Art und Weise wo sicher die Rahmen auch kaputt werden. Es gibt Bilder, da ist der Rahmen mehr wert als das Bild selbst. Es stehen herum, ich glaube es sind Barockfiguren, sind es gotische Figuren, was auch immer, die stehen wie die Schwammerl im Wald. Das ist wahrscheinlich nicht wirklich die richtige Lagerung und Aufbewahrung für äußerst wertvolle in dem Fall z. B. Figuren. So, wir schauen dann weiter. Die Rüstungen, die Ritter und die Hellebarden, alles war wunderschön präsentiert im Museum, jetzt sehen wir es, liegt das kreuz und quer auf einen Haufen in der Gegend herum. Ich bin mir nicht ganz klar, es gibt an und für sich ein Archiv hier im Haus. Anscheinend haben sich viele Bücher, die nehme ich an ins Archiv gehören würden, da hinten ins Büro verirrt. Weiß ich nicht. Wir sind dann noch weiter raufgegangen, auf den Dachboden. Das ist ein schauriger Anblick. Die Holzwürmer haben da ein wunderschönes Leben, die wunderschönen alten Vitrinen werden da glaube ich zusammengefressen. Es sind auch noch teilweise Ausstellungsstücke oben und so schaut das dann aus. Ich meine es wäre ja nicht so, wir haben jetzt gesehen was da alles gelagert wird und was da alles gehortet wird und irgendwo verkommt, dass wir keinen Platz hätten. Der ganze zweite Stock schaut so aus. Ich meine es ist unglaublich. Sollten wir nicht vielleicht einmal die Sachen die im Depot dahinmodern nicht einmal wieder ausstellen oder für Sonderausstellungen aus dem Fundus herannehmen? Der ganze zweite Stock ist leer. Wir wollen offensichtlich nichts ausstellen. Und das was wir ausstellen, was der Allgemeinheit zugänglich ist, schaut z. B. dann so aus. Man geht einmal rein ins Heimathaus und gleich auf der linken Seite ist ein wunderschönes Fresko, vermutlich aus der Renaissancezeit, Herr

Schuster stimmt es, ist das Renaissance oder was? Man kann es nämlich nicht mehr so genau erkennen, weil bei näherem Hinschauen sieht man, dass das Ganze nur mehr Staub ist. Es zerfällt. Es zerfällt unter den Augen der Verantwortlichen, wenn man ins Museum geht gleich links, aber bitte kommen Sie ja nicht an, weil dann fällt es herunter glaube ich. Man kann jetzt schon sagen, ja, bei uns ist es feucht, aber dann muss ich halt irgendetwas anderes hingeben als dass ich so wertvolle Renaissancestücke vermodern lasse. Das ist alles Staub.
Für mich ist jetzt derzeit der Schluss der, dass der kulturelle Pleitegeier über Steyr kreist. Das steht auch irgendwo im Depot oben, diese zwei wunderbaren Geier. Das ist für mich der Ausdruck des Umganges mit der Kultur in Steyr.

Herr Bürgermeister ich würde bitten, wenn wir das Projekt „Spur Wien“ auch nicht vielleicht gleich „daheben“, mag sein aus finanziellen Gründen, dass man bitte kurzfristig einmal Abhilfe schafft und da einmal was macht und dass man den zweiten Stock, von mir aus macht man eine Sonderausstellung aus dem Fundus mit den Sachen die da sind, aber dass die wieder an die Bevölkerung, an die Öffentlichkeit kommen und nicht irgendwo am Dachboden herummodern. Und bitte, das Renaissancerelief gebt bald herunter, damit das nicht ganz zerfällt oder ist es eh schon kaputt und ist es eh egal, ich weiß es nicht. Es ist eine Schande was wir den Besuchern des Museums zeigen. Wenn wer ankommt, dann hat er eine schmutzige Jacke. Also bitte, es ist Gefahr im Verzug und ich bitte um rasches Handeln. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. Herr Vzbgm. Spanring bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER
ING. DIETMAR SPANRING:
An sich ist anscheinend die neue kulturelle Entwicklung in Steyr so, dass man, wie es einmal ein Parteivorsitzender gemacht hat mit Taferln und Bildern und was weiß ich was alles in der Gegend rumrennt und das präsentiert und darstellt. Dass im Endeffekt ein Lager nicht unbedingt ein Operationsraum ist, ist glaube ich auch klar. Und dass zum Teil eben wie die Bilder da aufgestellt sind das sicherlich nicht in der entsprechenden Sorgfalt ist wie es sein sollte, aber trotz alle dem wenn man in Künstlergalerien geht dort die Bilder in keiner anderen Art und Weise aufgestellt sind ist auch gegeben. Dass die Bücher ...

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Wenn man die Bilder sieht, wie die dort gelagert sind, na pfau!

VIZEBÜRGERMEISTER
ING. DIETMAR SPANRING:
Dass die Bücher dort in den Büros in Regalen aufgestellt sind, kann ich glaube ich nicht als verwerflich jetzt sehen, dass das gemacht wird, dass Figuren und diverse Kleingegebenheiten her in den Regalen aufgestellt sind und nicht in Kraut und Rüben durcheinander liegen, glaube ich ist auch üblich, dass das in einem Lager so gegeben ist. Der Raum, der angesprochen worden ist, im zweiten Stock, dass der nur leer herumsteht, das ist so nicht, sondern dieser Raum wird eben für Ausstellungen und Veranstaltungen benützt, nicht eine im Jahr sondern eine ganze Reihe die dort stattfinden. Wenn der Raum jetzt auch als Museum Verwendung findet, müssen wir uns überlegen, wo wir die Ver-

anstaltungen dann sonst machen. Aber dass eben ein Ausstellungsraum, der als Ausstellungsraum benützt wird, in der Regel zwischen den ...

Zwischenruf von GR Ing. Hack: Schlossgalerie!

VIZEBÜRGERMEISTER
ING. DIETMAR SPANRING:
Die Schlossgalerie steht ja auch immer leer, nicht! Dass ein Raum, der zwischenzeitlich zwischen den Ausstellungen leer steht, das ist einfach so bei Räumen die als Ausstellungsräume Verwendung finden.
Das Museum grundsätzlich in seiner Gegebenheit glaube ich ist nicht ganz so wie es immer so gerne dargestellt wird, weil wenn im Schnitt etwa 7.000 Leute dieses Museum besuchen, kann man ja nicht sagen, dass das nur Klumpert und Mist ist, sondern, dass im Endeffekt doch durchaus etwas präsentiert wird, das ja nicht hier dargestellt wurde. Vom Ablauf ist es im Endeffekt so, dass man die Geschichte selber ja lange genug kennt und ich vielleicht auszugsweise nur eines noch sagen möchte, dass sich im September 2004 der gemeinderätliche Kulturausschuss einstimmig für die Variante 3, umfassende Gestaltung des Museums der Stadt Steyr, ausgesprochen hat von der Spur Wien. „Im Laufe der Konzepterstellung wurde durch die Fachabteilung für Altstadterhaltung und Denkmalpflege darauf aufmerksam gemacht, dass die durch das Atelier Spur Wien gelieferten planlichen Darstellungen für die Neugestaltung des Museums der Stadt Steyr nicht die uneingeschränkte Zustimmung des Bundesdenkmalamtes finden werden.“ Im Sinne dieser Aussage wurde durch den GB VI am 7. Dezember 2006 eine gemeinsame Begehung und Besprechung des Innerberger Stadls mit dem Landeskonservator Hofrat Dr. Lipp, dem Sachbearbeiter des Bundesdenkmalamtes Dr. Euler, dem Koordinator von der Kulturabteilung des Landes Mag. Reinhold Kräter sowie dem Fachabteilungsleiter für wie besagte Altstadterhaltung und Denkmalpflege Dr. Hans-Jörg Kaiser und dem GB VI vorgenommen, mit dem Resümee, dass seitens des Landes die Ausrichtung als Museum in einem Verbund mit anderen Einrichtungen vor Ort goutiert und die Schmiedesammlung in irgendeiner Weise erhalten bleiben soll. Die Vertreter des Bundesdenkmalamtes regen eine Untersuchung der Holzkonstruktion des Objektes und eine Überarbeitung der Planungsvarianten mit oder ohne Einbeziehung der favorisierten Variante von Spur Wien an. Parallel dazu wurde durch den GB VI unter Wahrnehmung eines Vorgespräches durch den Bürgermeister Ing. David Forstenlechner mit Vertretern des Vereins Steyrer Kripperl ein Gespräch geführt mit dem Ergebnis, dass die Vereinsvertreter grundsätzlich keinen Einwand gegen eine Verlegung des Steyrer Kripperls in das erste Obergeschoss, wie in der Planungsvariante 3 von Spur Wien vorgesehen, erheben werden. Begründet wird diese Aussage damit, dass neben den saisonalen Aufführungen von November bis Mitte Jänner über das Jahr verteilt weitere 150 Vorstellungen des Steyrer Kripperls, je nach touristischer Anforderung, gespielt werden. Daraus ergibt sich, dass einerseits eine infrastrukturelle Verbesserung und ein behindertengerechter Zugang sowie eine zeitgemäße Ausstattung mit Garderoben und Sanitäranlagen eine vorrangige Forderung des Vereins Steyrer Kripperls sind. Darüber hinaus wurde im Einvernehmen mit dem GB VI und dem Fachabteilungsleiter für Altstadterhaltung und Denkmalpflege auf dessen Betreiben hin vereinbart, dass Studenten der Camillo-Sitte-HTL in Wien in der Zeit von 24. bis 29. Juni, also das ist jetzt geschehen, im Museum der Stadt Steyr Bauaufnahmen durchführen werden um eine aktuelle und ver-

bindlich planliche Darstellung und Vermessung des Innerberger Stadls für die weiteren baulichen Maßnahmen zur Verfügung zu haben, denn es fehlen bis dato jedwede Planunterlagen, die eine fundierte und verbindliche Planungsmaßnahmen gewährleisten könnten. Die Vermessungs- und Bauaufnahmeergebnisse werden nach Aussage von Dr. Hans-Jörg Kaiser frühestens Ende Oktober bis Anfang November durch die Camillo-Sitte-HTL in Wien der Stadt zur Verfügung gestellt und im Anschluss daran wird es erst sinnvoll sein, weitere Planungsschritte vorzunehmen. Das ist den Stadl als solches betreffend. Die ausgestellten Objekte sind durchaus jetzt in relativ, glaube ich, kurzer Zeit mit Unterstützung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Museum auf der einen Seite und Unterstützung durch Studentinnen und Studenten andererseits, eben z. B. durch mehrsprachige Beschriftungen und Ähnlichem, einem ersten Schritt einfach das Museum entsprechend zu präsentieren durchzuführen.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. Grüne.

GEMEINDERAT
ANDREAS KUPFER:
Meine sehr geehrten Damen und Herren, geschätztes Präsidium, geschätzte Gäste. Ich bin seit 1997 im Gemeinderat und dieses Thema verfolgt mich und viele meiner Kollegen seit diesem Zeitpunkt. Wir haben jetzt zu einem kurzen Abriss von 2004 vom zuständigen Stadtrat gehört, das Thema beschäftigt uns schon viel länger. 1997 hat es die ersten Gespräche gegeben. Es hat eine sehr lange Zeit gedauert bis wir zu konkreten Planungsvorschlägen gekommen sind und die Entscheidung die wir 2004 getroffen haben war auch eine Entscheidung, wo wir eigentlich die Plangrundlagen schon 2001 da im Haus gehabt haben. D. h., wissen wie man es eigentlich machen könnte in diesem Haus, das tun wir schon lange. Der Kollege Spanring hat erzählt, zwischen 2004 und 2006, immerhin auch wieder zwei Jahre, hat es wieder gedauert, bis wir uns dann wieder näher mit diesem Projekt beschäftigt haben. Jetzt höre ich, dass sozusagen das Bundesdenkmalamt dafür verantwortlich ist, dass wir kein Heimatmuseum oder wie es wir im Kulturausschuss mittlerweile ja schon sehr lange nennen, kein Stadtmuseum zur Verfügung haben. D. h., diese Geschichte ist mindestens 10 Jahre alt, sie ist älter, das wissen die Kollegen, die schon vorher hier im Gemeinderat waren noch viel besser. Ich möchte vielleicht damit beginnen, wenn man ein Stadtmuseum modern, zeitgenössisch und zeitgemäß gestalten möchte, dann könnte man das schon die längste Zeit machen, nur man möchte es nicht, man will es nicht. Diese Diskussion führen wir schon sehr lange, wir wissen es alle ganz genau. Warum tun wir das nicht? Ich verstehe es nicht. Dieses Museum ist das Portal, ist sozusagen der Eingang in unsere Stadt. Dieses Museum beherbergt die Geschichte dieser Stadt und wir haben ein zweites Museum in unserer Stadt nämlich das Museum Arbeitswelt, das auf hervorragende Weise die industrielle Revolution bzw. die Geschichte ab der industriellen Revolution bis zur Jetztzeit abdeckt. Was könnte das Stadtmuseum machen? Es könnte die Geschichte der Stadt bis zum Beginn des 20. Jahrhundert abdecken und was es könnte, das hat sich uns gezeigt wie wir im Depot waren. Aber das wissen wir auch mit den Stücken, den Fundstücken und den Ausstellungsstücken die bereits jetzt im Museum sind. Ich besuche das Museum seit 1997 beinahe monatlich. Ich habe lange am Grünmarkt direkt gegenüber gewohnt und ich kann Ihnen und euch versichern, da hat sich seit dem überhaupt

nichts geändert. Jetzt zu sagen, dass das dritte Stockwerk für Veranstaltungen gebraucht wird, das ist ein Schmäh. Die paar Ausstellungen die dort sind, die kann man auch woanders machen. Es ist, und da wiederhole ich mich, kein Renommee und es ist ein Schandfleck für unsere Stadt dieses Museum so zu präsentieren. Die 7.000 Leute die da reingehen, das sind gezählte Leute und das ist ja das schockierende, es gehen so viele rein und so viele müssen sich das anschauen. So viele müssen sich das anschauen, wie wir mit unserem Kulturgut und wie wir mit unserer Geschichte umgehen. Ob da jetzt Staub draufliegt oder nicht, das kann ich schwer beurteilen, ...

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Das zerbröselt.

GEMEINDERAT
ANDREAS KUPFER:
Aber ich möchte wiederholt den Appell machen: Warten wir doch nicht zu bis wir wieder irgendwann eine Einreichung für eine Landesausstellung machen. Das war ja sozusagen das Argument vor ein, zwei Jahren, wir tun jetzt nichts, weil jetzt machen wir eine Einreichung für die Landesausstellung 2014. Wir wissen, daraus ist nichts geworden. Warum schaffen wir es nicht, ein Projekt, das fix fertig verhandelt ist, ein Projekt, das Verbesserungen für alle die dieses Haus derzeit nutzen, vom Steyrer Kripperl beginnend bis zu den Leuten die da drinnen arbeiten vorsehen würde, dass wir dieses Konzept in Etappen umsetzen. Es ist mir schon klar, dass das von heute auf morgen nicht geht und es ist mir schon klar, dass wir ganz andere und auch wichtige Projekte in unserer Stadt haben, aber ein Projekt dieser Dimension so hintanzustellen, das können wir und sollten wir uns als Stadt nicht erlauben. Darum sozusagen wiederholt der Appell, und es ist eine gute Gelegenheit, dass der Wolfgang da die Fotografien gemacht hat, das Depot ist nicht so furchtbar, das muss ich auch dazu sagen, und die großen Fundstücke liegen dort auch nicht herum. Es ist auch nicht damit getan, sozusagen diese Ausstellungsstücke jetzt einfach in den Raum zu stellen und dann zu sagen, jetzt haben wir ein tolles Stadtmuseum. Das Konzept von Spur Wien sieht ja viel mehr vor. Das Konzept von Spur Wien sieht vor, auch Museumsvermittlung zu machen, ausgewählte Wechselausstellungen reinzugeben und, und das ist einer der wichtigsten Punkte überhaupt. Es ist nicht damit getan, ein Museum umzugestalten, zu renovieren, eine Heizung einzubauen, es barrierefrei zu machen, alles, alles ganz wichtig. Aber über was wir uns auch Gedanken machen müssen ist, wie führen wir dieses Museum, welches Personal haben wir zur Verfügung. Wir wissen, dass wir derzeit kein oder zu wenig Personal für das Museum haben. Es hat Gespräche gegeben, Museumsverbund in Steyr. Wir haben eine Einrichtung hier in der Stadt die Museumspädagogik betreibt. Ich denke, diese Einrichtung könnte auch das Stadtmuseum mit betreuen. Dafür müssen wir natürlich Geld in die Hand nehmen. Das ist klar. Aber die Bedeutung dieses Museums am Eingang unserer Stadt hat ja mehr wie die Bedeutung, dass wir jetzt unsere Geschichte darstellen. Das ist ja auch für den Tourismus, für die Stadt am Eingang eine ganz große Bedeutung. Ein Gutteil dieser 7.000 Leute die jetzt da drinnen sind, gehen über Nachtwächterführungen oder Schulen da rein und die müssen da reingehen. Ich weiß nicht, was die dort vermittelt bekommen, es ist sicher ganz, ganz schwierig von denen die Geschichte der Stadt da irgendwie nachzuvollziehen, weil sie wird nicht vorgestellt, das ist eine Ansammlung von Ausstellungsstücken. Also noch einmal, vielleicht kann sozu-

sagen auch diese „Aktuelle Stunde“ dazu beitragen, dass man bei den jetzt kommenden Finanzverhandlungen auf das Rücksicht nimmt was auch im Kultur-Entwicklungsplan drinnen stehen wird nämlich, dass sich die Stadt zu einem modernen, zeitgemäßen Stadtmuseum bekennt und dass wir es endlich schaffen einen Zeitplan für die Renovierung zu machen. Das Bundesdenkmalamt ist sicher das Letzte das da irgendetwas dagegen hat.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
GR Payrleithner bitte.

GEMEINDERAT
HANS PAYRLEITHNER:
Geschätzte Damen und Herren, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, die Debatte um den Innerberger Stadl, um das Heimathaus der Stadt Steyr ist ungefähr so alt oder mindestens so alt als wie der Kollege Eichhübl im Gemeinderat ist und das ist schon verdammt lange her. Nichtsdestotrotz bringt es glaube ich nichts, wenn man das heute beschönigt wie es der Kollege Spanring ein bisschen versucht hat oder die Dinge anders darzustellen oder an das Bundesdenkmalamt abzuschieben. Um was geht es im Kern? Es geht eigentlich nur darum, ob die Mehrheitsfraktion sich durchringen kann und sich dazu bekennt, dass man dort ein Geld in die Hand nehmen muss um die vorhandenen Konzepte, weil wir brauchen keine neuen, die Konzepte sind alle da über die diskutieren wir schon 10 oder 12 Jahre, der Kollege Kupfer hat es ja eh erwähnt. Jetzt geht es darum, will man, dass man diese Konzepte umsetzt oder nicht. Das soll man jetzt glaube ich einmal sagen und nicht herumeiern und die Schuld irgendwem anderen hinschieben. Alle anderen Fraktionen, außer der Mehrheitsfraktion, habe ich den Eindruck, die wollen das und die stehen hinter diesen Konzepten über die wir schon im Kulturausschuss sehr lange diskutieren auch der Vorgänger vom jetzigen Vorsitzenden vom Kollegen Lengauer. Wenn man das will, dann muss man für das nächste Budget Geld im Budget vorsehen. Man kann in den Ferien von mir aus mit Praktikanten dort einmal zum Archivieren und zum Reinigen usw. anfangen. Es bringt auch wenig, auch wenn es vom Kollegen Schwager gut gemeint ist, dort im zweiten Stock jetzt mit Einzelaktionen etwas voranzutreiben. Letzten Endes soll man ein Gesamtkonzept, das ja am Tisch liegt, umsetzen und das möglichst rasch, im nächsten Budget Mittel vorsehen. Wir haben schon ein paar Mal den Vorschlag gemacht, auch wenn wir uns da vielleicht nicht überall Freunde gemacht haben, wenn das an den Finanzen immer scheitern sollte, bitte an der Computerausstellung da unten, wo eh keiner hingeht, gibt es Geld wie Heu. Man kann ja einen Teil davon abziehen und vielleicht für diese, für die Stadt so wichtige Einrichtung verwenden, wenn man nicht weiß, wo man was hernehmen soll. Es ist Handlungsbedarf und es muss rasch etwas geschehen. Kollege Bremm, du hast eh großen Einfluss, sag einmal ein Machtwort und sag, jawohl, 2008 gibt es im Budget ein Geld und dann geht dort auch was weiter. Ich bin überzeugt davon. Das 2. ist, wir werden es eh bald sehen wie weit die SPÖ-Fraktion wirklich hinter der Kultur steht. Der Kollege Kulturreferent hat ja einmal vor Kurzem in einer Zeitung gemeint, man könnte dort einen Museumswirt errichten, indem man das Gasthaus „Zum weißen Elefanten“, das sogenannte Derflerhaus kauft. Das ist ja grundsätzlich eine gute Idee. Werden wir sehen, ob wir beim Finanzreferenten und beim Fraktionsobmann Gehör finden. Das wäre der erste Schritt in die richtige Richtung. Das

andere liegt glaube ich nur mehr am Geld und das wäre rasch umzusetzen.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. GR Frech.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Ja, der Kollege Bremm hat mich gerade darauf aufmerksam gemacht mich zu sputen, einfach deshalb, damit die dritte „Aktuelle Stunde“, die von mir eingereicht wurde, zum Thema „Schlossparkpavillon“ auch noch zu Rande kommt. D. h., ich mache es jetzt wirklich kurz und manche Dinge werde ich deshalb nicht bringen, die ich mir vorgenommen habe.

Ich kann es auf den Punkt bringen, es ist eine kulturelle Schande, wie die Stadt Steyr mit dem bedeutendsten Renaissance-Gebäude, nämlich Renaissance-Gebäude Wirtschaftsbereich, in ganz Österreich umgeht und das ist der Innerberger Stadl der 1611 erbaut worden ist. Das ist das bedeutendste Wirtschaftsgebäude der Renaissance in Österreich. Da geht es noch gar nicht ums Stadtmuseum, da geht es nicht um Heimatmuseum. Das können Sie nachlesen auf der Homepage der Stadt Steyr und in allen möglichen kulturellen Unterlagen. Und um das geht es. Da geht es natürlich auch darum was man dort zeigt und um das Museum. Ein Museum ist das dort auch nicht mehr. Das sieht man auch ganz schön, da braucht man auch nur auf die Homepage der Stadt Steyr gehen, weil da steht bei Dienststelle Museum, Aufgaben: Durchführung von Ausstellungen, Inventarverzeichnis, Führungsbetrieb. Aus. Da ist keine Rede von dem, was international als Definition eines Museums zu finden ist, nämlich sammeln, bewahren, forschen und präsentieren. Präsentieren kann ich aber nur was ich gesammelt, bewahrt und erforscht habe und das findet nicht mehr statt. Das ist jetzt keine Kritik gegen die Mitarbeiter des Museums, sondern einen Kritik an der Politik die nicht die Rahmenbedingungen schafft, hier Mitarbeiter auch anzustellen und einzustellen. Es geht nicht nur darum ob Spur Wien jetzt dieses Konzept umsetzt oder nicht, was die bauliche Ausführung anbelangt, sondern es muss jedem da herinnen klar sein, wenn baulich sich dort etwas ändert und etwas verbessert werden soll, brauche ich auch Personal. Ich würde Ihnen einmal empfehlen, sich mit Wels ein bisschen zu beschäftigen. Das Museum der Stadt Wels hat 11 fixe Mitarbeiter. Zwei wissenschaftliche Mitarbeiter, die ganztags sind, einen wissenschaftlichen Mitarbeiter der halbtags ist, Sekretärinnen, Bürokräfte, handwerkliche Dienste usw. und vor allem, und das ist heute schon erwähnt worden, museumspädagogische Vermittlung. Auch um das müssen wir uns kümmern. Das gibt es in Steyr derzeit gar nicht im Stadtmuseum. Diese Zahl mit den 7.000 Besuchern oder so, na ja gut, wenn ich böse bin, da brauche ich gar nicht böse sein es ist die Wahrheit, man geht rein und gleich wieder raus und dann war man auch ein Besucher. Also, es ist wirklich eine Schande wie man mit dem umgeht was dort ist. Diese geschichtlichen Objekte sind irgendwann einmal wirklich nur mehr Gegenstände, weil die Stadt Steyr sie systematisch ihrer Geschichte beraubt, weil sie sich eben nicht darum kümmert, dass all das was vorhanden ist auch wirklich ordentlich konserviert wird. Der Kollege Hack hat es angesprochen, das ist eine Schande.

Der Andy Kupfer hat zuerst gesagt, schauen wir, einen Stufenplan, ich sitze auch solange herinnen wie der Andy Kupfer oder stehe herinnen, und ich habe mir das noch einmal genau angesehen, wie war dieser Ablauf. Ich könnte jetzt z. B. hergehen und sagen, ich stelle den Antrag, der GB VI - Kultur wird beauftrag, in Zusammenarbeit mit der jeweils zuständigen Fachabteilung des Magistrates einen möglichen Stufenplan zur Erneuerung des Heimathauses zu erarbeiten und Überlegungen über EU-Förderungen, Einbindung zu Stiftungen und Ähnliches anzustellen. Nur das hat es schon gegeben. Und zwar in einer GR-Sitzung vom Dezember 2000, wo wir hier herinnen einen Grundsatzbeschluss gefasst haben, dass das Heimathaus erneuert wird, das war ein Grundsatzbeschluss, nur passiert ist dann, wie gesagt, bis heute nichts. Am 14. 12. 2000 war hier ein einstimmiger GR-Beschluss – die Stadt Steyr bekennt sich zur schrittweisen Neugestaltung des Heimathauses. Es hat auch den Auftrag gegeben hier zu schauen EU-Förderungen, Stiftungen und, und, und. Heute muss ich hören, dass es noch nicht einmal Vermessungen gibt vom gesamten Gebäude, dass man jetzt erst im Sommer Studenten beauftrag hat, die überhaupt einmal Vermessungen vornehmen, weil man gar nicht weiß wie groß die Räume sind zum Teil, nämlich dort wo das Kripperl jetzt in Zukunft untergebracht werden soll. Da denke ich mir, also noch 10 Jahre warten, noch 20 Jahre. Wie lange glauben Sie haben wir wirklich noch Zeit?

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. Gerhard.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Meine sehr verehrten Kolleginnen, liebe Kollegen, es liegt in der Natur der Sache, je kleiner die Fraktion, umso größer die Übertreibung, damit man sich auch in der Öffentlichkeit Gehör schafft. Das hat man jetzt wieder so richtig deutlich verspürt.
Der Kollege Hack hat es noch moderater vorgetragen als du es vorgetragen hast. Du sprichst immer von Skandalen.
Also, es ist sicherlich weit bei den Haaren herbeigezogen wenn man sagt im Heimatmuseum sind katastrophale Zustände. Wir haben selbst, und ich rede aus aktuellem Anlass, erst vor Kurzem eine Begehung gemacht. Der Bürgermeister, Vizebürgermeister, der Referent und ich waren dabei und wir haben uns das angeschaut, weil natürlich auch für uns das ein Anliegen ist wie gehen wir mit dem Thema Heimatmuseum in der nächsten Zeit um. Es ist richtig, dass wir da schon sehr lange darüber diskutieren. Ich bin seit 1990 im Gemeinderat und kenne die Debatte. Roman, du kennst sie weit länger. Es ist eine Debatte und ich glaube, dass man hier auch gewisse Schritte setzen soll. Ich möchte da schon für uns in Anspruch nehmen, für meine Fraktion, dass uns die Kultur, egal in welche Richtung und das ist der Unterschied zu dir Kollege Payrleithner, dass es da bei uns keine ideologischen Barrieren gibt, sondern dass wir schon meinen, dass die Kultur in ihrer Vielfältigkeit, egal wie, auch ihren Freiraum und ihre Daseinsberechtigung haben soll. Nämlich dein kleiner Seitenhieb, und das ist deine ideologische Barriere die du immer wieder hast in Richtung Museum Arbeitswelt. Also, irgendwann hoffe ich, dass du das einmal ablegst. Gott und die Welt bescheinigen uns dort unten, dass es ein hervorragendes Haus ist, dass es internationale Akzeptanz hat, hervorragende Besucherzahlen, Kongresse finden statt und du sagst immer was wir dort Geld hinunterbuttern in das eigentlich so nicht notwendige Haus. Das ist rein deine politische Barriere.

Lege sie ab. Du kommst eh aus dem Arbeiterstand heraus. Es ist das Museum Arbeitswelt wo unserer Geschichte dokumentiert worden ist und das ist überhaupt keine Schande. Verabschiede dich da von deiner wirklich sehr eingeschränkten Haltung die du gegenüber diesem Haus hast. Das sollte man in keinster Weise im Zusammenhang mit dem Heimatmuseum bringen, das ist eine andere Konzeption.

Aber zum Heimatmuseum, meine sehr verehrten Kolleginnen und liebe Kollegen, ich glaube ein Hemmschuh ist immer das Konzept Spur Wien das wir wie eine tragende Katze seit Jahren mit uns herumtragen und wissen nicht recht wo wir anfangen sollen und stellen fest, lieber Andy Kupfer du bist eh der, der immer auf dem reitet, dass jetzt der Denkmalschutz auch seine Vorstellungen und Wünsche und seine Einschränkungen uns zeigt. Erstens ist das Haus nicht so desolat. Es gibt natürlich einiges zu verbessern. Es ist in den letzten Jahren, aufgrund dieses großen Konzeptes von Spur Wien, das jetzt ein bisschen liegen geblieben. Man hat da nicht was weiß ich großartige Arbeiten gemacht, weil man gesagt hat wir wollen das eh komplett umkrempeln. Ich glaube, dass das bei Weitem noch nicht ist. Erstens finanziell, weil die finanziellen Mittel in dem Ausmaß nicht da sind und auch jetzt von den Experten, vom Denkmalamt, auch noch dementsprechend mitgeredet wird. Und wenn man das Denkmalamt im Genick hat, da wissen wir ja, dass das sicherlich noch eine lange Zeit dauert bis man wirklich das auf der Schiene hat. Bruno Kreisky hat ja schon gesagt es ist nicht verboten gescheiter zu werden. Das sollten wir nicht abwarten, sondern wir sollen jetzt, und das schlagen wir auch vor und wir haben da auch bei uns diskutiert, wir sollen den Weg der kleinen Schritte beschreiten und sollen ...

GEMEINDERAT
KURT APFELTHALER:
Zepperln nennt man das.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Ist immer gescheiter als sich große Sprünge vornehmen die man nie „dapackt“. Eine alte Weisheit im Sport ist, du sollst dir die Latte nur so hoch legen, dass du dich anstrengen musst aber dass du auch rüber kommst. Es hat keinen Sinn, wenn ich mir die Latte auf 5 Meter Stabhochsprung lege, wenn ich nicht einmal bei 1,50 m darüber komme. Also, das ist nicht gescheit und man soll sich das vornehmen was wir machen können. Wir sollen hier eine Punktation, auch in Abstimmung mit allen Fraktionen, uns vornehmen für den Herbst und dass wir dann schrittweise dementsprechende Verbesserungen vornehmen. Der Bürgermeister hat den ersten Schritt ja schon gemacht, indem er mit den Kripperlbetreibern gesprochen hat ob man das nicht verlagern kann, weil das ist ein ganz entscheidender Punkt ob das Steyrer Kripperl dort bleiben soll oder nicht, weil von dem hängt die ganze Konzeption ab. Da ist auch die Antwort noch nicht da. Wir werden das aber vorantreiben und schauen, dass wir im Herbst wirklich zumindest so weit kommen, dass wir sagen, schrittweise wollen wir das realisieren was in unsren Möglichkeiten steht. Und nicht nur das Spur-Wien-Konzept herumtragen und das „daheben“ wir dann nicht. Also das schlagen wir von unserer Fraktion vor und ich glaube dann werden wir auch einen Schritt weiter kommen.

GEMEINDERAT
ROMAN EICHHÜBL:
Welches Jahr?

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
2007.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Herr GR Hack.

GEMEINDERAT
ING. WOLFGANG HACK:
Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich hoffe ich habe euch nicht zu viel geschockt, aber es ist schön wenn die Diskussionen so emotional hoch gehen. Das zeigt, dass es vielleicht und hoffentlich ein bisschen eine Wirkung hat.
Ich habe nie über eine Einzelaktion im zweiten Stock gesprochen. Ich habe nur gesagt, der Platz ist offensichtlich leer, weil die paar Ausstellungen die stattfinden könnte man sicher vielleicht in der Schlossgalerie machen. Also ich denke, bei einer Koordination, bei einer entsprechenden, wäre das möglich. D. h., der Platz ist da. Es geht mir jetzt eigentlich nicht so sehr um die Realisierung des Konzeptes Spur Wien sofort, es geht mir einmal um die Sicherung der bestehenden Objekte. Wie gesagt, die sind teilweise, aus meiner Sicht, in einem schrecklichen Zustand. Ich würde bitten, holen wir uns einmal den Kustos oder den Landeskonservator, der soll sich einmal die Stücke ansehen und die Lagerung ansehen und soll dann einmal eine Stellungnahme abgeben, ob das jetzt gut ist, richtig ist oder ob Verbesserungen möglich sind oder ob sie notwendig sind, um dieses Kulturgut, um unser Kulturgut, das was die Stadt Steyr geschaffen hat, was die Arbeiter auch der Stadt Steyr, halt nicht in dem Jahrhundert sondern in vorigen Jahrhunderten geschaffen haben, dass das gesichert wird und dass das entsprechend wertgeschätzt und hochgehalten wird.
Es geht hier eigentlich darum, den derzeitigen Zustand zu verbessern, das Zeug vom Depot herauszuholen und dann wieder auszustellen in einer sinnvollen Art und Weise und damit zu zeigen was wir haben und damit auch schauen, dass wir in der Entwicklung weiter kommen. Das mit dem Kripperl, das weiß ich noch nicht. Ich meine das ist das Konzept der Spur Wien, dass das Kripperl hinaus muss. Ob das gescheit und richtig ist, das weiß ich ehrlich gesagt noch nicht und es gibt eben im Verein ...

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Das ist ein Schlüsselprojekt.

GEMEINDERAT
ING. WOLFGANG HACK:
Nein, ein Schlüsselprojekt aus Sicht der Spur Wien. Ob es das wirklich ist für den jetzigen Zustand oder für das Weiterbringen des Museum, das weiß ich nicht, ob das ein Schlüsselprojekt ist. Ich würde das nicht daran aufhängen.

Ja, also, es geht um Schadensbegrenzung aus meiner Sicht. Es geht darum, da jetzt rasch etwas zu machen mit den vorhandenen und bestehenden Möglichkeiten und darum bitte ich.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön Herr GR Hack. Als Kulturausschussvorsitzender kannst du auch wesentlich mit dazu beitragen, dass das Ganze vorangetrieben wird, gemeinsam mit dem Kulturreferenten, gemeinsam mit mir, gemeinsam mit dem Kripperlverein, mit dem Bundesdenkmalamt und mit den zuständigen Verantwortlichen des Magistrates. Ich bin überzeugt, dass wir eine Lösung finden. Dass es nicht so einfach ist, das haben ja die Vorredner mehr oder weniger schon gesagt, aber es ist wirklich auch an der Zeit, dass wir in dem Bereich den nächsten Schritt machen.

Wir kommen jetzt zum nächsten Thema der „Aktuellen Stunden„ und zwar

die GR Frech hat das Thema „Schlossparkpavillon“ vorgeschlagen.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste. Ja, im Herbst ist es vielleicht zu spät, weil wenn ich lesen muss, dass die Terrasse abgerissen wird, dann ist es zu spät, wenn etwas abgerissen wird, und ich lesen muss, dass statt der Terrasse künftig Rusel einen guten Eindruck vermitteln soll, damit man dann damit auf Brautschau geht, dann denke ich mir muss man jetzt handeln und jetzt die „Aktuelle Stunde“ abhalten.
Ich werde aber nicht, Herr Kollege Bremm, als Liegenschaftsreferent, darüber sudern über Versäumnisse der Vergangenheit, weil da könnte ich jetzt wieder, so ungefähr wie beim Heimathaus, da haben wir ja auch einen Zeitraum, beim Schlossparkpavillon ist es ja fast ähnlich. Es passiert jahrelang nichts, sondern passiert was halbherzig und es geht so dahin. Aber ich möchte nicht sudern über die Vergangenheit, sondern ich habe mir gedacht, was könnte man daraus machen und mir überlegt, nicht nur ein Lokal im klassischem Sinne, dass wir wieder sagen wir schreiben aus, dann kommt wieder ein Pächter und dann finden wir keinen, wie es jetzt war, sondern was ließe sich machen. Das was ich Ihnen jetzt sage ist im Prinzip ein kleiner Abriss dessen, es ist sehr viel mehr möglich. Alle Ideen die ich Ihnen jetzt kurz sage ist gemeinsam, dass der Cafehausbereich jedenfalls erhalten bleiben soll, die Größe des Cafes allerdings je nach Ausrichtung in welchen Nutzungsbereich hin anders ausschauen könnte. Touristische Nutzung wäre eines. Z. B. so eine Art Drehscheibe für Touristen, damit sie erfahren können was ein Tourist in Steyr und Umgebung unternehmen, erleben kann. Auch so ein bisschen als Art vielleicht Dependance in Richtung Nationalpark Kalkalpen. Zusätzlich zum bereits bestehenden, aber, jeder der es kennt weiß das, sehr beengtem Tourismusbüro am Stadtplatz, wo also die Gäste nicht wirklich viel machen können, weil der Raum gar nicht da ist.
Informationssäulen könnte man anbringen über Steyr, über die Geschichte, da schließt sich der Kreis wieder zum Innerberger Stadl, über Sehenswürdigkeiten, Beherbergungsbetriebe usw., dann Internetterminals für Touristen. Ich habe das erst unlängst erlebt auf einer Reise, das ist wirklich fantastisch, man kommt in einen kleinen Ort und Sie können in einem Tourismusbüro Internet nutzen, können sich selbst Hotels suchen, belasten auch damit nicht das Personal auf zeitliche Art, ist eine gute Geschichte.
Verkauf von Schmankerln aus der Region. Wir hören ständig von der Genussregion Oberösterreich, da könnte man so viel machen mit bäuerlichen Produkten aus der Region. Ich denke, da gibt es die Schafmilchschokolade bis hin zu Bärlauchnudeln usw. Wenn Steyr die Synergien nutzen möchte von Linz als Kulturhauptstadt 09, dann wird es auch nötig sein eine zusätzliche Infrastruktur zu haben wo die Touristen einfach ankommen und Informationen haben. Das wäre eine Möglichkeit.
Eine andere Möglichkeit wäre, etwas was ich schon oft gehört habe und was an mich herangetragen worden ist, es gibt wenig Möglichkeiten für Eltern mit Kindern in ein Cafe oder Restaurant zu gehen ohne gleich für andere Gäste als störend zu wirken oder auf den Wirt vielleicht störend zu wirken. Warum nicht ein Cafe-Restaurant für Eltern und Kinder zu machen. Auch die Eltern haben einmal ein Recht sich Zeit für sich zu nehmen, normalerweise mit schlechtem Gewissen, so könnte man das verbinden mit Kinderbetreuung, wir haben die Drehscheibe Kind auf der Promenade, das ließe sich alles einbinden, Spielmöglichkeiten für die Kin-

der drinnen und draußen könnte man schaffen. Zusatzangebote, da denke ich mir, das ist für mich so ein Punkt, wo ich mir wünschen würde, dass man nachhaltiger denkt und vernetzter denkt bei uns. Wir haben heute Jugendproblematik angesprochen. So ein Eltern-Kind-Cafe würde z. B. auch die Möglichkeit mit sich bringen, dass man Workshops macht zum Thema „Kindererziehung“, dass Kinder was lernen über, unter Anführungszeichen, gutes Benehmen, Tischmanieren usw. und Defizite auch ein bisschen aufgefangen werden, was ein niederschwelliges Angebot ist. Das wäre eine Möglichkeit.
Dritte Möglichkeit, ein Cafe z. B. mit wechselnden Themenausstellungen und Veranstaltungen wo auch Zusatznutzen für den Handel gegeben ist, nämlich wirklich das Ambiente des Schlossparks nutzen, gemeinsam mit dem Schlossparkpavillon indem man regelmäßige Veranstaltungen im Jahreskreislauf macht. Manche von Ihnen kennen vielleicht im angrenzenden Bundesland Niederösterreich diverse Rosenausstellungen oder Apfelfeste bei uns in der Umgebung. Es ließe sich viel machen, auch unter Einbindung des Handels. Woran es aber anscheinend krankt ist die Bereitschaft sich mit Ideen auseinander zu setzen, auch zu suchen, weil ich kann mich erinnern, früher gab es noch Fraktionsvorsitzendenkonferenzen wo solche Themen angesprochen worden sind. Inzwischen finden diese kaum mehr statt und wir erfahren nur mehr so Nebenbei, zum Teil auch über die Medien, na ja, Verhandlungen sind wieder gescheitert, kein Pächter da, schauen wir weiter. Wie gesagt, nur Rusel zu streuen ist mir zu wenig, daher meine Bitte an den zuständigen Referenten und auch an den Finanzreferenten, sich einmal zu überlegen, was könnte man daraus machen.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. Jede Fraktion hat wieder eine Wortmeldung. Bitte Gerhard.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Damit man die Zeit, 16 Uhr, einhalten kann, werde ich mich da auch ganz kurz halten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es tut mir selbst ein bisschen Leid, dass der Schlossparkpavillon ein sehr schwierig zu vermarktendes Gebäude, eine Liegenschaft, ist. Es ist nicht ganz so wie du es sagst, dass das jahrzehntelang immer ein Problem war. Wir haben dort ein Lokal gehabt, wir haben es verpachtet gehabt. Ob es dir so geschmeckt hat oder nicht, das sei dahin gestellt. Ob es mir geschmeckt hat was da drinnen gemacht wurde oder nicht, das sei auch dahin gestellt. Aber es war auf alle Fälle in Betrieb und es war verpachtet. Wir haben mit dem vorhergehenden Pächter geglaubt, dass diese Konzeption, der auch solche Ideen gehabt hat wie du, gar nicht so ein Steyr-spezifisches Lokal, um nicht abgehoben zu sagen, zu betreiben. Leider Gottes ist diese Konzeption nicht aufgegangen. Wobei grundsätzlich dieser Vertrag, diese Verpachtung mit dem vorhergehenden Pächter für die Stadt wirtschaftlich nicht unbedeutend gewesen ist. Also es ist in keinster Weise ein Schaden für die Stadt entstanden, sondern das Haus ist in seiner Grundsubstanz wesentlich verbessert worden. Es sind über 900.000 Euro investiert worden in das Haus wovon die Stadt 4,5 Mio., ich sage es noch in Schilling, investiert hat und auf die restlichen 9 Mio. hat ein Privater dort investiert, das dem Haus, unserer Stadt zu Gute gekommen ist. Wir haben jetzt einen ernstlichen Interessenten gehabt mit dem wir die Gespräche geführt haben über mehrere Monate. Solche Dinge entwickeln sich halt nicht

von heute auf morgen. Du kannst nicht den Schalter umdrehen und sagen jetzt brauchen wir einen Wirt und den haben wir und dann drehst du den Schalter wieder zurück. Das ist nicht so, liebe Michaela Frech. In Steyr ist es nicht ganz einfach für ein Lokal in dieser Lage, obwohl es ein sehr prominenter Platz ist, einen Pächter zu finden. Wir könnten das Haus sofort verkaufen. Da hätten wir eine Menge Interessenten dafür die das kaufen würden und dann selber als Gastronomiebetrieb oder vielleicht als kleine Suite zu betreiben oder zu nutzen. Also, das wäre überhaupt keine Schwierigkeit. Das wollen wir nicht. Wir haben einmal schon gesagt, das war beim Taborturm, war nicht unbedingt gerade das was wir dann gewollt haben, die Gefahren die gewesen sind, das werden wir nicht verkaufen.
Wir haben einige Interessenten mit denen wir unverzüglich Kontakt aufnehmen werden, dass wir dort zu einem Betrieb kommen werden. Wir schränken, weil du da so eine Auflistung gegeben hast, das ist ja alles recht und schön, in keinster Weise ein, es muss nur moralisch vertretbar sein. Dort wollen wir nicht irgendein Lokal betrieben haben, wo wir in Steyr eh schon mehrere haben, da gibt es nicht unbedingt einen Bedarf, aber sonst, was einer für ein Konzept hat, das schränken wir in keinster Weise ein.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Warum weißt du denn das, dass kein Bedarf ist?

Gelächter

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Hast du schon eine Bedarfserhebung gemacht?

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Nein, aber wenn ein Bedarf wäre, dann hätten schon einige geschrien, in Steyr wäre ein Bedarf und wir hätten überlegt, wo wir dann was machen könnten.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
In Tirol gibt es dafür Bedarfserhebungen, in Oberösterreich nicht.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Für das ist der Tourismusverband zuständig und nicht ich als Liegenschaftsreferent.

Also, du hast da aufgelistet, was es nicht alles an Ideen gibt. Das kann man natürlich noch vervielfältigen und jeder brächte da 100 Ideen herein, aber es muss welche geben, die diese Ideen auch realisieren und verwirklichen.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Genau, die Stadt Steyr.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Michaela, tu doch nicht träumen. Wir wollen doch als Stadt kein Cafehaus betreiben. Das liegt uns vollkommen fern. Wir vermieten das Haus. Wenn einer kommt und sagt er macht ein Cafehaus so in der Form wo dann Eltern sich dort mit den Kindern hinbegeben, wo es eine Kinderbetreuung gibt, vermieten wir es. Wir schauen auch, dass wir vernünftige Tarife haben, dass man sich das auch leisten kann, aber zuerst muss einer kommen. Also, wir werden von der Liegenschaft sicherlich nicht ein Cafehaus mit Kinderbetreuung machen. Das werden wir nicht tun. Und alle anderen Dinge, da musst du jemanden haben der das macht. Wenn du wem hast, dann

schick in mir. Oder wenn du da vielleicht tätig werden willst, wir verpachten es auch dir. Das ist überhaupt keine Frage.
Aber ernstlich, es ist nicht einfach, dass wir dort wem finden. Es soll auf alle Fälle eine Nutzung sein, wo ein Gastronomiebetrieb, in welcher Form auch immer, ist, dass dort die Bevölkerung von Steyr auch hingehen kann. Das sollte es sein. Wir werden da weiter suchen und werden die Gespräche führen und wir hoffen doch, dass wir jemanden finden. Wenn wir es immer so herunter tun, der scheiß Schlossparkpavillon, der ist eh nichts, dann werden wir ihn gar nicht anbringen. Aus dem Grund habe ich da auch versucht über die Medien, dass man das ein wenig positiv transportiert, dass man das Haus, wie man so schön sagt, die Braut ein bisschen herrichtet, dass wir das Haus ein bisschen schmücken, damit, wenn ein Interessent kommt, er eine Freude hat. Da gehört halt draußen die Holzbühne, die schon verfault und eh elendig ist, weg. Das Haus werden wir innen ein bisschen herrichten. Wir werden die Fassade wieder herrichten, wo sie schadhaft ist. Wir werden die Kellerräumlichkeiten herrichten, damit ein Interessent da schneller anbeißt. Aber wir sind da auf alle Fälle dabei.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. ÖVP? Herr Mayrhofer.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Meine sehr geehrten Damen und Herren, Ideen gibt es viele, ich glaube, man muss sie nur auf den Punkt bringen. Es ist ja nicht daran gescheitert, weil dieser Interessent, dieser ernsthafte Interessent gesagt hat, nein, diese Idee ist nicht gut ich mache es doch nicht, sondern es ist daran gescheitert, dass die Grundsubstanz nicht okay ist. Und das muss man einfach so sagen. Wer immer im Keller war, also nicht im Keller sondern im Untergeschoss, wo die WC-Anlagen usw. waren, und wo früher auch ein Veranstaltungsraum war, der hat eines gesehen, dort ist es so feucht bitte schön, dass mir als zusätzliches Projekt, das man da machen könnte, nur einfällt eine Schwammerlzucht oder vielleicht eine Haifischbar, weil genug Wasser dort unten ist. Es liegt daran, nicht eine Braut zu schmücken damit ich sie verkaufen kann, du musst sie zuerst einmal gesund pflegen und das ist sehr wohl Aufgabe der Stadt. D. h., bitte herrichten und gescheit herrichten und damit meine ich nicht nur eine Farbe auftragen, sondern schauen, dass die Feuchtigkeit weg ist, runtergraben, Grundsubstanz herrichten.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Das haben wir schon alles gemacht.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Nein, das ist nicht gemacht worden. Es ist nicht bis zur Grundfeste hinunter saniert worden. Das war ja das, das ist eine Fußgeschichte der Liegenschaftsabteilung gewesen und dafür, Herr Referent, bist schon du zuständig.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Die Liegenschaftsverwaltung hat überhaupt noch nie gegraben, das waren die Bauleute und wenn da wer gepfuscht hat, dann waren es die Bauleute.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
So, Herr GR Apfelthaler bitte.

GEMEINDERAT
KURT APFELTHALER:
Wertes Präsidium, mein Handy läutet.

Gelächter

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Das wird ein Interessent gewesen sein.

GEMEINDERAT
KURT APFELTHALER:
Wertes Präsidium, meine Damen und Herren, zwischen verfault und gepfuscht ist dieser Bogen heute weit gespannt worden. De facto haben wir es bis zum heutigen Tage noch nicht angebracht. Ich freue mich über die Ideen der Kollegin Frech. Also Ideen könnte man ja derer viele spinnen und spannen und was weiß ich was, nur gefragt müssen sie halt sein. Ich habe so irgendwie die Vermutung, dass wir uns seit Jahren ständig um ein Thema drehen und das ist immer, wie bringen wir das als gastronomischen Betrieb dort an. Es ist ja heute schon einmal erwähnt worden, dass unter Umständen auch eine kleiner Form der Gastronomie hineinkommen soll, also einmal eine andere Nutzung, also nicht hauptsächlich gastronomisch, sondern einmal in einer anderen Nutzung durchaus auch angedacht werden könnte.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Dann sag halt was du dir vorstellst.

GEMEINDERAT
KURT APFELTHALER:
Ich will jetzt nicht anfangen, weil ich will dem Kollegen Eichhübl auch noch eine Minute lassen.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Der hat gesagt er will nicht mehr.

GEMEINDERAT
KURT APFELTHALER:
Gut, aber wenn du mich heute fragst, Herr Bürgermeister, wo ich noch eine Redezeit von einer Minute habe, welche Nutzung, dann zeigt das schon sehr wohl in diese Richtung, dass diese Diskussion ein bisschen spät kommt. Wenn du mich jetzt fragst was man mit dem Schlossparkpavillon machen kann, dann würde ich dich bitten, bitte schön vertage das in eine der nächsten Sitzungen wo das auf einer Tagesordnung steht. Weil warum geht die Michaela Frech her und sagt da eine Liste von Vorschlägen, weil sie wahrscheinlich auch noch nie gefragt worden ist zu diesem Thema. Dasselbe könnte ich jetzt auch machen, aber diese Zeit habe ich nicht. Also, ich würde bitten, dass wir uns zusammen setzen und darüber nachdenken und auch ein Produkt hervorbringen, das auch die Möglichkeit einer Durchführung hat, weil wenn ich es immer nur als Lokal, als nettes Lokal, nicht verfault und hin oder so, sondern als nettes, kulturhistorisch interessantes Lokal an den Mann oder an die Frau bringen will, dann muss ich damit rechnen, dass es so endet wie es immer geendet hat, nämlich das, dass die Leute entweder dort den Hut darauf gehaut haben oder in Konkurs gegangen sind und, und, und. Nur von der Idee muss man endlich einmal begreifen, dass das vielleicht nicht die richtige Nutzung ist oder, dass vielleicht nur einen Teil davon gastronomisch genutzt werden kann und der andere Teil, da müssen wir uns noch etwas einfallen lassen. Aber, dass es der Stadt anheim fällt sich etwas zu überlegen, nicht nur der Kollege Bremm, obwohl ich nicht sage, dass er nur schlechte Ideen hat. Aber vielleicht, wäre der Kollege Vzbgm. Bremm gut beraten, wenn er auch den hohen Gemeinderat oder den Ausschuss – wie hat der Bürgermeister Leithenmayr immer gesagt – den Schweiß der Edlen, wenn er den strapazieren täte und nicht dass wir uns dann in einer „Aktuellen Stunde“ herstellen und da Vorschläge liefern, was man dort oben machen könnte. Ich denke mir, es ist eigentlich

schade um die Zeit. Es wäre gescheiter wir würden uns zusammen setzen und uns das überlegen.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. Michaela es geht noch.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste. Um nicht missverstanden zu werden, es geht nicht darum, dass das wieder ein Gastronomiebetrieb in erster Linie ist, sondern prinzipiell, alles was dort oben ist sollte einen kleinen Cafebereich haben, egal in welcher Dimension. Das habe ich auch auf das Konzept dazu geschrieben, auf dieses erste Überlegungspapier. Darum auch nicht die Frage Herr Kollege Bremm. Es geht nicht darum defensiv zu warten bis jemand kommt der uns einen Vorschlag macht, sondern offensiv mit dem Thema umzugehen. So eine Nutzung, wie ich da ein paar Ideen gebracht habe, da sind Ideen dabei von Bekannten, Freunden usw., ist ja der Punkt ...

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Ideen gibt es 100.000, die muss man ja auch umsetzen können.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Darf ich was zur Umsetzung sagen? Ich mache jetzt einen Vorschlag.

Es ist das Gebäude, das der Stadt gehört. Punkt 1. Wir überlegen uns die Koordination, was können wir aus dem machen. Ideen gibt es viele. Für Teile gäbe es auch durchaus Interessenten. Die Aufgabe der Stadt ...

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Wir reden ja vom Schlossparkpavillon und das ist ein Raum.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Darf ich ausreden.

Die Aufgabe der Stadt wäre es die Koordination zu machen, Ideen bündeln, zu schauen, was davon wäre realisierbar, z. B. in Form einer Non-profit-Organisation, in Form eines Private-Puplic-Partnerships, machen wir ja auch beim Straßenbau oder so oder beim Garagenbau. Warum nicht einen Private-Puplic-Partnership im Bereich Schlossparkpavillon. Aber es geht darum zu handeln Herr Kollege Bremm. Wir haben dort ein tolles Objekt. Der Kollege Mayrhofer hat es gesagt, es gehört saniert und vorher gehören sich aber einmal Gedanken gemacht, was mache ich in Zukunft. Da wäre so viel möglich an Nutzung und nicht nur Eindimensional, in eine Richtung zu denken, Pächter suchen und das war es, sondern wirklich zu schauen was könnte ich aus dem machen, wo ich mich wieder touristisch profiliere in Steyr, wo ich etwas für den Sozialbereich machen kann und, und, und.

Unverständlicher Zwischenruf von Vzbgm. Bremm

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Er wird es nie verstehen.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. Es gibt eine Menge Ideen und ich bin überzeugt, dass es auch eine gute Lösung für dieses Thema gibt. Wir müssen ja auch noch ganz klar festhalten, bis vor wenigen Wochen hat es ja welche gegeben die gekommen sind und haben gesagt, wir machen das und das. Es waren bis jetzt auch vier da die gesagt haben wir machen dort ein Gasthaus und wir füh-

ren das. Die sind euphorisch daher gekommen. Da kann ich mich noch genau erinnern wie dieser Kühberger & Haas gekommen ist und uns das vorgeschlagen hat was man da für ein wunderschönes Lokal machen kann und was er für einen super Wirt hat für diesen Bereich, und da hat er gesagt, das ist eigentlich ein super Projekt. Die Stadt hat 4 Millionen Schilling hineingesteckt, er hat 9 Millionen hineingesteckt und dann ist das leider Gottes daneben gegangen, weil der nicht wirtschaften konnte, weil der nicht mit dem Geld umgehen konnte oder weil er irgendwo anders Schulden gehabt hat, das weiß ich nicht. Auf alle Fälle sind schon einige Wirte dort gescheitert. Ich möchte eh nicht unbedingt festhalten, dass ich sage es muss immer ein Wirtshaus sein und es muss immer ein gastronomischer Betrieb dort oben sein. Wenn einer kommt mit einen besseren Vorschlag, bitte Vorschlag an mich bzw. an den Herrn Vizebürgermeister, wir werden das prüfen und werden das gezielt verfolgen. Es ist doch eh nicht in unserem Interesse, dass das dort oben leer steht.

So, wir sind am Ende unserer „Aktuellen Stunde“, zwei Stunden muss man eigentlich sagen. Ich hätte jetzt vorgeschlagen, dass wir eine Viertelstunde Pause machen und dann mit den Verhandlungsgegenständen beginnen.

GR Andreas Kupfer verlässt um 16.04 Uhr die GR-Sitzung.

PAUSE VON 16.04 UHR BIS 16.30 UHR

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Meine Damen und Herren, wir setzen die Sitzung fort und kommen zum nächsten Punkt und ich bitte um die **Kenntnisnahme der Beschlüsse des Stadtsenates**. Jetzt kommen wir zum letzten Tagesordnungspunkt, zu den **Verhandlungsgegenständen,** und ich gebe meine Vorsitz an meine Kollegin ab.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Ich übernehme den Vorsitz und ersuche den Bürgermeister um seine Berichterstattung.

BE: BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Bei meinem ersten Punkt geht es um den Rechnungsabschluss 2006. Und zwar weist der ordentliche Haushalt für das Jahr 2006 Einnahmen und Ausgaben in der Höhe von 91,654.402,63 Euro aus. Der im ordentlichen Haushalt entstandene Abgang in Höhe von Euro 0,59 Millionen wurde durch eine Entnahme aus der Allgemeinen und Betriebsmittelrücklage ausgeglichen.

Ein paar Worte zum Thema Einnahmen. Die Ertragsanteile gingen um 0,13 % gegenüber dem Vorjahr zurück. Bei der Kommunalsteuer haben wir eine Verbesserung um 3,64 % von 18,4 auf 19,07 Millionen. Bei den Gesamtausgaben gab es beim Personalaufwand eine Steigerung um 2,8 %, das entspricht in etwa der Höhe der Lohnerhöhungen. Bei den Transferzahlungen gibt es eine Steigerung von 6,15 %, darauf komme ich noch zurück und beim Verwaltungs- und Betriebsaufwand und bei den Verbrauchsgütern eine Steigerung um 8,22 % von 21,4 auf 23,18. Beim Schuldendienst sehen Sie im Amtsbericht eine Aufstellung der Jahre 2001 bis 2006 und auch eine Bewertung in Prozenten des ordentlichen Haushaltes. Da war es so, dass 2001 noch 6,67 % des ordentlichen Haushaltes für die Schuldentilgung aufgewendet werden musste, 2004 waren wir bei 4,28, wir sind jetzt bei 5,32. Die Erhöhung rührt daher, und das ist glaube

ich auch jedem klar, dass ja in den vergangenen Monaten und im vergangenem Jahr entsprechende Zinserhöhungen von den Banken vorgenommen worden sind.
Im außerordentlichen Haushalt haben wir im Finanzjahr 2006 Einnahmen und Ausgaben in der Höhe von 14,214.424,47 Euro. Hier gab es die größeren Ausgaben im Bereich Grundbesitz, Rücklagenzuführung durch Grundkäufe, Gemeindestraßen inkl. Fuß- und Radwege, Stadtsaalaktivierung, APT, APM. Das können Sie im Antrag ganz genau mitverfolgen. Rücklagenentnahmen gab es im abgelaufenen Jahr in der Höhe von 0,37 Millionen. Das ergibt in Summe diese genannten Beträge beim ordentlichen und außerordentlichen Haushalt. Ich bitte diesem Rechnungsabschluss 2006, der überaus erfreulich ist, die Zustimmung zu erteilen. Ich bitte um Diskussion und Abstimmung.

1) Fin-120/06
Rechnungsabschluss 2006.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Rechnungsabschluss der Stadt Steyr für das Finanzjahr 2006 wird mit Einnahmen und Ausgaben (Anordnungs-Soll)

im ordentlichen Haushalt von
91.654.402,63
im außerordentlichen Haushalt von
14.214.424,47
somit insgesamt
105.868.827,10

genehmigt.

Weiters werden die Bilanzen folgender Unternehmen der Stadt Steyr grundsätzlich genehmigt.

Unternehmen
Stadtwerke Steyr
Aktiva/Passiva (in Euro)
41,156.807,82
Gewinn (+)/Verlust (-)
- 876.131,19

Unternehmen
Alten- und Pflegeheim Tabor
Aktiva/Passiva (in Euro)
4,602.908,08
Gewinn (+)/Verlust (-)
- 130.677,82

Unternehmen
Alten- und Pflegeheim Münichholz
Aktiva/Passiva (in Euro)
14,513.395,77
Gewinn (+)/Verlust (-)
- 1,660.769,30

Die o. a. Bilanzen werden nach Behandlung in den Verwaltungsausschüssen dem Gemeinderat noch extra zur Beschlussfassung vorgelegt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Herr GR Eichhübl.

GEMEINDERAT
ROMAN EICHHÜBL:
Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, ich hatte ja bereits einmal die Möglichkeit, und zwar bei der Präsentation des vorläufigen Rechnungsabschlusses für 2006 durch den Herrn Finanzdirektor Lemmerer, einige Anmerkungen in der Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschusssitzung, betreffend dieses Budgetverlaufes für 2006, und vor allen Dingen die herausragenden Eckpunkte, kurz zu beleuchten und anzusprechen.
Ich möchte aber dennoch heute vor diesem Gremium einige Bemerkungen zu diesem Rechnungsabschluss 2006 deshalb machen, weil ja ein Rechnungsabschluss an und für sich ein

Vergleich von dem ist was ursprünglich der Gemeinderat als Budgetvorgabe für ein Jahr, in dem Fall für 2006, beschlossen hat. Daher werde ich mich bei meinen Vergleichen im Grundsätzlichen beim Rechnungsabschluss und beim Voranschlag beibehalten und dies, wie gesagt, ansprechen. Obwohl es ja sehr verlockend wäre, auch auf den Nachtragsvoranschlag einzugehen, denn da hat es ja vor allen Dingen im außerordentlichen Haushalt einige sehr prägnante Ausreißer gegeben.

Aber wie gesagt, wie schaut das aus bei den tatsächlichen Veränderungen gegenüber dem Voranschlag. Der ordentlichen Haushalt wurde gegenüber dem vorhin genannten Voranschlag um 195.500,-- Euro ausgeweitet und trotz Mehreinnahmen von rund 2,6 Millionen Euro und Minderausgaben von rund 499.000,-- Euro war eine Rücklagenentnahme, um dieses ordentliche Budget abzudecken, von 590.000,-- Euro erforderlich. Der außerordentliche Haushalt erfuhr gegenüber dem Voranschlag eine Ausweitung um 1,553.000,-- Euro auf 14,214.000,-- Euro und musste hauptsächlich durch Darlehensaufnahmen, Rücklagenentnahmen und Vermögensveräußerungen in der Höhe dieser drei Positionen von 10,44 Mio. Euro abgedeckt und ausgeglichen werden. Die Transfereinnahmen betrugen 5,4 Mio. Euro. In diesem Zusammenhang möchte ich auf eines besonders hinweisen, und das ist auch immer wieder festzuhalten, dass zwischen dem was die Stadt an Abgaben, ordentlicher und außerordentlicher Haushalt zusammengerechnet, an das Land überweist und dem was die Stadt an Zahlungen vom Land zurückbekommt nach wie vor eine Lücke von rund 10 Mio. Euro klafft und zwar zu Ungunsten der Stadt. Das muss man auch sehr deutlich immer wieder betonen. Rund 6,5 Mio. Euro wurden im außerordentlichen Haushalt in das Finanzjahr 2007, aus ebenfalls bekannten Gründen, übertragen. Reservierend muss daher festgestellt werden, dass trotz Verbesserungen durch Mehreinnahmen, die ich vorhin bereits angesprochen habe im ordentlichen Haushalt, kein Grund für besonderen Jubel deswegen besteht, weil ja auch die Ausgaben, vor allen Dingen im Sozialbereich und darüber haben wir ja bereits diskutiert, höher und immer höher werden. Alleine in drei Teilbereichen ist ja festzustellen, aufgrund der Unterlagen, ist ein Mehraufwand von über 1,63 Millionen Euro erforderlich. Der Schuldenstand steigt ständig an. Das ist erkennbar an der Pro-Kopf-Verschuldung. 2001 betrug die Pro-Kopf-Verschuldung noch 873,-- Euro und 2006 bereits 1.325,-- Euro. Die Rücklagen hingegen sinken gegenüber 2005 von 11,7 Mio. auf 10,7 Mio. Euro. D. h., dass künftige Budgeterstellungen immer schwieriger werden. Vor allen Dingen werden ständige Mehrausgaben, wie z. B. die bereits mehrfach angesprochenen Sozialausgaben, und da wird ja noch einiges auf und zukommen, wenn ich an die geplante Regelung der Rund-um-die-Uhr-Betreuung für unserer pflegebedürftigen Mitbürger denke, in Zukunft nur dann mehr finanzierbar sein, wenn man in anderen Bereichen entsprechende Einsparungen vornimmt, denn die Bevölkerung ist ja jetzt bereits mit ständigen Tarif- und Gebührenanhebungen massiv überfordert. Das muss man auch einmal sehr deutlich sagen. Es wird also nicht gehen, die zunehmend steigenden Ausgaben durch ständig neue Tarif- und Gebührenanhebungen abzudecken.

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, nachdem wir im Budgetjahr 2006 viele budgetwirksame Beschlüsse mitgetragen haben, dem Voranschlag aber bekanntlich nicht zugestimmt haben, werden wir uns jetzt bei der Abstimmung zu die-

sem Rechnungsabschluss 2006 der Stimme enthalten. Ich danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Danke auch. Wünscht noch jemand das Wort? GR Braunsberger bitte.

GEMEINDERÄTIN
DR. BIRGITTA BRAUNSBERGER-LECHNER:
Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates, werte Gäste. Auch ich habe dem Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuss teilgewohnt und ich habe auch im Ausschuss diesbezüglich festgehalten, dass es mich eigentlich sehr stört, dass die Treffsicherheit der Prognosen, die jährlich im Budget abgegeben wird, eigentlich hinten und vorne letztlich nicht passen. Ich möchte diesbezüglich die Mehreinnahmen ansprechen. Der Finanzreferent, der Herr Bürgermeister, hat in den Medien vor ca. 1 Jahr groß gepredigt, dass wir vonseiten des Bundes und des Landes ausgehungert werden. Aufgrund der mir vorliegenden Unterlagen ist es aber so, dass wir von Bund und Land Mehreinnahmen von ca. 1 Mio. Euro erhalten. Auch diesbezüglich möchte ich noch anführen, dass die Treffsicherheit der Prognosen sehr schlecht sind, möchte ich auf das Budget hinweisen, dass es eklatant ist, dass die Vorschau im Verhältnis dann wie es letztlich ausschaut eigentlich ganz anders ist. Wir wissen zwar, dass die Budgetlage trist ist, wir haben auch von meinem Vorredner gehört, dass die Rücklagen aufgebraucht werden, also dass das Familiensilber quasi verkauft wird, und dass es zu einer jährlichen Neuverschuldung kommt. Aber was mich stört ist, dass das Budget immer so dargestellt wird dass es viel schlimmer ist. Ich vermute, dass das auch bewusst und falsch gemacht wird, dass man quasi Argumente hat gegen Vereine in Steyr oder Kulturschaffende, dass man sagen kann die Situation ist so etwas von trist, wir können keine notwendigen Erhöhungen für Vereine und Kulturschaffende gewähren. Da möchte ich auch diesbezüglich auf das Museum, das eigentlich das einzige städtische Museum ist, das Heimatmuseum hinweisen. Irgendwie versucht man sich da immer hinauszuschlendern und sagt, wir haben ja kein Geld, schaut nur das Budget, den Voranschlag an, der ist so etwas von trist, es ist überhaupt kein Geld da.
Dann auch im Sozialbereich. Sie können im Protokoll von der Budgetgemeinderatssitzung nachlesen, dass es meine Fraktion war die vehement darauf hingewiesen hat, dass die Ansätze im Sozialbereich und in der Jugendwohlfahrt bei Weitem zu niedrig angesetzt waren. Wenn man jetzt von einer Explosion der Kosten spricht und völlig überrascht bei den Nachzahlungen ist, dann kann man aus den Unterlagen ersehen, dass das eigentlich schon über die letzten Jahre sukzessive angestiegen ist. Wir haben, laut Unterlagen, eine jährliche Steigerungsrate von 10 % und das ist nicht jetzt auf einmal überraschend passiert, das hat sich schon abgezeichnet. Ich muss schon sagen, es wäre nur dann eine seriöse Vorgehensweise, wenn man dementsprechend im Budget diese eklatante Mehrleistung auch berücksichtigt hätte.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Herr StR Mayrhofer bitte.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Meine sehr geehrten Damen und Herren, auf eines glaube ich müssen wir schon noch hinweisen. Als der jetzige Finanzreferent 2001 dieses Ressort übernommen hat, hat er einen Schuldenstand von 34 Mio. Euro übernommen. Jetzt haben wir 57 Mio. Euro,

innerhalb von 6 Jahren. Die Pro-Kopf-Verschuldung – wenn wir jetzt von Mio. Euro reden, das sind so abstrakte Zahlen, so große, dass sich das kaum jemand vorstellen kann, aber bei der Pro-Kopf-Verschuldung, die das herunterbricht, was das für jeden einzelnen Steyrer bedeutet, dann war das 2001, als der Bürgermeister ins Amt gekommen ist, Euro 873,--. Jetzt, wenn man die Ausgliederung des Darlehens für Alten- und Pflegeheim dazu gibt, weil das gehört ja auch zu den Stadtschulden, dann sind wir auf Euro 1.450,--, also fast eine Verdopplung.

Zwischenruf: Und ohne Altersheim?

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Euro 1.325,--, auch ein Wahnsinnsbetrag.

GEMEINDERAT
GERALD HACKL:
Um wie viel % ist das Budget gestiegen?

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
... um Euro 500,-- mehr und das muss man sich bitte einmal geben. Man kann ja nicht vom Umsatz reden, man muss von dem zahlen, was in der Tasche ist, lieber Gerry, das müssen wir zurückzahlen und wenn wir jetzt einen Schuldendienst von 4,8 Mio. haben und wenn ich weiß, dass mir das fehlt, damit ich das Notwendigste investieren kann, dann ist das das wirklich Aussagekräftige und wir brauchen nicht über eine Pro-Kopfverschuldung diskutieren, die ist da und die trifft jeden Steyrer. Das heißt, innerhalb der Periode des Herrn Bürgermeisters ist die Pro-Kopfverschuldung von Euro 873,-- auf Euro 1.450,-- gestiegen. Und jetzt möchte ich Sie fragen, wie geht es Ihnen da, weil Sie zuerst über ein „Jubelbudget“ gesprochen haben? Wenn das ein Jubelbudget ist, dann bin ich neugierig, wie die Bevölkerung jubelt.

Diskussion verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Von den Gemeinden können sehr viele ihre Haushalte nicht mehr ausgleichen.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Hast du dir das nicht genau durchgelesen, was da drinnen steht, wie der Zinsendienst und die Entwicklung des Zinsendienstes bezogen am oH der vergangenen Jahre ausschaut? Da kannst du ganz genau ablesen, wie es sich entwickelt hat.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Ein Traumbudget, hast du gesagt, Euro 1.450,--, eine Verdopplung innerhalb von 6 Jahren.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Aber schau dir das Land an, da brauchen wir nicht weit gehen.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Schuldenfrei, Frau Bürgermeister!

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Die werden heuer die letzten Rücklagen aufbrauchen.

Diskussion verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Frau Kollegin Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste. Ja, so schaut er aus, der Rechnungsabschluss. Das Ganze jetzt durchzugehen würde Stunden dauern, ich will es auf den Punkt bringen. In einem hat der Kollege Mayrhofer ja Recht, der Schuldenstand ist gestiegen, das ist so, allerdings glaube ich, wäre es unfair, dem jetzigen Bürgermeister dafür die Schuld in die Schuhe zu schieben, weil im Endeffekt hat er etwas übernommen, was schon vorher begonnen wurde und manche Dinge schon gar nicht mehr groß beeinflussen hat können, das muss man da fairerweise sagen. Dass es natürlich trotzdem kein Jubelbudget war, das stimmt natürlich auch, weil mit diesem Rechnungsabschluss und vorher mit dem Voranschlag kann man natürlich ordentlich tricksen. Und das, was man seit 1997 macht, völlig abweichend von einer Budgetwahrheit, man gibt Positionen in einen Voranschlag hinein, von dem man im Vorhinein schon weiß, diese Ausgaben wird es gar nicht geben, weil das Projekt gar nicht so weit in Planung ist, die Finanzierung von Landes- oder Bundesseite noch gar nicht steht usw. Und am Schluss kann man sich dann hinstellen und sagen, wir haben soviel eingespart, wir haben soviel weniger gebraucht, das Budget hat sich super entwickelt. Bei den Einnahmen machen wir es dann ein bisschen anders, also es lässt sich sehr viel tricksen. Nur eines muss schon bewusst sein, und das ist meine Forderung seit 1997 – und je länger ich hier herinnen bin, desto nachhaltiger wird diese Forderung – sich wirklich die Folgekosten von allen Projekten die wir errichten, die wir planen, zu überlegen. Wir haben im Prinzip kaum mehr die finanziellen Möglichkeiten, diese sogenannte freie Finanzspitze, um für Unvorhergesehenes etwas zu machen und manches ist sehr vorhersehbar. Ich denke an die ganzen Instandhaltungen, wir haben auch sehr viel Neues gemacht, wir werden auch wieder genug Geld in die Hand nehmen müssen, um diese Gebäude, die wir neu errichtet haben, und Projekte, die wir gemacht haben, auch wieder weiterfinanzieren zu können. Und dafür gibt es eigentlich nichts, Folgekostenrechnung ist nach wie vor etwas, wo sich nichts ändert.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Herr Vzbgm. Bremm bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Meine sehr verehrten Kolleginnen, liebe Kollegen. Wir führen ja ständig die Debatte, zumindest beim Budget, beim Rechnungsabschluss, beim Nachtragsvoranschlag, und wenn es dazwischen passt, dann führen wir auch die Debatte um die finanzielle Situation, Einnahmen – Ausgaben und wir haben noch nie beschönigt, dass wir uns in einer ausgezeichneten, hervorragenden finanziellen Situation befinden, das in keinster Weise. Roman Eichhübl, du hast es ja eh auch dargestellt, wo uns in Wirklichkeit die Spielräume im finanziellen Bereich abhanden kommen. Das halt die Zahlungen von der Stadt an das Land ungleich höher sind, wie was jetzt an Transferzahlungen vom Land wieder zurückfließen. Es ist aufsummiert, wenn ich es jetzt richtig im Kopf habe – ich habe die Zahlen jetzt nicht ganz genau im Kopf – aber in den letzten 15 Jahren haben wir über 100 Mio. mehr an Transferzahlungen an das Land geleistet, wie wieder zurückgekommen ist und das trifft uns halt dementsprechend. Die Anforderungen an die Stadt werden halt in einem dementsprechenden Ausmaß höher. Nur alleine, wenn wir jetzt so locker vom Hocker sagen, keine neue Projekte, wir müssen die alle rechnen, wenn wir die rechnen müssten, dann hätten

wir sagen müssen, ein neues Pflegeheim Münichholz hätte wir schon nicht in Angriff nehmen dürfen, wir dürften kein neues Pflegeheim auf der Ennsleite in Angriff nehmen und wir dürften kein neues Pflegeheim am Tabor in Angriff nehmen. Wir sind uns da aber alle einig – wenn wir nicht gerade direkt über das Geld debattieren – dann hat jeder hunderttausend Vorstellungen, was wir nicht alles machen könnten. Alleine deine kleine Wunschliste, wenn wir die jetzt umsetzen würden, das wäre wieder zusätzliches Geld. Also, in Wirklichkeit sind wir uns bei den großen Investitionen, die wir brauchen, einig, aber dann sagen wir, mit dem Geld wollen wir nichts zu tun haben und vom Geld her können wir es uns nicht leisten, so kann man die Debatte nicht ganz führen. Der Rechnungsabschluss, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, ist ein äußerst positiver, ohne dabei die Finanzsituation der Stadt zu beschönigen und in Jubelgeschrei auszubrechen, aber es zeigt sich, dass wir im Budgetjahr 2006 anständig gewirtschaftet haben. Das Budget 2006, das wir im Dezember 2005 beschlossen haben, war prognostiziert mit einem Abgang von rund 3,5 Mio. Euro für 2006 und jetzt sind wir fast bei einem ausgeglichenen Budget. Gerade ihr zwei, lieber Gunter Mayrhofer und du, Frau Kollegin Frech, ihr beide kommt aus einem Bereich, wo ihr von Wirtschaft auf alle Fälle etwas versteht, und wenn man heute in einem mittleren oder größeren Betrieb mit einem Umsatz – nur was wir oH rechnen – eine Milliarde Schillinge – ich sage es in Schillinge, weil es wesentlich bezeichnender ist – eine Prognose, eine Abweichung von rund 3 % am Ende des Geschäftsjahres prognostizieren, dann ist das das Selbstverständlichste von der Welt.
3 % Abweichung von einer Milliarde, oder 70 Mio. Euro, dass man da 3,5 Mio. noch ungewiss einschätzen kann, das ist doch ganz normal. Gerade du, in deiner berufsbildenden Schule weißt das ganz genau, dass bei so einem Riesenbetrag solche Abweichungen selbstverständlich sind. Was der Erfolg ist, und schon darauf hinweist und zurückführen lässt, dass wir alle gemeinsam gut gearbeitet haben, weil die meisten Beschlüsse fassen wir ja eh fast einstimmig – bis auf deine Enthaltungen

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Ja, das ist so, das habe ich noch im Kopf, bei meinem Antrag hast du einmal mitgestimmt, das freut mich heute noch, aber das war leicht zu merken, weil es nur einer war.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Aber Spaß beiseite, da kann man sagen, wenn man jetzt am Ende des Geschäftsjahres bei einem Plus – Minus 0 ist, dann war das eine gute und ausgezeichnete Arbeit und so muss man den Rechnungsabschluss sehen. Dass finanziell eine Anspannung da ist, das ist keine Frage, das braucht man auch nicht beschönigen, aber das ist nicht, weil der Bürgermeister als Finanzreferent „holladrio“ war und das Geld irgendwo verjubelt hat, sondern das ist halt aufgrund bestimmter Entwicklungen, die von uns auch sehr schwer beeinflussbar waren, darum ist halt das alles angespannt. Insgesamt glaube ich, muss man schon sagen, wir haben gut gewirtschaftet, wobei uns halt die großen Sprünge, die wir gerne machen würden, uns würden ja auch hunderttausend Sachen einfallen, die wir realisieren wollen, nicht nur bei der Kultur – in eurem Anspruch – sondern die nehmen wir für uns auch in Anspruch, und auch der Kollege Spanring hätte noch zig Ideen, was wir noch bräuch-

ten, wenn dann in der Zeitung steht, das Haus dort vorne möchten wir gerne kaufen, ja das ist ja ein guter Ansatz, aber ob wir das Geld dafür haben ist eine andere Frage. Oder im Sportbereich, da wüssten wir auch noch allerhand Dinge, also in allen Ressorts – im Sozialbereich kommt es eh automatisch daher, da brauchen wir es uns gar nicht wünschen, da kommt mehr daher, wie man sich wünscht. Also, an Ideen würde es nicht fehlen, aber insgesamt, muss ich noch einmal sagen, glaube ich, ist der Rechnungsabschluss, oder das Geschäftsjahr, das wir mit dem heutigen Tag abschließen, ein gutes gewesen und ich möchte mich da auch bei allen Beschäftigten bedanken, die auch dazu beigetragen haben, dass wir von dem ursprünglich prognostizierten Abgang weit entfernt sind und dass wir einen guten Geschäftsabschluss tätigen konnten.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Herr Mayrhofer bitte.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Liebe Kolleginnen und Kollegen. Jetzt muss ich mich wirklich noch einmal zu Wort melden, weil der Kollege Bremm das natürlich jetzt so präsentiert hat, es ist eh alles „leiwand“, weil wenn ihr euch die Abweichungen so anschaut, es ist eh alles so super, wir sind so zielgenau da. Aber anlügen brauchen wir uns selber eigentlich nicht, weil eines wissen wir auch, dass es positiv ausschaut hängt damit zusammen, dass wir 6,5 Mio. Euro, die schon 2006 schlagend geworden sind, bis jetzt nicht zahlen mussten, weil die Abrechnungen noch nicht passten, aber z. B. der Bau ist schon 2006 passiert, die werden im Jahr 2007 kommen.

GEMEINDERAT
GERALD HACKL:
Da sind sie auch wieder budgetiert!

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Das heißt ganz klar, diese positive Entwicklung in diesem Jahr ist deswegen zustande gekommen, weil wir etwas, was schon 2006 passiert ist, erst 2007 zahlen.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
So ein Blödsinn!

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Aber da muss man schon klar sagen, 6,5 Mio. Euro, die im Prinzip 2006 schon verbaut worden sind ...

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Nein, das stimmt nicht!

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Na selbstverständlich! Darf ich dir sagen ...

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Schau dir das an, jedes Jahr haben wir in etwa die selbe Summe.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Die werden eh drinnen sein.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Das ist ja unglaublich!

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Wünscht noch jemand das Wort? Schlusswort?

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Also, lieber Gunter Mayrhofer, eines muss ich schon sagen, ich verstehe es eh, dass du dich nicht herausstellst und sagst, das was der Finanzreferent

in den letzten Jahren gemacht hat, war alles gut und das hat funktioniert und ist gewissenhaft und gescheit gemacht worden. Das ist mir klar, dass du das nicht sagen kannst, aber da bewusst irgendwelche Zahlen verdrehen und irgendwelche Szenarien beschreiben, die so dramatisch ...

Unverständlicher Zwischenruf von StR Gunter Mayrhofer

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Wir übertragen jedes Jahr in etwa die selbe Größenordnung, da kannst du nachschauen, das habe ich auch mit dem Finanzdirektor schon x-mal angeschaut und überprüft. Auch das mit der Pro-Kopfverschuldung ist eine unglaubliche Stimmungsmache, weil man kann alleine aufgrund dieses Berichtes den Schuldenstand ganz klar nachlesen – schau es dir noch einmal an – auf Seite 3, und da steht drinnen, in % des oH und das ist für mich die echte Messlatte. In % des oH – was haben wir da Schuldendienst geleistet – da ist es so, dass wir 2001 und 2002 je 6,67 % und 6,45 % des oH an Schuldendienst bezahlt haben und jetzt sind wir bei 5,32 %, also die Belastung durch Schulden des einzelnen Bürgers ist diese Zahl und das kann man da ganz genau ablesen. Klar, schaut die Pro-Kopfverschuldung mit 1.325,-- für dich dramatisch aus, aber da hätte ich dich auch gebeten, dass du dir die Vergleiche mit anderen Gemeinden genau anschaust. Du bist jedes Jahr beim Städtetag – z. B. heuer hättest du auch die Chance gehabt, dass du es dir genau anschaust und dass du dir die Unterlagen durchliest, wo beschrieben wird, wie sich z. B. die Finanzen der Städte in Österreich entwickeln und wie z. B. die freie Finanzspitze ausschaut und dass genau bei den Städten unserer Größenordnung die größten Nachteile eingetreten sind. Dass die Benachteiligung, was den Finanzausgleich betrifft, genau die Städte von 20.000 bis 50.000 – wo wir auch genau hineinfallen – gerade dort sind die größten Nachteile aufgetreten und da wird versucht, beim nächsten Finanzausgleich diesen Nachteil, der eindeutig als Nachteil erkannt worden ist, und wo man auch genau nachlesen kann, auf der ersten Seite – Ertragsanteile minus 0,13 gegenüber dem Vorjahr. Das heißt, wir haben tatsächlich weniger bekommen und wenn man das zum Gesamtbudget noch einmal ins Verhältnis setzen würde - Gesamtbudget zu Ertragsanteile – dann hat es da in der Vergangenheit immer nur eine Negativentwicklung gegeben. Dass wir bewusst irgendetwas falsch darstellen, dagegen verwehre ich mich ganz deutlich, also das tun wir mit Sicherheit nicht, das wird immer richtig dargestellt. Und wenn wir ein Budget beschließen, dann hat der Finanzdirektor selbstverständlich die Aufgabe, diesen Budgetentwurf entsprechend vorsichtig zu budgetieren und wenn er da um 3,5 % daneben liegt – und diesmal waren es nur 3,25 % - er hat 3,5 Mio. Defizit budgetiert, herausgekommen sind 0,5, also ist er ungefähr 3 % mit seinem Entwurf danebengelegen, dann ist das eine ausgezeichnete Budgetierung und dann muss man wirklich sagen, die Treffsicherheit ist ausgezeichnet und wir können uns mit unserem Budget österreichweit, oberösterreichweit absolut sehen lassen.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Herr Bürgermeister, schwebende Schulden sind auch Schulden.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Das ist schon klar, aber bitte schau die anderen Städte an.

GEMEINDERAT
KURT APFELTHALER:
Aber dass diese Städte in unserer Größenordnung die Verlierer sind, das stimmt nicht.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Das stimmt, das zeige ich dir morgen.

Unverständlicher Zwischenruf von GR Kurt Apfelthaler

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Nein, ich zeige dir das, das habe ich erst diese Woche wieder gelesen.
Ich bitte um Abstimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Wer für diesen Antrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. SPÖ. Wer ist dagegen? Grüne, ÖVP, FPÖ, Frech. Wer übt Stimmenthaltung? Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Bei meinem zweiten Punkt geht es um die Aufhebung der Vergabeordnung 2002 für die Stadt Steyr. Und zwar hat es da auf der europäischen Ebene jahrelange Diskussionen gegeben und es gibt jetzt eine Regelung des Vergabeverfahrens für öffentliche Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge. Dazu ist es notwendig, dass wir die bestehende Vergabeordnung 2002 auflösen. Ich glaube, das ist im Antrag relativ genau dargestellt, wie das zu begründen ist.

2) Präs-66/07
Aufhebung der Vergabeordnung 2002 für die Stadt Steyr.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für allgemeine Rechtsangelegenheiten und Verfassungsdienst vom 18.06.2007 wird die Vergabeordnung 2002 für die Stadt Steyr mit sofortiger Wirkung ersatzlos aufgehoben.

Ich bitte auch diesem Antrag die Zustimmung zu erteilen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Bei meinem dritten Antrag geht es um die Abgabe einer Haftungserklärung der Stadt gegenüber dem Sparkassenfonds über den Betrag von EUR 165.540,-- zur Errichtung von Räumlichkeiten für die Fachschule für Alten- und Pflegehilfe im Rahmen der Sanierung des Bundesschulzentrums. Das heißt, es wird ja hier ein Gebäude errichtet und das kostet in Summe EUR 496.620,--, ein Drittel trägt das Land Oberösterreich, ein Drittel die Republik und ein Drittel der Trägerverein zur Förderung und Erhaltung der Fachschule für Alten- und Pflegehilfe. Die haben natürlich selber nicht das ausreichende Vermögen und werden durch die Stadt unterstützt, indem wir jährlich mindestens EUR 8.000,-- zahlen. Dazu ist es aber notwendig, dass die Vorstandsmitglieder eine entsprechende Absicherung haben, wenn irgendetwas schief gehen würde, wobei das noch einmal genau dargestellt ist, nur wenn entsprechendes vorsätzliches Handeln, oder grobe Fahrlässigkeit nachgewiesen werden könnte, für alle anderen Fälle ist eine Haftungserklärung in dieser Form, die hier vorliegt, notwendig.

3) Fin 30/07
Abgabe einer Haftungserklärung der Stadt gegenüber dem Sparkassenfonds über den Betrag von EUR 165.540,-- zur Errichtung von Räumlichkeiten für die Fachschule für Altendienste und Pflegehilfe im Rahmen der Sanierung des Bundesschulzentrums Steyr.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 20.06.2007 wird dem Abschluss einer Haftungserklärung gegenüber dem Sparkassenfons zur Absicherung des vom Sparkassenfonds Steyr dem Trägerverein zur Förderung und Erhaltung der Fachschule für Altendienste und Pflegehilfe gewährten Darlehens in Höhe von EUR 165.540,-- entsprechend dem beigeschlossenen Vertragsentwurf zugestimmt. Weiters wird die Mitunterfertigung der ebenfalls beigeschlossenen Darlehensvereinbarung zwischen dem Trägerverein und dem Sparkassenfonds genehmigt. (Beilage)

Ich bitte diesem Antrag die Zustimmung zu erteilen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ich komme zum Punkt 4), da geht es um den Bericht Kontrolle und Revision.

4) Rp 1/06
Kontrolle und Revision; Jahresbericht 2006 gem. § 39 Abs. 3 StS.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der von der FA Kontrolle und Revision vorgelegte Jahresbericht für 2006 wird gem. § 39 Abs. 3 StS zur Kenntnis genommen. (Beilage)

Ich bitte, den vorliegenden Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Wünscht dazu jemand das Wort? Herr Kollege Apfelthaler bitte.

GEMEINDERAT
KURT APFELTHALER:
Wertes Präsidium, meine Damen und Herren. So wie alle Jahre wieder, möchte ich mich von dieser Stelle aus sehr herzlich bei der Kontroll- und Arbeitstätigkeit dieser Abteilung bedanken und möchte auch um zwei Dinge bitten. Sie können ja am Jahresbericht ablesen, dass hier sehr viele interessante Details zu vermerken sind, sehr viele Details, die hier die Kontrollabteilung sozusagen aufwirft und auch in Frage stellt, die diversen Vorgangsweisen hier im Amt. Das ist auch gut so, das ist im Grunde genommen auch nichts Böses, weil man ja versucht, bestimmte Strukturen, oder bestimmte Abläufe zu optimieren. Was mir in den Jahren, wo ich jetzt Vorsitzender dieses Ausschusses bin, aber auffällt, das ist das, dass sozusagen von den einzelnen Abteilungen, wo man halt Abgänge optimieren könnte, Abläufe optimieren könnte, oft kaum bis wenig Echo zurückkommt. Das heißt, die Abteilung macht hier Vorschläge, wie man bestimmte Dinge optimieren, besser machen könnte, das was zurückkommt ist eher gering bis gar nichts. Das ist nicht überall so, aber es kommt oft vor. Wir haben jetzt versucht, speziell in den letzten Sitzungen, ein Papier zu erarbeiten, wo diverse Vorschläge dieser Abteilung angeführt werden, und wo über den Ablauf eines Jahres, oder eines halben Jahres evaluiert wird, was denn jetzt aus den Vor-

schlägen des Kontrollamtes geworden ist. Das ist einmal ein erster Versuch, weil in manchen Dingen nützt wahrscheinlich gutes Zureden oder gutes Zuschreiben nichts. Also, ich bitte, Punkt a) nicht nur hier im Amt zur Kenntnis zu nehmen, dass wir hier versuchen, bestimmte Abläufe zu optimieren und versuchen, hier Vorschläge für eine Verbesserung zu machen, sondern ich bitte auch darum, dass diese Verbesserungen auch angenommen werden. Weil sonst sind wir in einem halben Jahr, oder in einem Jahr wieder dort, dass wir genau die gleiche Forderung wieder stellen müssen, weil nichts geschieht. Das soll nicht so sein, wiewohl ich glaube, dass wenn mich wer „kritisiert“, dann kann ich das als Belästigung oder als guten Vorschlag annehmen. Nehmens sie es als letzteres, als guten Vorschlag, dass man etwas besser machen könnte. Zweiter Punkt, der Magistrat Steyr hat ungefähr an die 1.000 Beschäftigte und wir haben eine Kontrollabteilung, die sich in nächster Zeit wahrscheinlich personell verändern wird. Es sind hier Pensionierungen, oder vorzeitige Pensionierungen angesprochen, es ist hier auch ein personeller Wechsel im Sekretariat angesprochen, der mittlerweile schon stattgefunden hat und wenn man alles zusammenzählt, ich will jetzt hier nicht die genaue Anzahl sagen, aber es fällt trotzdem auf, dass andere Städte mehr Personal, mehr Zeit und damit auch mehr Output produzieren können, als wir hier in der Stadt Steyr. Ich denke mir, das sollte uns zu denken geben. Es geht ja letzten Endes auch darum, dass wir hier gut arbeiten und Fehler passieren überall, das ist im Grunde genommen nichts Schlechtes, außer man tut es vorsätzlich, aber eine Kontroll- und Revisionsabteilung hat ja die Aufgabe, dass wir in Zukunft auch besser arbeiten können und hat auch die Aufgabe, hier Vorschläge zu machen. Und wenn hier personell gespart wird, ich stelle das jetzt einmal so in den Raum, dann ist das nichts Gutes für alle, weder für die Beamten, die Vertragsbediensteten, noch am allerwenigsten für die Politik und ich appelliere an sie, personell diese Abteilung auch so auszustatten, dass diese Abteilung auch ein ordentliches Output liefert. Was verstehe ich unter einem ordentlichen Output? Sie können es lesen, ich kann mich erinnern, dass in der vorigen Legislaturperiode die Berichte dicker waren, da waren weitaus mehr Prüfungsergebnisse drinnen und jetzt haben wir weniger. Aber das ist nicht die Schuld der Abteilung, sondern das kommt auch davon, dass die Abteilung einfach diesen Arbeitsaufwand nicht mehr bewältigen kann und wenn sie es nicht bewältigen kann, liegen viele Dinge wahrscheinlich in der Schublade. Das ist aber auch nicht gut, ich denke mir, dass das durchaus aufgearbeitet gehört, das wäre in unser aller Interesse und wenn wer prüft, heißt das noch lange nicht, dass er lästig ist, oder sonst irgendetwas. Also, ich bitte noch einmal darum, schauen wir uns das bitte noch einmal personell an, statten wir unsere Abteilungen so aus, dass sie auch gut arbeiten können, in anderen Abteilungen passiert das übrigens genauso, denn letzten Endes haben wir alles etwas davon, wenn Vorgänge hier im Haus ordentlich ablaufen können, weil von Mal zu Mal wer drüber schaut, ob das passt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Wünscht noch jemand das Wort? GR Payrleithner bitte.

GEMEINDERAT
HANS PAYRLEITHNER:
Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, wertes Präsidium, sehr geehrter Herr Bürgermeister. Der Kontrollausschuss ist im Statut als einer der wichtigsten Ausschüsse verankert, es sind aus diesem Grund ja auch alle Gemeinderäte – unabhängig der Größe der Frak-

tion – stimmberechtigt und man kann ihn auch nicht abschaffen. Also, ein wichtiges Instrument der Kontrolle, ich habe aber den Eindruck, dass der Stellenwert dieses Ausschusses in den letzten Jahren nicht mehr der ist, der ihm eigentlich zustehen würde. In Fortsetzung dessen, was der Kollege Vorsitzende, der Kurt Apfelthaler gemeint hat, bin ich vielleicht nicht ganz bei ihm, bei der Erkennung der Problematik, dass es am Personal liegt, sondern ich habe auch den Eindruck, dass man manches nicht in den Kontrollausschuss kommen lässt, weil es vielleicht politisch nicht opportun ist. Ein kleines Beispiel, wenn wir – bzw. im konkreten Fall unsere Fraktion im Kontrollausschuss die Überprüfung eines Vertrages verlangt hat und der mit der Begründung abgelehnt wird, dass wir das ohnedies auch mit meiner Stimme im Gemeinderat so beschlossen hätten und das sozusagen unumstößlich ist und dann nachher bei der Überprüfung des Vertrages feststellen, dass dem nicht so ist, dann frage ich mich schon, was das soll. Hofft man da, dass wir uns diese Verträge nach 6 bis 7 Jahren nicht mehr anschauen können, nicht mehr haben oder nicht mehr ausforschen können? Ich meine jetzt den Vertrag mit der Tiefgarage, Betreibungsgesellschaft am Wieserfeldplatz, das ist ja auch ein aktuelles Thema, die Herrschaften, die Bürger dieses Stadtteiles waren ja auch schon beim Herrn Bürgermeister, um dort ihren Unmut über die dortigen Zustände auszudrücken und es ist ihnen dort gesagt worden – und jetzt sind wir wieder beim Vertrag und beim Kontrollausschuss, dass die Parkzeiten in diesem Vertrag seinerzeit so beschlossen worden sind. Sprich vom Gemeinderat, unabhängig davon, dass unsere Fraktion damals diesem Vertrag nicht zugestimmt hat, sondern der von ÖVP und SPÖ beschlossen wurde. Aber darum geht es in erster Linie gar nicht, sondern in diesem Vertrag, siehe da, findet sich kein Satz über die Parkzeiten. Entweder gibt es da geheime Zusatzprotokolle, die man uns dann vorenthält, oder irgendwelche Schwindelzettel, die nachher dann dem Reichenpfader und seinerzeit dem Herrn Bürgermeister Leithenmayr hingelegt worden sind.

STADTRAT
WALTER OPPL:
Da hast du falsche Unterlagen, Hans.

GEMEINDERAT
HANS PAYRLEITHNER:
Wenn dem so ist, dann soll man das uns und auch den Leuten dort sagen. Ich hoffe er steht auch zu dem, nicht zu mir, nicht zu der Politik, sondern zu den Bürgern in Steyrdorf, denn der Herr Reichenpfader hat ja zu ihnen gesagt, er hat überhaupt kein Problem, dass man die Parkzeiten dort vereinheitlicht, was ja ein wesentlicher Wunsch der Gastronomie und der Leute in Steyrdorf ist.

Diskussion verschiedener Mandatare

GEMEINDERAT
HANS PAYRLEITHNER:
Bitte zeige mir dort die Parkzeiten. Also, ich glaube, im Interesse der Glaubwürdigkeit sollte man in diesem Ausschuss schon bei der Wahrheit bleiben und bei den Tatsachen bleiben und uns nicht für dumm verkaufen und glauben, dass wir dem nicht nachgehen. Wenn es andere oder zusätzliche Vereinbarungen gibt, dann soll man uns das auch sagen. Die Überprüfung dieses Vertrages ist nämlich unter diesem Hinweis bei der letzten Kontrollausschusssitzung abgelehnt worden. Also, das ist nicht gerade die faire und demokratiepolitisch richtige Art und Weise, wie man mit Mitgliedern im Kontrollausschuss umgeht. Diese Dinge sind ja noch nicht ausgestanden, ich habe ja gehört, sie waren auch

beim Herrn Bürgermeister und ich weiß nicht, wie das jetzt dort weitergeht, ...

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Da kann nichts weitergehen, da existiert ein Vertrag.

GEMEINDERAT
HANS PAYRLEITHNER:
... wenn der Herr Reichenpfader gesprächsbereit wäre und das kein Bestandteil dieses Vertrages ist, dann kann man das ja im Interesse dieser Leute dort draußen entsprechend regeln. So wie da jetzt offensichtlich umgegangen worden ist, finde ich das unfair.

Zwischenruf: Sie werden doch nicht glauben, dass wir aus Gaudi dort die Parkgebühren machen.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Wenn das nicht halten würde, dann hätten wir das dort doch schon längst abgeschafft.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Frau Kollegin Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Ich möchte mich auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Kontrollamtes bedanken, vor allem für ihre große Frustrationstoleranz, die sie mitunter aufbringen. Ich sitze jetzt lange genug im Kontrollausschuss, 10 Jahre, damals hat er noch Prüfungsausschuss geheißen, und ich merke schon, dass am Kontrollamt sehr viele Vorschläge eingebracht werden. Da geht es gar nicht darum, eine Abteilung schlecht zu machen, ganz im Gegenteil, sondern Einsparungsmöglichkeiten aufzuzeigen, Synergieeffekte aufzuzeigen und damit auch das möglich zu machen, dass man mit dem, was aufgrund dieser Vorschläge eingespart worden ist, anderes zu finanzieren. Nur was ich leider auch feststelle, ist dass das anscheinend von manchen Abteilungen im Haus nicht so geschätzt wird und deshalb diese Frustrationstoleranz, die diese Mitarbeiter mitbringen müssen, weil mitunter wird nicht einmal zurückgeschrieben. Der Kollege Apfelthaler hat es schon angesprochen, es wird manches einfach nicht realisiert, was das Kontrollamt vorschlägt. Da kann man noch geteilter Meinung sein und sagen, na gut, der Vorschlag lässt sich vielleicht nicht durchführen. Das kann ich in jedem einzelnen Fall nicht beurteilen, aber gar nicht zurückzuschreiben, nicht einmal zu ignorieren, oder eigentlich zu ignorieren, das halte ich für ein starkes Stück. Es gibt zahlreiche Fälle und ich erlebe das von Sitzung zu Sitzung immer wieder, wo einem das Kontrollamt sagt, ja da haben wir gar keine Rückmeldung von dieser Abteilung bekommen, oder wir haben nachgehakt und haben noch immer keine bekommen. Vielleicht sind auch deswegen, liebe Kurt, die Prüfberichte dünner geworden, weil mitunter das Amt schreibt, wir konnten das und das nicht überprüfen, weil wir bekamen die Unterlagen nicht, oder es gab keine Unterlagen, oder die Abteilung hat sich nicht gemeldet. Dann wird das natürlich auch ein bisschen dünner. Das finde ich wirklich eine Missachtung der Tätigkeit des Kontrollamtes und da würde ich mir wünschen, von politischer Seite, dass hier wirklich einmal – ich möchte nicht das Zitat wiedergeben, sonst fühlt sich wieder jemand angegriffen, was ich nicht möchte – aber wirklich von oberster politischer Spitze muss das im Haus klar sein, dass dem Kontrollamt geantwortet wird, und wenn es nur ein Schreiben ist, wir werden das überprüfen, können das derzeit nicht sagen, wie auch im-

mer. Aber nicht zurückzuschreiben, sich nicht zu melden, das würde sich heute kein Unternehmen trauen, das würde sich keiner in einem Non-profit-Unternehmen trauen, wenn ein Anliegen kommt, dann schreibt man zurück und selbst wenn man zu gegebenen Zeitpunkt noch keine Fakten hat, aber dieses Ignorieren gehört endlich einmal abgestellt. Was die personelle Aufstockung anbelangt, da weißt du, als Vorsitzender des Kontrollausschusses sicherlich mehr, ich würde mir auch wünschen, dass das Kontrollamt so gut ausgestattet ist, dass es auch dem Prüfauftrag nachkommen kann. Ich möchte es nur mit Bundesebene vergleichen, da weiß man, dass der Rechnungshof, der ja auch einiges an Personalkosten hat, auf jeden Fall ein vielfaches dessen einspart, was er an Personalkosten hat. Das heißt, jede Personaleinheit dort hinein, bringt wieder Einsparungspotential. Wir haben heute ja noch einen Antrag auf der Tagesordnung, Nr. 16 glaube ich, wo aufgrund dessen, dass das Kontrollamt hier Verträge überprüft hat, aufgrund des Antrages von einzelnen Gemeinderäten hier herinnen, tatsächlich ein enormes Einsparungspotential herausgefiltert wurde, ohne dass jetzt Leistungen schlechter werden, oder dass jetzt irgendjemand angegriffen wird. Also, wie gesagt, danke an die Abteilung. Was ich noch loswerden möchte – und das ist etwas, was leider auch Einzug gehalten hat, nicht nur dass mitunter Prüfanträge ins Lächerliche gezogen werden, oder eher so ein bisschen verhindert werden, sondern auch, dass man inzwischen als Mandatar begründen muss oder soll, warum man einen Antrag stellt. So nach dem Motto, ja warum wollen sie denn das wissen, oder wozu braucht man dieses Wissen. Ich denke mir, als gewählter Mandatar dieser Stadt, hat jeder das Recht, der in diesem Ausschuss sitzt, einen Prüfauftrag zu formulieren, man kann dann dagegen stimmen, aber dass er auch noch gegenüber dem Beamten artikulieren muss, warum er das jetzt wissen muss, das geht wirklich zu weit.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Wünscht noch jemand das Wort?

STADTRAT
WALTER OPPL:
Nur eine kurze Richtigstellung, du hast offensichtlich nicht die aktuellsten Unterlagen von der Sitzung, weil es hat da einen gemeinsamen Abänderungsantrag gegeben, unterschrieben von den Grünen, von den Freiheitlichen, von der ÖVP und von der SPÖ und da steht eindeutig unter Punkt 6) – ich habe ihn dir markiert – diese Parkplätze im Bereich Gleinker Gasse, Schuhbodengasse, sowie die zum Zeitpunkt des Vertragsabschlußes bestehenden Parkplätze in der Sierninger Straße, Mittere Gasse werden als Kurzparkzone mit einer Parkdauer von 30 Minuten eingerichtet, wobei als Kurzparkzeit wochentags von 08.00 Uhr bis 20.00 Uhr festgelegt wird. Sollten die Kurzparkzeiten wochentags nicht bis 20.00 Uhr verlängert werden, dürfen auch die zugestandenen Parkplätze in der Gleinker Gasse, Schuhbodengasse nicht eingerichtet werden. Und zwar hat es da am Vortag noch eine Bürgerversammlung gegeben, wo die ursprüngliche Formulierung, die du jetzt vorgetragen hast, in diesem Sinne abgeändert worden ist und das ist dann ein gemeinsamer Abänderungsantrag gewesen, der mit einer Stimmenthaltung, oder Gegenstimme, Michaela, das weiß ich jetzt nicht genau, sonst vom Gemeinderat einstimmig von allen Fraktionen beschlossen worden ist. Das möchte ich richtigkeitshalber jetzt hier feststellen. Du hast wirklich die alten Unterlagen.

GEMEINDERAT
HANS PAYRLEITHNER:
Welches Datum hat der Vertrag?

STADTRAT
WALTER OPPL:
Das ist der Vertrag, der in der Gemeinderatssitzung am 11. Mai 2000 angenommen wurde.

GEMEINDERAT
GERALD HACKL:
Soviel zu den Beschuldigungen.

STADTRAT
WALTER OPPL:
Mit dem Abänderungsantrag. Da hast du die ursprünglichen Unterlagen. Was Recht ist, ist Recht, diese Unterlagen haben wir als Mandatare alle zur Verfügung gehabt. Das sind keine Geheimnisse, denn alle, die wir damals hier herinnen gesessen sind, haben das so beschlossen und haben diese Unterlagen auch so gehabt.

GEMEINDERAT
GERALD HACKL:
Und wos sogt ma jetzt?

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Kollege Apfelthaler bitte.

GEMEINDERAT
KURT APFELTHALER:
Es hätte mich eh gewundert, der damalige Verkehrsminister war ja der Herr Dr. Pfeil, der hätte ...

STADTRÄTIN
INGRID WEIXLBERGER:
Minister war er nicht!

GEMEINDERAT
KURT APFELTHALER:
Das ist ja egal, aber da herinnen hat er sich manchmal so aufgeführt. Ich hätte mir auch nicht vorstellen können, dass die Fraktion da dagegen stimmt. Nur noch eine Richtigstellung, liebe Michaela Frech, also bei mir brauchst du einen Antrag nicht begründen.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Ich habe nicht gesagt bei dir, ich habe gesagt, bei der Beamtenschaft.

GEMEINDERAT
KURT APFELTHALER:
Ach so, du hast es nämlich so dargestellt, du hast gesagt, seit neuestem muss man jetzt einen Antrag begründen, gegen das verwehr ich mich nämlich auf alle Fälle.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Gut, sie hat eh gesagt, von der Beamtenschaft.
Gibt es noch eine Wortmeldung? Schlusswort bitte.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ja, ich kann mir das relativ leicht machen. Die Frustrationsschwelle im Kontrollamt, ich habe nicht den Eindruck, Helmut, dass du recht frustriert bist, du schaust für mich recht locker aus und ich habe nicht den Eindruck, dass da eine recht große Frustrationsschwelle da ist. Wenn es allerdings um das geht, dass Reaktionen auf deine Vorschläge nicht so kommen, wie es gewünscht wäre, dann hätte ich auch die Bitte, das muss ich wirklich sagen, dass man wirklich auch entsprechend deiner Empfehlungen Maßnahmen trifft. Das ist für mich wirklich ein schlechter Stil, wenn das nicht gemacht werden sollte.

GEMEINDERAT
KURT APFELTHALER:
Du bekommst eh die Amtsberichte.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ja, ich bekomme sie eh, aber bei mir war noch nie jemand beschweren, der gesagt hat, die Vorschläge werden nicht umgesetzt.

GEMEINDERAT
KURT APFELTHALER:
Dann komme ich das nächste Mal.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Dann musst du das nächste Mal kommen.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Er meint, dass Unterlagen nicht herausgegeben werden.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Das weiß ich nicht, das habe ich noch nie gehört. Ich hätte nur die Bitte, dass man das ernst nimmt, Kontrolle ist wichtig und sollte auch gewissenhaft gemacht werden und es sollte dann auch gewissenhaft an dieser Verbesserung gearbeitet werden, weil es ja durchaus auch Kostenersparnisse sein könnten, die ganz wesentlich sind. Ich bin auch der Meinung, dass sich gerade in diesem Bereich Personal am meisten rechnet.
Ich ersuche um Abstimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Wir kommen zur Abstimmung, wer dafür ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ich komme zu meinem letzten Punkt, da geht es um die Verleihung der Ehrenbürgerwürde der Stadt Steyr an den Herrn Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer. Seit 12 Jahren ist Dr. Josef Pühringer Landeshauptmann in Oberösterreich, in Anerkennung seines Wirkens für das Land Oberösterreich und im Besonderen für die Stadt Steyr ist beabsichtigt, dass hier die Ernennung zum Ehrenbürger der Stadt Steyr vorzusehen ist. Ich möchte auch darauf hinweisen, dass der Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer für die Stadt bei vielen Projekten maßgeblich mitgewirkt hat, er ist ja Finanzreferent und hat sich für die Themen Großinvestitionen bei BMW, bei MAN, beim Landeskrankenhaus Steyr eingesetzt, dass das Landeskrankenhaus Steyr ein Schwerpunktkrankenhaus geworden ist, für das Thema Landesausstellung 1998 usw.

5) Präs-157/07
Verleihung der Ehrenbürgerwürde der Stadt Steyr an Herrn Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Büros des Bürgermeisters vom 22. Mai 2007 wird Herr Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer mit der Ehrenbürgerwürde gemäß § 5 Abs. 1, Stadtstatut Steyr, Lgb.-Nr. 9/1992 i.d.g.F. ausgezeichnet.

Die Eintragung im Ehrenbürgerbuch der Stadt Steyr hat wie folgt zu lauten:

„Die Ernennung zum Ehrenbürger der Stadt Steyr erfolgt in Anerkennung und Würdigung seiner außerordentlichen Verdienste um die Stadt Steyr als Landeshauptmann von Oberösterreich, im Besonderen für seine Bemühungen um die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt Steyr und für die Förderung vieler Projekte."

Ich ersuche, diesem Antrag die Zustimmung zu erteilen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Danke, wünscht dazu jemand das Wort? Das ist nicht der Fall, dann kommen wir gleich zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Wer ist dagegen? Wer übt Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme.
Ich übergebe dem Herrn Bürgermeister den Vorsitz.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Nächste Berichterstatterin ist die Frau Vizebürgermeisterin.

BE:VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
In meinem ersten Antrag geht es um den Jahresabschluss für das APM und natürlich im nächsten gleich für das APT. Im Verwaltungsausschuss am 11. Mai sind uns ja die Bilanzen präsentiert worden und es liegt ein ausführlicher Lage- und Kurzbericht bei, es ist hier alles sehr ausführlich beschrieben. Meine Damen und Herren, ich möchte auch hier die Gelegenheit wahrnehmen, um mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Münichholz und am Tabor herzlich für die gute Zusammenarbeit zu bedanken und kann sie nur ersuchen, dass sie weiterhin zum Wohle unserer älteren Generation so weiterarbeiten.

6) Fin-156/07
Alten- und Pflegeheim Münichholz – Jahresabschluss 2006.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Jahresabschluss 2006 des Alten- und Pflegeheimes Münichholz wird in der vorliegenden Form genehmigt.

Angenommen in der Sitzung des Verwaltungsausschusses vom 11. Mai 2007.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Auch nicht der Fall, einstimmige Annahme.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Der zweite Antrag betrifft den Jahresabschluss 2006 des Alten- und Pflegeheimes Tabor.

7) Fin-107/07
Alten- und Pflegeheim Tabor – Jahresabschluss 2006.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Jahresabschluss 2006 des Alten- und Pflegeheimes Tabor wird in der vorliegenden Form genehmigt.

Angenommen in der Sitzung des Verwaltungsausschusses vom 11. Mai 2007.

Auch hier ersuche ich um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Auch nicht der Fall, einstimmige Annahme.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Der nächste Punkt betrifft Maßnahmen zur Verlustabdeckung für das Jahr 2007 für das Alten- und Pflegeheim Tabor.

8) Fin-100/06
Maßnahmen zur Verlustbedeckung 2007.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Zur Liquiditätssicherung des Alten- und Pflegeheimes Tabor werden die im

Budget 2007 vorgesehenen Mittel zur Verlustbedeckung des o. H. bei der Voranschlagstelle 1/899000/759200 in Höhe von € 2.150.000,-- und des ao. H. bei der Voranschlagsstelle 5/899000/779000 in Höhe von € 290.000,-- grundsätzlich freigegeben. Die Auszahlung erfolgt in Teilbeträgen nach Notwendigkeit des Liquiditätsbedarfes in Abstimmung mit dem Geschäftsbereich für Finanzen.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von € 30.000,-- notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird, auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung, noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt werden.

Ich ersuche auch hier den hohen Gemeinderat um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen, Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Der nächste Punkt betrifft das GSS.

9) Fin-6/07
Gesundheits- und Sozialservice Steyr (GSS) – Subventionsansuchen 2007.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Sozial-, Senioren- und Familienservices vom 16. Mai 2007 wird dem Verein „Gesundheits- und Sozialservice Steyr“, vertreten durch die Vorstandsvorsitzende, Frau Doris Hagspiel, eine einmalige, außerordentliche Subvention für das Jahr 2007 in Höhe von

€ 108.397,70
(Euro einhundertachttausenddreihundertsiebenundneunzig 70)

gewährt.

Die hiefür erforderlichen Mittel werden bei der VASt. 1/429100/757100 V3/07 freigegeben.

Ich ersuche auch hier um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen, Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Der nächste Punkt betrifft die Anpassung der Klubbeiträge der Seniorenklubs.

10) VH-2/07
Anpassung der Klubbeiträge der Seniorenklubs der Stadt Steyr.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB VI, Fachabteilung Erwachsenenbildung, Dienststelle Volkshochschule vom 20. April 2007 werden die Klubbeiträge für die Seniorenklubs der Stadt Steyr entsprechend dem im zitierten Amtsbericht unterbreiteten Vorschlag ab dem Arbeitsjahr 2007/08 neu festgesetzt.

Da kann auch jeder nachschauen, der Jahresbeitrag für 2 Klubnachmittagen beträgt € 14,-- und bei 3 Klubnachmittagen pro Wochen wären es € 21,--.
Ich ersuche auch hier um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? 5 (4 ÖVP, 1 Bürgerforum). Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

Ich danke der Berichterstatterin, nächster Berichterstatter ist der Herr Vzbgm. Gerhard Bremm.

BE:VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Hier geht es um die Erneuerung des Physik- und Chemiesaales in der HS Promenade.

11) GHJ2-36/07
Erneuerung des Physik- und Chemiesaales – Hauptschule Promenade.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 16. 05. 2007 wird den Auftragsvergaben für die Erneuerung des Physik- und Chemiesaales in der Hauptschule Promenade, Promenade 16, an die

Fa. Mayr, Scharnstein – Mobiliar und Experimentiereinheiten
€ 67.588,82 inkl. USt.
Fa. Seywaltner, Steyr – Malerarbeiten
€ 4.981,16 inkl. USt.
Fa. Mitterhuemer, Steyr - Elektroarbeiten
€ 2.500,-- inkl. USt.
Fa. Wieshofer, Steyr – Parkettboden schleifen
€ 2.000,-- inkl. USt.

zugestimmt.

Zur finanziellen Bedeckung zur Durchführung dieser Erneuerung wird der Mittelfreigabe von

€ 77.100,-- inkl. USt.
(siebenundsiebzigtausendeinhundert)
bei der VA-Stelle 5/212000/010000
(Hauptschulen Gebäude)

zugestimmt.

Es ist sehr kostspielig, aber es ist eine sehr dringende Investition und ich ersuchen den Gemeinderat um die Zustimmung.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Auch nicht der Fall, einstimmige Annahme.
Ich danke dem Berichterstatter, nächster Berichterstatter ist der Herr StR Gunter Mayrhofer.

BE:STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Ich darf fortfahren bei den dringlichen, aber kostspieligen Anträgen und darf beginnen; Neubau der Gehsteigkonstruktion Hoferberg.

12) BauStr-8/07
Hoferberg; Neubau der Gehsteigkonstruktion;
Dringlichkeitsbeschluss.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 3. Mai 2007 wird der Vergabe der Baumeisterarbeiten zur erforderlichen Erneuerung der Gehsteigkonstruktion am Hoferberg – Christkindlweg – in Höhe von Euro 83.198,90 an die Fa. Alpine - Mayreder, Steyr, sowie der Vergabe der Schlosserarbeiten für die Geländerherstellung im Ausmaß von EURO 19.483,20 an die Fa. Schöfbenker Stahlbau, Laakirchen, zugestimmt.

Die erforderlichen Mittel im Gesamtausmaß von EURO 102.700,-- werden bei der vorgesehenen VSt.

5/612100/002210 „Fuß- und Radwege; Hangsicherung – V1/07“ freigegeben.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat Steyr gemäß § 47 Abs. 5 StS 1992 zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich ersuche um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Beim nächsten Punkt geht es um die Randbalkeninstandsetzung bei der Zieglerbrücke. Wir haben voriges Jahr die eine Seite gemacht, jetzt die zweite.

13) BauBrü-2/07
Zieglerbrücke; Randbalkeninstandsetzung 1. BA; Vergabe.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes des GB III, FA Tiefbau, vom 4. Juni 2007 wird der Vergabe des 1. Bauabschnittes der Randbalkeninstandsetzung an der Zieglerbrücke und Sanierung der anschließenden Mauerkrone im Ausmaß von EURO 76.379,71 an die Fa. Alpine-Mayreder, Linz, zugestimmt.

Die Freigabe der Mittel im Gesamtausmaß von EURO 76.400,-- erfolgt bei der vorgesehenen VSt. 5/612000/002270 „ Gemeindestraßen; Straßenbau Brückenerhaltung“.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von EURO 74.000,-- notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

Ich ersuche um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen, Stimmenthaltungen? Auch nicht der Fall, einstimmige Annahme.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Der nächste Punkt, ein kostspieliger Punkt, Sanierung Münichholz. Wir wissen alle, der Straßenzustand ist höchst sanierungsbedürftig.

14) BauStr-5/07
Sanierung Münichholz 2007;
1. Derflingerstraße
2. Rohrauerstrasse
3. Prinzstraße – BA 1;
Dringlichkeitsbeschluss.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 31. Mai 2007 wird der Auftragsvergabe der Sanierung Münichholz 2007 für die Bauvorhaben Derflingerstraße, Rohrauerstrasse, Prinzstraße BA 1 (Schuhmeierstraße bis Leharstraße) samt Gehsteigabsenkungen und Beleuchtungsbau wie folgt zugestimmt:

Vergabevorschlag – Auftragnehmer – Errichtung/Finanzierung – Betrag in EUR inkl. MWSt.

1. Münichholz 2007 – Lang & Menhofer, Linz – 2007 – 297.408,49
2. ergänzende Maßnahmen – Lang & Menhofer, Linz – 2007 – 28.591,51

3. Transporte und Dienstleistungen – FA für komm. Dienste – 2007 – 15.000,--
4. Bodenmarkierung und VZ – FA für komm. Dienste – 2007 – 5.000,--
5. Bepflanzung und Rekultivierungen – Stadtgärtnerei und div. Lieferanten – 2007 – 2.000,--
6. Steinsanierung und Granitsteinankauf – div. Granitsteinlieferanten – 2007 – 12.000,--

Gesamt: 360.000,--

Die erforderlichen Mittel in Höhe von EUR 360.000,-- inkl. MWSt. sind wie folgt zu finanzieren:

Budget – Betreff – Voranschlagstelle – Betrag

2007 – Gemeindestraßen – Sanierung Münichholz 2007 – 5/612000/002000 – EUR 150.000,--

2008 – Gemeindestraßen – Sanierung Münichholz 2007 – 5/612000/002000 – EUR 210.000,--

Gesamt: EUR 360.000,--

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von EUR 150.000,-- notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibund noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

Wegen DRINGLICHKEIT wird der Magistrat Steyr gemäß § 47 Abs. 5 StS 2005 zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu Wortmeldungen?

Zwischenruf: Ja!

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Gegen Münichholz?

GEMEINDERAT
MAG. ERWIN SCHUSTER:
Nein. Geschätztes Präsidium. Etwas verwunderlich, wir bejammern, die hohen Sozialausgaben für Kinder, wir bejammern die Situation im Museum, wir bejammern den angeblich steigenden Schuldenstand und dann geben wir jetzt, ohne Wortmeldung, Euro 535.100,-- für Randbalkeninstandsetzung, Gehsteigkonstruktion usw. aus und da erhebt sich für mich ganz persönlich die Frage, vielleicht hätte das eine oder andere nicht doch ein bisschen warten können und wir hätten das Geld eben für vielleicht Wichtigeres verwenden können, sei es für das Museum oder für soziale Zwecke. Also, da glaube ich, müssten wir einmal grundsätzlich bei der Budgeterstellung doch ein bisschen schauen, weil es fällt mir schon bei den letzten Gemeinderatssitzungen auf, wenn der StR Mayrhofer das bringt, das geht einfach vorbei und das sind doch Millionen von Schillingen oder Hunderttausende von Euro. Nur eine Anregung zur Überlegung und eines möchte ich auch noch zum Herrn GR Hack sagen: Ich war bei dieser Begehung entschuldigt, ich brauche mich bei Ihnen nicht entschuldigen, das müssen Sie zur Kenntnis nehmen, weil da sind Sie mir zu gering, dass ich mich bei Ihnen entschuldige.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Frau GR Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Ich tu mich jetzt et-

was schwer, nach dieser emotionalen Komponente, jetzt weiter zu reden, aber das weiß man ja vorher nicht. Ich glaube, ein Punkt warum es so ist, dass man bei den Straßensanierungen weniger diskutieren, ist einfach jener, dass jeder von uns herinnen weiß, denke ich mir, dass eine rechtzeitige Sanierung immer günstiger kommt, als zu warten bis es noch tiefer und tiefer hineingeht und man dann den Unterboden neu machen muss oder sonst etwas. Ich bin kein Bauexperte, aber ich sitze lange genug da herinnen, dass ich mir das alles von den Fachleuten angehört habe und ich habe noch keinen kennen gelernt, inklusive Kontrollamt und sonstiges, die gesagt hätten, warten wir noch zu, es kommt dann billiger, sondern je länger man wartet, desto teurer wird es. Und ich glaube, deshalb ist auch die Bereitschaft hier herinnen relativ hoch, ohne große Wortmeldungen diese Bauvorhaben des Referenten zu unterstützen. Wobei man im Einzelfall, da gebe ich schon Recht, durchaus mal darüber diskutieren könnte, aber auf der anderen Seite muss ich sagen, mein Paradebeispiel ist der Leitnerberg, da haben wir 10 oder 12 Jahre gewartet, bis es dann endlich mal soweit war, darum freue ich mich eher, wenn man bei der Straßensanierung rechtzeitig rangeht. Was noch wichtig wäre, und da schließt sich für mich der Kreis, wirklich eine Vergabe an jene Firmen immer so zu machen, dass wirklich Kostengünstigkeit usw. gewahrt sind. Ich darf mich dazu ja weniger äußern, weil das wäre eine Verletzung des Geheimnisses im Prüfungsausschuss, aber nur soviel, ich ziehe in Zweifel – und nicht nur ich – ob die Vergabeordnung in der Stadt Steyr wirklich immer eingehalten wird, was durchaus mitunter zum Nachteil der Stadt führen könnte.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es noch eine Wortmeldung? Keine, Schlusswort bitte.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Ja, ich wollte eigentlich nur fragen, ob noch irgendjemand etwas zum Gewicht vom Herrn Hack sagen möchte, weil es kann sich ja nur auf das Gewicht bezogen haben, die Wortmeldung des Kollegen Schuster, der sehr lange gebraucht hat, bis er eine Antwort gefunden hat. Zu dem Thema, zu dem ich eigentlich heraußen stehe, möchte ich schon eines dazu sagen, die Sanierungen der Straßen wurden in den letzten 10 Jahren auf fast die Hälfte reduziert. Mit den Ergebnissen sind wir tagtäglich konfrontiert, der Straßenzustand wird von Jahr zu Jahr schlechter. Mit dem, was wir dafür Geld ausgeben, können wir den derzeitigen Zustand der Straßen nicht erhalten. Ich sage das ganz bewusst so, und da möchte ich jetzt beim Kontrollamt anschließen, eine späte Sanierung bedeutet eine Generalsanierung, das heißt, wir geben mehr Geld aus, als nur notwendig. Ich beuge mich in diesem Fall ganz einfach den Mehrheitsbeschlüssen, ich kann es nicht ändern, ich kann es nur aufzeigen, ich kann vorschlagen und kann ordnungsgemäß arbeiten, und ich glaube, das tue ich. Auch eine Prioritätenreihung, welche Straße zuerst gemacht wird, erfolgt aber ausschließlich nach der Notwendigkeit und ausführlicher Diskussion. Das heißt, ich kann mich nicht erinnern, dass das Kulturbudget in den letzten 10 Jahren halbiert wurde.
Ich ersuche um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Wir kommen zur Abstimmung. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme. Ich danke dem Berichterstatter, nächster Berichterstatter ist Herr StR Walter Oppl.

BE:STADTRAT
WALTER OPPL:
Ja, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, bei meinem ersten Antrag geht es um den Abschluss eines Vertragsnachtrages mit dem Österreichischen Wachdienst bezüglich der Überwachung des ruhenden Verkehrs in Steyr. Es gibt eigentlich zwei Hauptgründe für diese Abänderung. Die eine war einmal ein kritischer Bericht unseres Kontrollamtes bezüglich der hohen Kosten und zum Zweiten war es der Anlassfall mit der Einführung des Bewohnerparkens im Wehrgraben. In diesem Zusammenhang, nachdem die Polizei bereit war, dem Wachdienst die Ermächtigung zu erteilen, auch den nichtvergebührten, ruhenden Verkehr mit zu überwachen, dass Verhandlungen mit dem Wachdienst aufgenommen worden sind, bezüglich einer Vertragsänderung, mit dem Ergebnis, dass wir es geschafft haben – und bei dieser Gelegenheit möchte ich mich wirklich bei allen beteiligten Beamten und Beamtinnen, die da mitgewirkt haben, recht herzlich bedanken – von einem vereinbarten monatlichen Honorar auf Monatsstunden umgestiegen sind und es dadurch zu einer monatlichen Einsparung von rund 16.000,-- Euro kommen wird. Das sind schlussendlich im Jahr € 192.000,--, was wir hinkünftig dem Wachdienst weniger bezahlen müssen, das wirkt sich heuer für uns noch mit rund € 100.000,-- positiv aus, und mit dem Ergebnis, dass es durch die Flexibilisierung der Einsatzkräfte möglich ist, dass es zu einer keinen Reduktion der Einnahmen kommt, aber auch zu keiner Steigerung. Also, wir steigen da kostenneutral aus, haben aber den großen Vorteil, dass wir mehr oder weniger eine Ordnung in unsere Straßenverkehrsordnung hineinbringen.

15) VerkR-5629/92
Abschluss des Vertragsnachtrages mit dem Österreichischen Wachdienst Chwoyka & Co KG über die Überwachung des ruhenden Verkehrs in Steyr.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 26.04.2007 wird dem Abschluss des 4. Nachtrages zum Vertrag vom 15.01.1996 mit dem Österreichischen Wachdienst Chwoyka & Co KG, 4020 Linz, Bürgerstraße 50, zur Überwachung der gebührenpflichtigen Kurzparkzonen und des ruhenden Verkehrs im Gebiet der Stadt Steyr entsprechend dem beigeschlossenen Vertragsentwurf zugestimmt.

Ich bitte daher um Diskussion bzw. Zustimmung.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
GR Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Ich bin sehr froh, dass wir im Kontrollausschuss hartnäckig geblieben sind, weil das Kontrollamt hat ursprünglich einfach die Kostensituation aufgezeigt, die uns über den Wachdienst entsteht und dann war natürlich die Diskussion in der Runde, könnte man nicht auch einmal schauen, hier nach zu verhandeln usw. Ich kann mich erinnern, da war zuerst die Abwägung, na ja, das ist ja ein Vertrag und da kann man nicht plötzlich etwas ändern, aber es gäbe ja auch andere Anbieter. Inzwischen ist ja der Wachdienst nicht mehr ein konzessioniertes Gewerbe, sondern ein reglementiertes, das heißt, es könnte auch durchaus andere Bewerber geben und das hat schließlich zu dieser Kosteneinsparung geführt. Der Kollege Oppl hat es ja schon richtig gesagt, € 192.000,-- pro

Jahr, bei gleicher Leistung. Das heißt, wir hätten diese € 192.000,-- pro Jahr auch schon viel früher einsparen können. Nur wir haben es nicht gemacht, weil einfach ursprünglich ein Vertrag beschlossen worden ist – und jetzt kann man sagen, über Vergangenes zu jammern bringt nicht viel, aber ich sehe es ja auch oft bei neuen Verträgen, wir überlegen uns als Stadt Steyr – heute war erst wieder der Vertrag mit der Garage, mit der Parkraumzeit usw. ein Thema, wir überlegen uns viel zu wenig bei Verträgen, die Interessen der Stadt und der Bürger zu wahren. Wir geben oft viel zu leicht den Interessen des Vertragspartners nach und sagen, der hat sich das so vorgestellt, oder wir überlegen uns nicht, wie das in der Praxis ausschaut. In dem Fall ist die Einsparung von den € 192.000,-- relativ leicht erklärt, weil man ursprünglich im Vertrag drinnen gehabt hat, dass in jedem Stadtteil, oder in jeder dieser Kurzparkzonen, die überprüft werden müssen, mindestens während der Zeiten eine Personaleinheit da sein muss, egal ob viel Betrieb ist oder weniger. Jetzt hingegen hat man das flexibilisiert, das heißt, einer kann auch mehrere Gebiete mitbetreuen. Wir haben in unserem Vertrag aber ursprünglich reingenommen, es muss immer mindestens einer da sein und das hat dazu geführt, dass die halt zum Teil ein bisschen unterbeschäftigt waren bzw. mehr Personal da war, als man gebraucht hätte. Deshalb auch die Geschichte, dass es nicht zu Einnahmenreduktionen kommen wird, die Kontrolle wird die Gleiche sein. Wie gesagt, das hätten wir früher schon machen können und wenn ich mir heute die Diskussion so anhöre, wo es uns überall so an Geld fehlt, € 192.000,--. Da brauche ich nur ans Heimathaus denken, oder im Kulturbudget überhaupt, der Kollege Spanring hat ja zuerst schon gesagt, wenn man uns im Kulturbereich halbiert, dann haben wir gar nichts mehr und damit hat er es gut auf den Punkt gebracht. Eine Frage stelle ich mir aber schon und die ist aus dem Amtsbericht, das habe ich nicht ganz verstanden. Der Wachdienst kontrolliert ja den ruhenden Verkehr und wenn dann aber im Amtsbericht drinnen steht, dass wir jetzt bei den Zeiten flexibel sind, also ich glaube, 3 oder 5 % Mehrzeit zum gleichen Tarif, wird der Wachdienst machen, dann steht drinnen, kein Problem, weil mehr Kontrollen zu bestimmten Zeiten (Schulbeginn) aus Gründen der Verkehrssicherheit besonders zu kontrollieren. Ist das jetzt wirklich aus Gründen der Verkehrssicherheit, oder ist das aus Gründen, um mehr Einnahmen zu bekommen? Das möchte ich jetzt nur gerne erklärt haben.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Das ist immer aus Gründen der Verkehrssicherheit. Herr GR Hack bitte.

Unverständlicher Zwischenruf von Vzbgm. Gerhard Bremm.

GEMEINDERAT
ING. WOLFGANG HACK:
Sei nicht so wehleidig!

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Sie haben ja auch geschossen, oder?

GEMEINDERAT
ING. WOLFGANG HACK:
Was war da geschossen?

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Sie haben gesagt, ich war unentschuldigt nicht da.

GEMEINDERAT
ING. WOLFGANG HACK:
Ich habe den Herrn Mag. Zineder gefragt, wo er ist, da hat er gesagt, das weiß er nicht, er ist nicht da, egal.

Geschätzte Damen und Herren, ich bin mit der ganzen Sache nicht glücklich, weil in Wirklichkeit ist es eine Schröpfaktion.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Das habe ich mir wieder gedacht.

GEMEINDERAT
ING. WOLFGANG HACK:
Die Steyrer Bevölkerung wird wieder einmal zur Kassa gebeten, es ist nicht wirklich eine Einsparung, sondern es ist eine Ausweitung des Gebietes und da würde ich eigentlich im Sinne des Finanzreferenten vorschlagen, warum machen wir es nur in der Innenstadt, machen wir es in ganz Steyr. Der ruhende Verkehr ist in ganz Steyr, die gleichen Parkplatzprobleme gibt es in Münichholz, nur da wollen wir das Problem anders lösen, wir betonieren die Höfe zu, stellen die Autos hinein und dann gibt es keine Gefahr. In der Innenstadt haben wir das Parkplatzproblem unbestritten, da machen wir keine Parkgarage, da strafen wir sie. Also, Steyrdorf, Ennsdorf wird bezahlt, wird überwacht, dass ...

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Münichholz wird auch gestraft!

GEMEINDERAT
ING. WOLFGANG HACK:
Wird überwacht, dass es anders nicht mehr geht und Münichholz, oder auf der Ennsleite, wo die gleichen Parkprobleme sind ...

Unverständlicher Zwischenruf von Bgm. Ing. David Forstenlechner

GEMEINDERAT
ING. WOLFGANG HACK:
Nein, ich würde es auf ganz Steyr ausdehnen, wenn schon Gerechtigkeit, dann im Sinne der Gerechtigkeit und der Finanzminister der Stadt Steyr würde sich freuen, dann müsste man das auch im Sinne der Gleichheit auf ganz Steyr ausdehnen, denn warum nur da und dort nicht.

Diskussion verschiedener Mandatare

GEMEINDERAT
ING. WOLFGANG HACK:
Nein, der ruhende Verkehr ist nicht nur die blaue Zone. Also, ich würde dann beantragen, dass man das in ganz Steyr flächendeckend macht, denn dann cashen wir noch mehr ab, dann können wir vielleicht unser Budget sanieren. Aber warum nur in Steyrdorf, Ennsdorf und warum es nur in der Innenstadt gemacht wird, das verstehe ich nicht. Ihr seid ja Sozialdemokraten und für alle gleich da, aber bei euch unten macht ihr es nicht und bei uns macht ihr es schon. Also das sehe ich nicht ein.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Jetzt auf einmal kommt er drauf, jetzt hat er auf einmal sein Herz für Münichholz entdeckt, da zerreißt es mich ja doch fast.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Jetzt wird es aber schon ziemlich tief. Herr GR Payrleithner bitte.

GEMEINDERAT
HANS PAYRLEITHNER:
Werte Kolleginnen, werte Kollegen, keine Angst, das ist kein neuer Vertrag, kein neues Abstimmungsergebnis, ich nehme zur Kenntnis, dass es noch einen zusätzlichen Antrag an den Gemeinderat gegeben hat, den ich nicht gehabt habe. Das ist so, ich nehme das natürlich zur Kenntnis und das hat schon seine Richtigkeit, ich habe nur den gehabt. Die Problematik selber, darum habe ich mich jetzt noch einmal zu Wort gemeldet, bleibt aber

trotzdem bestehen, Herr Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Nein, die bleibt nicht da, das ist ein Vertrag.

GEMEINDERAT
HANS PAYRLEITHNER:
Nein, die Problematik in Steyrdorf und das Anliegen der Leute dort. Das ist ja nicht das Anliegen von 2, 3 Leuten, wir haben schon öfters etwas geändert. Wir haben vor kurzem am Stadtplatz auch die Parkzeiten wieder einmal geändert, weil halt der Wunsch wieder einmal anders war, als vor 2 Jahren. Warum kann man nicht auch wo anders ein bisschen flexibel und beweglich sein, letztendlich sind wir da, dass wir durchaus auch den Wünschen der Bürger entgegenkommen, das ist halt auch ein Teil der Politik und wenn das dort oben nicht nur 2 Leute sondern 200 Leute wollen, dann sollen wir uns mit dem auseinandersetzen und das ist gelebte Politik und nicht dass die Mehrheit sagt, das ist uns egal, also so kann es nicht gehen. Sie waren ja eh bei dir und haben ihr Anliegen deponiert ...

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Weißt du was der Herr Reichenpfader gesagt hat? „Das kommt nicht in Frage!“

GEMEINDERAT
HANS PAYRLEITHNER:
Dort oben hat er aber was anderes gesagt, das sollte man auch einmal klarstellen. Zum Wachdienst selber, wird der Kollege Eichhübl noch einmal etwas sagen. Aber vielleicht, um einmal festzustellen, der Wachdienst ist inzwischen immer und überall, es ist ja interessant, sogar die Steyrer Industriebetriebe greifen jetzt schon auf den Wachdienst zurück. Früher haben sie einen eigenen Werkschutz gehabt und jetzt werden die Mitarbeiter auf den Parkplätzen von den Wachbetrieben terrorisiert – hätte ich jetzt fast gesagt – mit Radklammern usw. Also, wo das alles einmal enden wird, das ist - glaube ich – auch nicht in unserem Sinne.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Roman bitte.

GEMEINDERAT
ROMAN EICHHÜBL:
Frau Vizebürgermeister, werte Herrn Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates. Ich habe mich jetzt hauptsächlich deswegen zu Wort gemeldet, weil ich die Begründung für eine ablehnende Haltung vonseiten der ÖVP – vorgetragen durch Herrn Kollegen Hack – einfach nicht nachvollziehen kann, wenn er hier von einer Schröpfungsaktion spricht, denn es wäre ja schön, wenn es so wäre, dass die Verkehrsteilnehmer – egal ob es den ruhenden oder den fließenden Verkehr betrifft – die Verkehrsvorschriften einhalten würden, ohne Kontrolle. Das spielt es in der Praxis leider nicht, denn es zeigt sehr eindeutig, dass Geschwindigkeitsübertretungen, Parkzeiteinhaltungen nur dann – in den meisten Fällen und auch da nicht immer – nachvollzogen werden, wenn man kontrolliert. Es ist daher die Kontrolle absolut erforderlich, so wie in allen Bereich und wenn man noch dazu hier dieses nicht unerhebliche Einsparungspotential von € 192.000,-- für diese Tätigkeit vonseiten des Wachdienstes im Jahr weniger bezahlen muss, dann kann man dazu nur ja sagen. Außer, Herr Kollege Hack, die ÖVP revidiert ihre Meinung und ist auch gegen die Parkraumbewirtschaftung, aber wenn man A sagt muss man auch B sagen, weil ein bisschen schwanger, das gibt es nicht.

GEMEINDERAT
ING. WOLFGANG HACK:
Genau, dann machen wir es in ganz Steyr.

GEMEINDERAT
ROMAN EICHHÜBL:
Ist ja nichts dagegen einzuwenden, aber ich habe ja aus Ihren Wortmeldungen herausgehört, dass Sie grundsätzlich Bedenken dafür haben und das als Schröpfungsaktion bezeichnen, dann müsste ich eigentlich auch die Polizisten als Schröpfer bezeichnen, wenn sie Strafmandate gerechtfertigterweise ausstellen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
In Münichholz haben wir die Polizei.

GEMEINDERAT
ROMAN EICHHÜBL:
Nachdem ich auch im Münichholz wohne, aber bekanntlich kein Sozialdemokrat bin, Herr Kollege Hack, in Münichholz kontrolliert die Polizei.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gerhard bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Also, nach den heutigen Wortmeldungen, das würde so in das Sommerloch passen, aber das ist noch ein bisschen zu bald, das fängt nämlich erst am Montag an, denn da ist Ferienbeginn und da braucht man etwas für die Zeitungen, die sind sehr dankbar, wenn sie etwas schreiben können. Irgendwo ist diese Haltung nicht mehr nachvollziehbar. Grundsätzlich möchte ich dazu sagen, die Bemühungen vom Kollegen Oppl sind äußerst erfreulich, dass wir hier Geld einsparen, bei gleichbleibender Qualität des Überwachens im ruhenden Verkehr. Wir wissen, dass das ein zunehmendes Problem ist, dass die Polizei immer weniger kontrolliert – da seid ihr sicherlich nicht ganz unbeteiligt daran, Herr Hack, in den 6 Jahren Regierung ihrer Partei, da wissen wir, was bei der Polizei alles passiert ist, da könnt ihr euch nicht so einfach abputzen, das ist so gewesen. Die Leidtragenden sind wir hier in der Stadt, da müssen halt wir vorsorgen, dass ein gewisses Ordnungsprinzip vorherrscht. Träumereien sind ja recht schön, aber das hat mit Kommunalpolitik nichts zu tun. Zu glauben, dass das eine Schröpfaktion ist, es wird kein Autofahrer gestraft, es wird nur der gestraft, der sich nicht an die Spielregeln hält. Und wenn sie glauben, dass man hingeht und die verscheucht und sagt, ihr müsst wegfahren, aber strafen tun wir euch eh nicht, also das ist so eine Träumerei, das halte ich fast nicht aus, das ist unwahrscheinlich. Gott sei Dank, haben Sie das nicht anzuschaffen und zu verantworten, weil wenn wir das so handhaben würden, wäre das perfekte Chaos in der Stadt beieinander. Also, wünschen wir uns das nicht. Aber ich weiß es, Sie meinen es eh nicht ganz so ernst, es muss die Statistik auch stimmen, sie wird zwar eh schon lange nicht mehr geführt, ich hoffe, dass sie irgendwann wieder einmal kommt, weil die Journalisten das schreiben, wer hat wann wie viele Wortmeldungen gehabt. Aber ich würde hier anregen, dass man dann auch ein bisschen bewertet, wie die waren und nicht nur dass da Striche sind, das ist zu wenig. Aber wegen dem habe ich mich nicht gemeldet, weil das kann jeder für sich selber beurteilen, ich möchte nur zur Kollegin Frech auch dazu sagen, ich verwehre mich dagegen, dass man es so darstellt, wie wenn wir in der Stadt Verträge machen, die alle Blödsinn und ein Käse sind. Ich verwehre mich da massiv dagegen, wir haben hochqualifizierte Leute, die diese Verträge ausarbeiten, vorbereiten, beschließen tun wir sie eh in der Politik. Es gibt bei einem Vertrag auch immer zwei Seiten, weil sonst

wäre es nämlich kein Vertrag, wo es eine andere Seite gibt und ein Vertrag ist auch immer ein Kompromiss. So ist das, sonst ist es ein Diktat und kein Vertrag. Und in diesem Punkt haben wir das damals auch im Gemeinderat so beschlossen und ich glaube, dass jeder Steyrer und jede Steyrerin, die mit der Stadt einen Vertrag abschließt, auch einen Anspruch darauf hat, dass die Stadt zu ihren Verträgen steht. Jetzt zu diskutieren und zu sagen, das hätten wir vor Jahren schon machen können, also wie wir in die Parkraumbewirtschaftung eingestiegen sind, war das auch Neuland, da hat man bei vielen Dingen nicht gewusst, wie sich das entwickelt, in welchem Ausmaß braucht man da auch wirklich diese Rundgänge, in welchem Zeitabstand muss da kontrolliert werden, da haben wir halt in diesen Jahren dementsprechende Erfahrungen gesammelt und darum hat sich auch der Kollege Oppl bemüht – in Zusammenhang mit der Ausweitung der Überwachung in Richtung gebührenfreien Bereich, nicht gekennzeichneten Bereich, sondern auch in den anderen Halteverboten, wo der Wunsch der Bevölkerung da ist. Sehen wir es doch halbvoll und nicht immer halbleer, jetzt ersparen wir uns Geld und rechnen wir es uns für die Zukunft aus, was wir uns ersparen und nicht so polemisch, was wir denn nicht verloren hätten, das ist nämlich nicht ok. Verträge werden immer nach bestem Wissen und Gewissen gemacht, dass man vielleicht später einmal gescheiter ist, ok, das ist ja nicht strafbar, sondern das ist ja gut, wenn wir gescheiter werden. Schlecht wäre es, wenn wir immer wieder die selben Fehler machen würden, aber die gescheiten Leute machen neue und ich hoffe, dass du zu den gescheiten gehörst.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Willi Hauser bitte.

STADTRAT
WILHELM HAUSER:
Geschätztes Präsidium, meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Ich möchte auf einen Aspekt – auf den der Kollege Hack immer so hinweist und wo ich mich auch noch an viele Zeitungsmeldungen erinnern kann, dass auch die Parksheriffs, und wie sie auch immer tituliert werden, der Tod der Innenstadt sind und ja auch immer zu lesen war, dass sozusagen die Innenstadt stirbt – komischerweise sind die Lokale jetzt so voll wie noch nie. Wir finden am Stadtplatz nicht einmal eine Lokalität, dass wir das Mobilitätsbüro für die zukünftige Umsetzung des Regionalverkehrskonzeptes installieren können. Ich denke mir, es ist einfach müßig, ständig auf eine Berufsgruppe hinzuhauen, weil man sich viele Strafzettel einhandelt, denn wenn man rechtzeitig hingeht, dann hat man keinen, wenn man sich nicht ins Park- oder Halteverbot stellt, dann hat man auch keinen. Wenn einem halt 15, 20, 30, 50, Meter vom Ennskai auf den Stadtplatz zu viel sind – weil man unten 3 Stunden stehen kann und oben früher 30 Minuten und jetzt eine Stunde – und dann mit seiner Zeit nicht zusammenkommt, dann ist das sicherlich nicht die Verantwortung des Wachdienstes, aber auch nicht die Verantwortung der Stadt. Wegen so einer globalisierten Haltung, dass man vielleicht ganz Steyr vom Wachdienst sozusagen bedienen könnte, muss man schon klar dazusagen, wir haben Zonen festgelegt, wo eine Bewirtschaftung der Parkplätze vorgesehen ist, weil es eben aufgrund des Umfeldes nicht mehr anders geht und weil wir sonst dort z. B. Geschäftstätigkeiten udgl. nicht machen könnte. Das sind vergebührte Kurzparkplätze und im Wehrgraben eben aufgrund der Fachhochschule nicht vergebührte Kurzparkzonenparkplätze und dort haben wir eben auch den Wachdienst für

Park- und Halteverbot eingeteilt, weil es dort die Polizei nicht macht. Das ist vertraglich festgelegt und ich kann mich nicht erinnern, dass es im Münichholz vergebührte Kurzparkzonenparkplätze gibt, oder nicht vergebührte Kurzparkzonenparkplätze. Daher tun wir nicht immer Äpfel mit Birnen vertauschen, sondern reden von dem, um was es geht. Der Vertrag sagt aus, dass wir uns etwas einsparen, tolle Leistung, gute Geschichte für die Stadt und tun wir nicht immer alles mies machen und vor allen Dingen nicht immer alles in einen Topf hineinwerfen und dann sind an allem wieder nur die Parksheriffs schuld.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gunter bitte.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Herr Kollege Hauser, diese Wortmeldung war anscheinend auch nur für die Statistik, anders kann ich mir nicht erklären, dass im Amtsbericht sehr klar drinnen steht, dass es nicht nur die Überwachung der gebührenpflichtigen Kurzparkzonen geht, sondern um den gesamten ruhenden Verkehr und einen ruhenden Verkehr gibt es auch in anderen Stadtteilen. Das heißt, eine Sinnhaftigkeit einer Überwachung wäre selbstverständlich auch in anderen Stadtteilen gegeben.

STADTRAT
WILHELM HAUSER:
Dort macht es die Polizei.

Diskussion verschiedener Mandatare

STADTRAT
WALTER OPPL:
Liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich kann mir eigentlich einen Großteil meines Schlusswortes ersparen, weil es in der Argumentation eh schon mehrmals vorgekommen ist. Ich möchte es jetzt vielleicht von hinten aufgliedern. Genosse Payrleithner, das gehört jetzt vielleicht jetzt nicht direkt zur Sache ...

Gelächter

STADTRAT
WALTER OPPL:
Im Parlament sagt man auch Genossinnen und Genossen und der Hans ist auch in bestimmten Angelegenheiten ein Genosse. Nein, Kollege Payrleithner – aber da seht ihr, wie emotional ich mit denen verbunden bin - eines ist schon klar, die Stadt steht schon für ihre Vertragstreue und wenn in dem Vertrag etwas drinnen steht, dann hat das auch so zu gelten und wenn der andere Vertragspartner nicht bereit zu einer Änderung ist, dann werden wir – ob wir es wollen oder nicht – dazu stehen müssen. Zu der Debatte Aufteilung auf das gesamte Stadtgebiet.

Diskussion verschiedener Mandatare

STADTRAT
WALTER OPPL:
ÖVP! ÖVP? Horcht ihr eh zu?

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Wir horchen eh zu. Oder muss ich dich dabei anschauen?

STADTRAT
WALTER OPPL:
Das wäre mir natürlich lieber. Sicher steht im Vertrag drinnen, dass es praktisch möglich ist, diese Überwachungstätigkeit im gesamten Stadtgebiet durchzuführen. Aber, es ist nicht geplant und nicht vorgesehen, dass man nicht vergebührte Kurzparkzonen jetzt plötzlich auf der Ennsleite oder sonst in anderen Stadtteilen kontrolliert und das war auch nicht die Intention, dass man das in der Innenstadt macht. Die Intention war, wie ich zuerst schon gesagt habe – einerseits war man froh, dass

wir die Möglichkeit beim Bewohnerparken gehabt haben, da hat man sich einerseits die Parkautomaten erspart, man braucht die Besucher auch nicht belästigen, dass sie sich Parkscheine holen müssen, aber wenn die Situation so ist, lieber Wolfgang Hack, dass der Wachdienst die vergebührten Parkzonen kontrolliert und Strafzetteln ausstellt, wenn es nicht passt und dann geht er zwei Meter weiter und dort steht widerrechtlich ein Auto, nur weil das nicht in der vergebührten Kurzparkzone ist und dort ist aber Halte- und Parkverbot und er muss vorbeigehen, dann denke ich mir, ist es doch vernünftig, wenn man das mit einbezieht und nichts anderes ist das. So, und wo ist jetzt die Kollegin Frech?

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Die hat dir nicht mehr zugehört.

STADTRAT
WALTER OPPL:
Der werde ich es ihr nach dem Beschluss – sollte sie nicht mehr rechtzeitig hereinkommen – insofern erklären, dass es natürlich nicht gedacht ist, dass wir da jetzt wegen zusätzlicher Einnahmen mir nichts dir nichts den Wachdienst in andere Stadtteile schicken, aber es ist jetzt aufgrund dieser Vertragsbestimmung möglich, sollte es sich herausstellen, dass es zu irgendeinem Problem kommt, im Münichholz, am Tabor, auf der Ennsleite usw., wo wir einmal punktuell aufgrund von Meldungen ansetzen müssten, dann haben wir jetzt die Möglichkeit, dass wir das kurzfristig machen. Früher hätten wir da einen neuen Vertrag machen müssen, das ist der Hintergrund und sonst gar nichts. Ich bitte um Abstimmung.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ist jemand gegen diesen Antrag? ÖVP. Stimmenthaltungen? Keine, der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

STADTRAT
WALTER OPPL:
Bei meinem letzten Antrag geht es eben um diese Kreditüberschreitung bei den Kosten für die Jugendwohlfahrtsmaßnahmen in der Höhe von Euro 947.000,--. Wir haben eh schon sehr ausführlich darüber diskutiert, daher erlaubt mir, dass ich diesen Antrag jetzt nicht noch einmal ausführlich vortrage.

16) SH-510/07
Kreditüberschreitung bei den Kosten für Jugendwohlfahrtsmaßnahmen.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Sozial-, Senioren- und Familienservices vom 14. 6. 2007 wird zum Zweck der Begleichung der von der Stadt Steyr gemäß §§ 33, 44 bis 46 OÖ. Jugendwohlfahrtsgesetz zu tragenden Maßnahmekosten für Minderjährige folgende Kreditüberschreitung bewilligt:

VSt. 1/439000/728000 - Kreditüberschreitung um
Euro 300.000,--
VSt. 1/439000/728100 - Kreditüberschreitung um
Euro 500.000,--
VSt. 1/431000/729000 – Kreditüberschreitung um
Euro 14.000,--
VSt. 1/439000/768200 - Kreditüberschreitung um
Euro 132.000,--
VSt. 1/439000/768210 – Kreditüberschreitung um
Euro 1.000,--

Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Mehreinnahmen bei

den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

Ich ersuche, sofern es noch einmal notwendig ist, um Diskussion, oder sonst um Zustimmung zu meinem Antrag.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu noch Wortmeldungen? Das ist offensichtlich nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer ist gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme. Ich danke dem Berichterstatter.

Wir sind am Ende unserer Tagesordnung. Wir haben heute Verhandlungsgegenstände im Wert von Euro 3,9 Mio. beschlossen, Kenntnisnahme von Beschlüssen im Wert von Euro 52.700,--. Die Sitzung ist geschlossen.

ENDE DER SITZUNG: 18.02 UHR

DER VORSITZENDE:

Bürgermeister Ing. David Forstenlechner eh.

DIE PROTOKOLLFÜHRER:

Christian Aichmayr eh.

Gabriele Obermair eh.

DIE PROTOKOLLPRÜFER:

GR Mag. Martin Fiala eh.

GR Kurt Apfelthaler eh.